

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsbeilage: Die Neue Welt 10 Pfg. Vollabonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berühmtheits-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zweiwöchige 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Bankpatriarchen und Bankklaven.

Während bei den technischen Angestellten der gewerkschaftliche Gedanke, wenn auch in der verwässerten Form, daß die Organisationen selbständig neben denen der Arbeiter aufzubauen seien, in den letzten Jahren verhältnismäßig stark an Boden gewonnen hat, dringt er nur mit Mühe und sehr allmählich in die Köpfe der Angestellten im Handelsgewerbe ein. Zwar macht der Zentralverband der Handlungsgehilfen erfreuliche Fortschritte, aber nicht ganz 25 000 Organisierte bedeuten doch noch recht wenig gegenüber den verschiedenen Hunderttausend, die den mannigfaltigen Harmonieverbänden angehören, und an dem unerfreulichen Bilde wird auch dadurch nichts Wesentliches geändert, daß da noch ein in der Theorie radikaler Verein der deutschen Kaufleute existiert oder besser gesagt stagniert, und daß sich im vergangenen Jahre von dem Deutschen Bankbeamtenverein der Allgemeine Verband Deutscher Bankbeamten losgelöst hat, der mit seinen paar tausend Gefolgsleuten — leider ebenfalls unter Ablehnung des organisatorischen Zusammengehens mit der Arbeiterschaft — wie man anerkennen muß, recht wader den Versuch macht, gewerkschaftlich zu arbeiten.

Es ist kein Zufall, daß die Techniker in der Industrie weiter bilden als die Handlungsgehilfen. Sie haben die gewaltige Zusammenballung des Kapitals unmittelbar vor Augen, und die fortschreitende Syndizierung und Vertrauensraubt ihnen recht bald die Illusion, als könnten sie es zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit bringen. Sie erkennen, daß sie Zeit ihres Lebens Arbeitnehmer bleiben, daß sie infolgedessen sich zur Verbesserung ihrer Lage, zur Sicherung gewisser Persönlichkeitsrechte derselben Mittel bedienen müssen, die die Arbeiter im engeren Sinne, mit denen sie in ihren Werken fortgesetzt auch in persönliche Berührung kommen, erfolgreich anwenden.

Die Handlungsgehilfen halten länger an der Hoffnung fest, sich einmal selbständig machen zu können. Schließlich gibt es ja auch im Handel in dieser Beziehung immerhin noch etwas mehr Möglichkeiten als in der Industrie. Zwar sind auch sie nur zu einem ganz geringen Prozentsatz dem Mittellosen erreichbar, aber jeder denkt, daß ja auch ihn einmal das große Los treffen könne, und wenn dieser Traum ausgeträumt ist, spekuliert er wenigstens noch auf die Scheinselfständigkeit des Agenten. So wird die Waffe noch immer eine Weite jener Verbände der Harmlosen und läßt sich von ihnen von dem Weg der Gewerkschaften ablocken und mit mittelständlerischen Phrasen füttern.

Speziell die Bankbeamten könnten klüger sein. Sie stehen ganz ähnlich wie die Industrieangestellten in der Konzentrationsbewegung mitten drin. Auch für den Kapitalfräftigeren sind die Aussichten minimal, denn der Privatbankier verschwindet mehr und mehr von der Bildfläche, und die leitenden Stellen in den Großbanken winken doch auch nur denjenigen, die den Papst oder wenigstens einige Kardinalnäle zu Weitem haben. Wenn die Bankbeamten trotzdem nur in so geringer Zahl zur Gewerkschaft stoßen und sich bestenfalls in dem schmiegamen und devoten Bankbeamtenverein des Herrn Fürstberg zusammenschließen, so hat das in der Hauptsache seinen Grund darin, daß sie im allgemeinen einem etwas höheren sozialen Milieu entstammen und deshalb den Zusüßerungen, sie seien so etwas wie eine Elite, sie dürften sich nicht auf das Niveau der Arbeiter hinabdrücken lassen, sie seien Vertrauensleute der Chefs usw., besonders zugänglich sind.

Und doch sprechen auch zu ihnen die wirtschaftlichen Tatsachen eine so deutliche Sprache. Ihre Gehälter sind mäßig und reichen in den teuren Zeiten keineswegs aus, um die Kulturansprüche zu befriedigen, zu denen sie gerade nach ihrer Herkunft berechtigt zu sein glauben. Sie sind im großen Umfang genötigt, Vorstöße zu nehmen und von Wohlfahrtsvereinigungen der Arbeitgeber Gebrauch zu machen. Aber mehr als das: ihre Persönlichkeitsrechte werden noch weniger respektiert als die der Arbeiter. Ein Schritt, der das Mißfallen des Unternehmers erregt, ein Versuch, die eigenen Interessen gegen die des Kapitals wahrzunehmen, und der Bankbeamte fliegt auf die StraÙe mit der Aussicht, in einer anderen Bank nur schwer wieder ein Unterkommen zu finden.

Ein besonders krasser Fall dieser Art hat sich, wie unsere Leser wissen, jetzt wieder in Berlin ereignet. Angestellte der Deutschen Bank veranstalten eine Betriebsversammlung, in der sie über ihre wirtschaftliche Lage sprechen. Kein Außenstehender ist zugegen. Nach einer kurzen, sehr sachlichen und ruhigen Auseinandersetzung wird eine Resolution angenommen, in der die „verehrliche Direktion“ gebeten wird, „angesichts der anhaltenden und noch in der Steigerung begriffenen Teuerung eine durchgreifende Aufbesserung der Gehälter eintreten zu lassen und außerdem, um der zurzeit herrschenden dringendsten Not und einer schon jetzt teilweise bestehenden und immer weiter um sich greifenden Verschuldung der Beamtenschaft zu steuern, eine einmalige Teuerungszulage gewähren zu wollen“. Des weiteren wird die verehrliche Direktion ebenso höflich gebeten, über den Stand der Verhandlungen wegen der Erhohung Auskunft zu erteilen. Man wählt eine Kommission von drei Beamten der Deut-

schen Bank unter Führung eines der Redner aus der Versammlung, des Herrn Baron, um diese EntschlieÙung der Direktion zu überreichen.

Herr Baron bittet in einem sehr höflichen Schreiben den zuständigen Direktor Michalowski, die Deputation zu empfangen. Eine Woche lang erhält er keine Antwort. Dann erneuert er unter dem 17. Oktober seine Bitte, wobei er die Vermutung ausspricht, daß der erste Brief nicht in die Hände des Adressaten gelangt sei. Jetzt erhält er recht umgehend Bescheid: am Abend desselben Tages wird ihm, der seit dem Jahre 1902 in der Deutschen Bank beschäftigt ist, die Kündigung überreicht.

Natürlich gibt die Deutsche Bank nicht zu, daß die Rede des Herrn Baron in der Versammlung, daß seine Zugehörigkeit zum Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten oder daß die Uebnahme des Vorsitzes der Deputation Gründe für die Verabschiedung seien. Das mühte schon ein merkwürdig ungebogener Arbeitgeber sein, der in solchen Fällen keine anderen Gründe fände.

Allerdings zeugen die, die gegen Herrn Baron ins Feld geführt werden, auch nicht von besonderer Intelligenz der Direktion. Wer ein gutes Gewissen hat, braucht nicht so viel Worte zu machen. Da wird dem Beamten vorgehalten, daß er seinerzeit ohne kaufmännische Vorbildung in die Bank eingetreten sei. Trotzdem habe er regelmäßige Gehaltssteigerungen erhalten und auch Summen aus dem Unterstützungsfonds bezogen. (Er muß also auch wohl ohne kaufmännische Vorbildung das Nötige geleistet haben.) In den letzten Jahren seien immer neue Klagen über seine Arbeit eingegangen (wovon Herr Baron natürlich nicht das geringste bekannt ist). Dann aber hält man ihm vor, daß er trotz seiner Pflicht zur Dankbarkeit seiner Unzufriedenheit schon früher in ungehöriger Form Ausdruck gegeben und Unruhe unter die Beamtenschaft gebracht habe, die das ersichtlicherweise gute Einvernehmen zwischen Direktion und Beamten zu trüben geeignet sei.

Baron blieb auch nach Empfang der Kündigung Mitglied der Deputation und wurde mit seinen beiden Kollegen zusammen am 20. Oktober von dem Direktor Michalowski empfangen, der die Wünsche der Beamtenschaft als unbegründet zurückwies. Auf die Frage des Herrn Baron, ob eine Versammlung einberufen werden könne, in der man den Kollegen von dem Resultat der Unterredung Mitteilung mache, meinte Herr M., er könne eine Versammlung nicht gutheißen, aber sie schließlich auch nicht verbieten. Das Verteilen von Einladungsgzetteln in der Bank genehmige er jedenfalls nicht. Er werde aber durch einen anderen Herrn der Deputation mitteilen lassen, wie sie die Beamtenschaft einladen könne.

Nach drei Tagen wendet sich Herr Baron an den betreffenden Herrn in dieser Angelegenheit. Der Deputation wird dann nur noch einmal wiederholt, was Direktor Michalowski schon über die Versammlung gesagt hatte und gleichzeitig wird Herrn Baron ein Brief überreicht, der seine sofortige Entlassung auspricht.

So bringt die Deutsche Bank mit „Mitarbeitern“ um, die sich etwas vergeben würden, wenn sie die Kampfmittel der Arbeiterschaft anwenden.

Höflicher, zurückhaltender, bescheidener als Herr Baron hätte wohl niemand vorgehen können. Er hat nicht gedroht, er hat nicht erludt, er hat nur im Auftrag von etwa 1400 Kollegen gebeten. Trotzdem behandelt ihn die Deutsche Bank als den Revolutionär, der Unruhe in die Beamtenschaft trägt. Sie will eben ihren Angestellten nicht das Recht einer eigenen Initiative in ihren eigenen Angelegenheiten zuerkennen. Um Herr im Hause zu bleiben, bestraft sie den „Rädelsführer“. Die Banken haben von der schweren Industrie, mit der sie ja in enge Beziehungen getreten sind, gelernt, wie man es machen muß.

Das Bankkapital sieht im großen und ganzen seine Vertretung im Liberalismus, und die Deutsche Bank ist mit den Liberalen befremdlich besonders nahe verwandt. Die Liberalen aber deklamieren von persönlicher Freiheit der Arbeitnehmer und bemühen sich ganz besonders um die Angestellten. Es ist nicht das erste Mal, daß durch die Praxis derer, die zu ihnen gehören, ihre schönen Reden Lügen gestraft werden, und es wird nicht das letzte Mal sein. Es wird auch nicht das letzte Mal sein, daß die große liberale Presse angesichts solcher Dinge schweigt oder sich, wie das „Berl. L.“, höchstens zu einer mageren Notiz aufschwingt.

Diesmal aber hat die Sache noch einen besonders pikanten Reiz. Der entlassene Aufwieglor ist nämlich nicht etwa Sozialdemokrat, er ist liberal, er ist sogar — national-liberal und arbeitet im Dienste der national-liberalen Partei. Wären wir boshaft, so könnten wir eine gewisse Schadenfreude darüber empfinden, daß gerade einem National-liberalen so etwas passieren muß. Aber wir treten für die Interessen der Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit ein. Um ihrer selbst willen wünschen wir allerdings, daß sie sich endlich belehren lassen, einsehen, daß sie nichts Besseres sind als die Proletarier und aus dieser Erkenntnis in ihren wirtschaftlichen Organisationen sowohl wie in ihrem politischen Verhalten die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Daß jetzt die Bankbeamten allenthalben sammeln, um ihren Kollegen über Wasser zu halten, ist gut und ehrenvoll. Wichtiger aber ist es, Sorge zu tragen, daß derartige Verstöße wider die elementarsten Menschenrechte unmöglich werden.

## Krupp-Geschütze gegen Rechtspflege.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt Herr von Gottberg:

Zur peinlichen Ueberraschung der Zuschauer kamen gestern im Brandt-Prozess die Anwälte der beiden Angeklagten in die Lage, das Interesse des Staates wahr zu machen und verteidigen zu müssen, während wir sonst gewohnt sind, den Staatsanwalt als Schützer der staatlichen Interessen zu sehen.

Der Zeuge von Wegen, der, wie gerichtsnotorisch ist, die Absicht hat, die Firma Krupp zu schädigen, warf gestern ein dem Untersuchungsrichter verheimlichtes Bündel Papiere vor das Gericht mit der recht unverschleierten Behauptung, es enthalte die von ihm angeforderten „Entwürfe“. Wie haben wohl im Verlauf der allzu häufigen Sensationsprozesse an derartigen „Entwürfen“ genug erlebt, um erwarten zu dürfen, daß mindestens Richter und Staatsanwalt das Bedürfnis fühlen sollten, einen aus Rath- oder Klatschsucht ausfahenden Zeugen möglichst wenig zu Worte kommen zu lassen. Aber der Verhandlungsleiter wollte zur Verlesung der Entwürfe schreiben. Er hielt den ersten Brief bereits in der Hand, als die Anwälte der Angeklagten protestierend auf die FüÙe sprangen und erklärten, vor einer Verlesung müßten die Papiere durch Anklage wie Vertheidigung geprüft werden. Jeder der von ihnen angeführten Gründe bestätigte die Auffassung gesunden Menschenverstandes, daß die von einem Nachsüchtigen unterbreiteten Briefe um keinen Preis ungeprüft verlesen werden dürften. Am schlagendsten und einleuchtendsten war natürlich das Argument: dieser Briefwechsel des Kruppischen Direktoriums mit dem Mann, der für die Firma mit dem Kriegsministerium verhandelte, mag militärische Geheimnisse enthalten.

Der Richter blinnte fragend auf den Anwalt des Staates! Und nicht wahr: ein jeder von uns hätte geschworen, daß ein preussischer Staatsanwalt nur die Forderung der Verteidiger unterstützen konnte. Aber wer das erwartet, erlebte eine Enttäuschung. Der Beamte debattierte nicht nur, sondern eiferte gegen die Forderung der Staatsraison. Er gab zu, daß ihm der Inhalt der Papiere unbekannt sei, aber er bestand auf eine Verlesung, die Geheimnisse der Landesverteidigung preisgeben konnte, obwohl freilich andererseits die Menschenfurcht Papiere vielleicht nur Klatsch bringen. Die Richter besannen sich eines Besseren und vertagten die Verlesung, die nebenbei nach Andeutung eines Anwalts vielleicht auch noch müßigen Klatsch an die Öffentlichkeit gebracht hätte.

Es wäre schade, wenn man diese ertauulich unverfrorenen Zummungen der Kruppianer an die Staatsanwaltschaft und Richter — denn der Staatsanwalt allein ist ja doch ohnmächtig — durch einen weiltäufigen Kommentar abschwächen wollte.

Was der „Lokal-Anzeiger“ will, ist klar genug: Der Zeuge v. Wegen soll „möglichst wenig zu Worte kommen“. Dem wichtigsten Zeugen soll durch den Staatsanwalt und die Richter der Mund verstopft werden!

Und warum? Im Interesse der Firma Krupp, das heißt der Staatsraison. Niemand ist mit groteskerer Ungeniertheit der Grundfah proklamiert worden, daß Krupp und der Staat identisch sei. Freilich auch niemals mit sicherem Weiterleits-erfolg. Denn was die geschäftlichen Schosfeleien der Firma Krupp und die Kruppische Spionage gegen die deutsche Militärverwaltung mit dem Staatsinteresse gemein haben sollen, ist einem normalen Hirn gänzlich unfahbar!

Zimmerhin: Der „Lokal-Anzeiger“ bestürmt Staatsanwalt und Richter, dem der Firma Krupp so unbequemen Zeugen v. Wegen einen Knebel in den Mund zu schieben. Und der „Lokal-Anzeiger“ ist ja — kein Mensch von Geschmack befreit, weshalb — das einzige Blatt, das der „allerhöchsten Stelle“ im Original zu Gesicht kommen soll.

Sinzu kommt, daß sich gerade jetzt kein Geringerer als Herr v. Bethmann Hollweg selbst bei den Herren der Industrie darum bemühen soll, durch entsprechende Geschäftsmanöver die Ederliche Inferatenplantage in ein noch unverfälschteres Offiziösenorgan umzuwandeln. Und dies Organ stellt an Staatsanwalt und Richter das Anjinnen, gerade den vom Standpunkt der Anklage und des Staatsinteresses wichtigsten Zeugen abzuwürgen, weil er der Kanonenfirma unbequem werden könnte! Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ arbeiten übrigens, wenn auch ungleich vorsichtiger, in der gleichen Richtung.

Warten wir einstweilen ab, wie sich Staatsanwalt und Richter zu dieser mindestens halboffiziösen Anreizung zur unglaublichsten Gesetzesverletzung äußern werden. Daß sie eine solche Zummung unwiderprochen auf sich sitzen lassen könnten, halten wir für ausgeschlossen. Denn was hier preussischen Justizbeamten an bewußter Klassenjustiz zugetraut wird, stellt alles in den schwärzesten Schatten, was je von „umstürzlerischer“ Seite für möglich gehalten worden ist!

# Der Kampf gegen die Wahrheit!

Wenn der Zeuge v. Mehen nicht starke Nerven hat, so muß die Art, wie er am Dienstag vor Gericht behandelt worden ist, ihn auf schwerste einschüchtern und geradezu abhalten, seiner Zeugnispflicht entsprechend, die volle Wahrheit zu sagen. Die Krupp-Presse stimmt ihre Besprechung der Vorgänge vom Dienstag geradezu auf eine PreSSION gegen den Zeugen v. Mehen ab, mit der deutlich erkennbaren Absicht, ihn von der Wahrheit abzuschrecken.

Rebens Material richtet sich nach seiner Auffassung in erster Linie gegen Brandt und eine Anzahl Krupp-Direktoren. Als Angeeschuldigter stand er zunächst vor dem Richter. Als Angeeschuldigter war er nicht verpflichtet, alles in seinen Händen befindliche Material vorzubringen. Nachdem er außer Verfolgung gesetzt war und nur noch als Zeuge in Betracht kam, befand er sich allerdings in einer anderen Position. Wenn er jetzt sein Material ohne zwingende Veranlassung der Staatsanwaltschaft überlieferte, so besäße er damit die anderen früheren oder noch jetzt Angeeschuldigten der Angeklagten. Eine Verpflichtung, diese Personen zu belasten und dem Staatsanwalt aus dieser zu liefern, hatte er gerade vom Standpunkt derer aus nicht, die ihn jetzt so wütend anfallen. Er scheute denn auch den Staat und befehlte sein Material für sich. Daraus, daß er, solange es für ihn möglich schien, die anderen schonte, daraus, daß er sich nicht zum Demagogien gegen seine früheren Kollegen und Untergebenen machte, wird ihm aber jetzt ein Sicid gedreht!

Der Oberstaatsanwalt scheint eine Denunziationspflicht des Herrn v. Mehen anzunehmen. Nur von dem Standpunkt aus, daß Mehen verpflichtet gewesen sei, die anderen zu denunzieren und nach Kräften hineinzuwerfen, konnte ihm wegen der Vorenthaltung des Materials ein Vorwurf gemacht werden.

Erst nachdem v. Mehen in der Öffentlichkeit von den von ihm Geschonten auf das allerhöchste angegriffen worden war, entschloß er sich nach seinen Erklärungen in der Presse, nunmehr die Mächtigsten auf diese anderen fallen zu lassen und ohne fernere Schonung sein Material aufzudecken. Das war sein gutes Recht. Aber das schönste ist: Staatsanwalt und Verteidigung sprechen von einem „plötzlichen Ueberfall“ durch Herrn v. Mehen. Dabei hat Herr v. Mehen bereits vor einigen Wochen in der Öffentlichkeit auf das in seinen Händen befindliche Material ganz unabweislich hingewiesen. Jeder, auch der Oberstaatsanwalt und die Angeklagten und die Verteidiger, waren also längst vor dem Termin darüber unterrichtet, daß Herr v. Mehen im Besitze bisher unveröffentlichten Materials sei! Warum haben sie denn keinerlei Versuch unternommen, sich schon vor der Verhandlung dies Material zu beschaffen? An Möglichkeiten dazu hätte es ihnen doch wahrhaftig nicht gefehlt. Es ist also ihre Schuld, daß sie „übertrumpft“ wurden. Die Pose der „Ueberfallenen“ sieht ihnen aber sehr schlecht!

Herr v. Mehen hat in seinen Veröffentlichungen, über die man im übrigen urteilen mag, wie man will, seine Karten bereits längst vor dem Verhandlungstermin offen jedermann aufgedeckt. Wir wiederholen: Die Staatsanwaltschaft hatte die Möglichkeit, bereits vor dem Termin sich mit v. Mehen wegen des Materials in Verbindung zu setzen. Auch dem Gerichtshof war die Möglichkeit gegeben, für die Beschaffung dieses Materials zum Verhandlungstermin Sorge zu tragen. Das ist unterblieben; weshalb, bleibt unerfindlich! Noch niemals dürfte in einer Gerichtsverhandlung ein so unmotivierter Vorwurf gegen einen Zeugen erhoben worden sein, wie im vorliegenden Fall.

Die Staatsanwaltschaft und das Gericht werden sich nicht darüber zu wundern brauchen, wenn die Art der Behandlung des Zeugen v. Mehen, der als Zeuge die Gesamtheit seiner Kenntnis dem Gericht zu unterbreiten im Begriff war, als eine Abschwächung für jeden Zeugen wirkt, seine Aussagen zu ergänzen und zu erweitern. Eine schwere Verführung des Zweckes der Wahrheitsermittlung bedeuten also die Vorgänge am Dienstag.

Einschränkung und Abschreckung der Zeugen, die Wahrheit zu sagen, ist das ungeeignete Mittel zur Aufhellung des wahren Sachverhalts!

Und geradezu peinlich und verwirrend müssen die Vorgänge vom Dienstag wirken, wenn man ihnen gegenüberstellt, die Behandlung der der Mitschuld verdächtigen Krupp-Direktoren!

## Acht Jahre.

(Zum Zusammentritt der Duma.)

Man hat die russische Revolution mit der preussischen von 1848 vielfach verglichen. Nun will es aber scheinen, daß in Rußland der Reaktion eine längere Lebensdauer als der preussischen beschieden ist. Das Eis der gesellschaftlichen Reaktion tauft auf, die Wellen der revolutionären Bewegung beginnen nach acht Jahren wiederum hoch zu gehen. . . .

Die Hauptstütze der russischen Reaktion war der Adel. Auf sein Geheiß wurden die zahlreichen Staatskreische vom eidbrüchigen Jaren ausgeführt; seinem Wunsche entsprechend wurde das Wahlgesetz geändert. Er war auch schließlich, wie der bekannte Soziologe N. Kowalewsky festgestellt hat, der Vater der „Agrarreform“, die die Bauernfrage „lösen“ sollte. Der Adel trat an die Spitze der „Schwarzen Hundert“, jener reaktionären Organisation, die vom Jaren zur Verteidigung des Thrones aufgefördert und vom Adel gebildet wurde. „Wie fordern alle Wohlgeleiteten auf, sich zusammenzuschließen, um die Rebellion in unserem Lande auszurotten“, so sprach der Jar am 18. Februar 1905, und eine Flut von Pogroms ergoß sich über Rußland.

Der Jar, höhere Beamte und die Führer der Adelsorganisation blieben die ganze Zeit hindurch offen Mitglieder dieser verbrecherischen Banden und unterfügten sie auch mit Geldmitteln. Auf das Betreiben des Jaren ist auch der Weillsprozeß zurückzuführen. Aber gerade dieser Prozeß bedeutet für den Jaren und seine Partei eine ungehörliche Schlappe. Er hat vor aller Welt Augen aufgedeckt, wer die Bundesbrüder des Jaren sind: Wjera Tscherbajal, Singojetwsky und ähnliche gemeine Verbrecher erzielten und spielen noch heute im Verbanne „schwarzer Leute“ die Hauptrolle. Im Hause der Tscherbajal, wo Justizinsidi ermordet wurde, waren auch Pogroms vorbereitet worden. . . .

In der Tat, die Reaktion muß sich in diesen Elementen ihre Stütze suchen. Der Adel verschwindet wie der Schnee vor der Frühlingssonne. Noch 1905 besaß der Adel 51 Mill. Dekjatinen Land, während den Bauern 152 Dekjatinen gehörten. Von ihrem Besitz haben die adeligen Herren seitdem rund 7 bis 10 Millionen Dekjatinen veräußert, so daß ganze Gegenden adelsrein geworden sind. In manchen Orten kommen zu den Wahlen weniger adelige Grundbesitzer als die Deputierten zu wählen haben.

In Erkenntnis dieses unaufhaltsamen Prozesses des Unterganges des russischen Adels suchte die Regierung sich eine neue Stütze in den wohlhabenderen Bauern zu schaffen. Sie löste zwangsweise die Gemeindegemeinde auf. Damit war aber weder der Bodenmangel aufgehoben noch die wirtschaftliche Betriebsweise gebessert worden. Der Regierung ist aber die Teuerung zur Hilfe gekommen, die die

Lage der landreichen Bauernschichten gebessert und so die Differenzierung auf dem platten Lande gefördert hat. Der reiche Bauer ist nun tatsächlich im Entstehen begriffen; sicher wird er aber die Hoffnungen der Reaktion ebenso täuschen, wie er es schon in der ersten und in der zweiten Duma getan hat. Der Bauer kann und wird nicht eine Stütze für das feudalistisch-bureaucratische System werden. Selbst die vom Adel getriebenen Bauernvertreter der vierten Duma rücken immer mehr nach links ab.

Noch bedeutender ist die Veränderung in der Stadt. Die Bevölkerungszunahme der russischen Städte geht mit amerikanischer Geschwindigkeit vor sich; die Zuwachszahl beträgt nach dem Volkszählungsergebnis von 1905 etwa 24 Proz. pro Jahr. Die gesamte städtische Bevölkerung stellt sich heute auf 28 Millionen Personen, hat sich also gegen 1897 fast verdoppelt. Noch mächtiger ist der Aufschwung des Kapitals. 1906 waren in Rußland nur 1419 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 3,1 Milliarden Rubel und 1910 1557 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 3,7 Milliarden Rubel. Die Ausgabe von Aktien und Obligationen betrug 1906 bis 1911 2651,2 Millionen Rubel. Das russische Kapital steht heute viel mächtiger als vor acht Jahren und fordert seinen Anteil an der Regierung. Auf der Michni-Kongroder Messe und noch schärfer und ausgeprägter auf der Städtetagung in Kiew erhob das Kapital seinen Protest gegen die Allherrschaft des Adels und der Bureaucratie.

Der veränderten Stimmung dieser Kreise entsprechend schlagen auch die russischen „Fortschrittlern“, diese ausgesprochene Großkapitalistenpartei, energischer Töne an. Sie wollen jetzt in der Duma einen Oppositionsblock mit den Kadetten bilden. Aber auch die „Oktobristen“, diese konterrevolutionäre Partei des beängstigten Großgrundbesitzes und Großkapitals, macht Miene, oppositionell zu werden. Hat doch ihr Führer Gutschkow der Regierung die scharfen Worte ins Gesicht geschleudert, sie führe das Land dem Verderben entgegen.

Das Großkapital hat auch gegen die wilde Judenhege der Regierung seine Stimme erhoben, und die Regierung sucht nun in der Auffrischung des mittelalterlichen Aberglaubens, in der Verbreitung der Legende vom Ritualmord, eine Rechtfertigung dieser ihrer Politik. Man kann schon jetzt aber sagen, daß sie mit dem Weillsprozeß Rech geholt hat. Er hat eine große Protestbewegung wachgerufen, selbst die treuesten Stützen der Regierung von ihr abgewendet. Der ergreaktionäre antisemitische Kiewskanin ist zum ersten Mal seit seiner Existenz gegen die Regierung aufgetreten. Die der Kichnewer Pogrom von 1903, so wird auch der Weillsprozeß alle oppositionellen Elemente zum Kampfe aufrufen, der Ausgangspunkt einer neuen Epoche gesellschaftlichen Kampfes bilden.

Sehr bedeutend hat sich in den acht Jahren der Arbeiterkampf geändert. Schon der Zahl nach ist die Arbeiterklasse stark gewachsen. Eine genaue Statistik darüber gibt es nicht. Es dürfen daher nur einige Zahlen zur Illustration dieser Erscheinung genügen. Die Zahl der Kohlengrubenarbeiter in Südrußland ist von 1905—1911 von 84 000 auf 134 500, im Dombrower Revier von 18 900 auf 22 800 gestiegen. Die Gesamtzahl der Berg- und Hüttenarbeiter hat sich von 1905—1909 von 548 000 auf 601 000 erhöht, wird aber jetzt mindestens 700 000 erreicht haben. Die Zahl der Fabrikarbeiter betrug im Durchschnitt der Jahre 1901/05 1,667 Mill. und 1911 über 2 Millionen. Wichtiges noch ist aber die Veränderung, die in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft vor sich gegangen ist. Zwar läßt sie sich statistisch nicht erfassen, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß das Bildungsniveau der jetzigen Arbeiterschaft bedeutend höher steht. In den verfloßenen acht Jahren hat unser russisches Proletariat viel an seiner Entwicklung gearbeitet. Es hat trotz ungeheurer Verfolgungen sich Gewerkschaften und Bildungsvereine geschaffen. Es hat sogar Arbeiterzeitungen im wirklichen Sinne dieses Wortes ins Leben gerufen. Die Arbeiter schreiben selbst in ihren Zeitungen und unterstützen sie reichlich mit Mitteln. Die Arbeiter stehen jetzt an der Spitze ihrer Organisationen, haben ihre Leitung aus den Händen der Intelligenz in ihre eigenen genommen.

Die Entwicklung der Industrie und die technischen Veränderungen in ihr schufen die Nachfrage nach einer intelligenten Arbeiterschaft, die nun in der Fabrik auch zur Leiterin der Arbeiterbewegung wird. Der Polizeikampf aber gegen diese Arbeiterintelligenz ist ebenso erfolglos wie ein Kampf gegen den wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt. Die häufigen Verhaftungen der intelligenten Arbeiter stören nur den Betrieb und rufen den Unwillen des Kapitals hervor. Die letzten Jahre haben auch eine gütliche Flut der Arbeiterbewegung gesehen. Am Vorabend der Revolution 1904 streikten etwa 25 000, 1912 dagegen über 500 000 und 1913 werden es über eine Million sein, also ebensoviel wie im Revolutionsjahr 1906. Gewiß macht die Reaktion alle Anstrengungen, um den Arbeitern alle ihre Errungenschaften zu nehmen. Die Gewerkschaften werden unausgesetzt verfolgt; die Angehörigkeit zur Sozialdemokratie wird mit langjähriger Zwangsarbeit bestraft; auf die Arbeiterzeitungen hagelt die ungeheuerlichsten Strafen unaussprechlich. Neue Gesetze werden erlassen, um diesen das Leben ganz unmöglich zu machen. Vergebens. Die Zeit der triumphierenden Reaktion geht zu Ende. Sie fällt sich vielmehr von allen Seiten belagert, vereinigt sich mit den Auswülfen der bürgerlichen Gesellschaft, wie dies der Weillsprozeß bewiesen hat, sucht Anhänger unter den gemeinen Dieben und Mördern, um unter Verachtung aller Welt in den Abgrund zu stürzen.

Acht Jahre hat die Reaktion geherrscht. Genug! Ihre Zeit ist vorbei!

### Die erste Interpellation.

Petersburg, 28. Oktober. In der Reichsduma hat heute die Kadettenpartei eine dringende Interpellation wegen allgemeiner Bedrückung der Presse, besonders anlässlich des Weills-Prozesses eingebracht. Der Führer der Kadetten Riljukow äußerte in seiner Begründung der Interpellation, die Bedrückung der Presse hätte in diesem Jahre einen Rekord erreicht; insbesondere sei verurteilt worden, den Weills-Prozeß durch Repressivmaßnahmen gegen die Presse der Öffentlichkeit zu entziehen. Der Präsident hat, den Prozeß nicht zu berühren. Riljukow erwiderte, die Abgeordneten hätten das Recht, sich über eine ganz Rußland aufregende Frage auszusprechen, und hat die Duma, gegen die geheimen Kräfte Stellung zu nehmen, deren Wirkung Rußland mit Schmach bedede. Riljukow fuhr fort: Die enge Verbindung zwischen Dieben, Einbrechern und dem Dumaabgeordneten Jamhlowsky erregte allgemeines Ersäunen. (Großer Lärm und Widerspruch rechts.) Der Präsident rief den Redner zur Ordnung. Dieser schloß, es sei die höchste Zeit zu erklären, daß seine Partei keine Verantwortung für den Weills-Prozeß tragen wolle. (Beifall links.)

Purischewitsch (Kamerherr Rechte) erklärte, die dreifachen State der Judenchaft könnten dem christlichen Namen Kampsonstsch nicht anhaben. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Interpellation sei ein verdrähter Versuch, in die Rechte des Gerichts einzugreifen; der erste Arbeitstag der Duma dürfe aber nicht ein Sympathie-Meeting für die Juden darstellen, welche in Kiew die Spuren eines Verbrechens zu vertuschen suchten, das die Aufmerksamkeit von Rußland und ganz Europa erregt habe. Die Juden hätten alle Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung angewandt, auch zu Bestechung und sogar zum Gift gegrißen. Der Präsident hat, Einzelheiten eines schwebenden

Verfahrens nicht zu erwähnen. Purischewitsch erklärte trotz der Versuche, die Rechte zu Ausschreitungen herauszufordern, werde sie den Gerichtspruch schweigend erwarten. Rußland sei nicht Frankreich, es werde also nicht gelingen, die Dumatriebüne auszunutzen, wie seinerzeit die Deputiertenkammer für Dreyfus ausgenutzt worden sei. Eine Duma, die sich in ein Meeting verwandelt, könnte und müßte aufgelöst werden. Graf v. Bennigsen (Oktobrist) erklärte, die Oktobristen würden für die Dringlichkeit stimmen, aber in der Diskussion nicht über den Gegenstand der Interpellation hinausgehen, da sie der Duma keine gerichtlichen Befugnisse beimäßen. (Beifall im Zentrum.) Die Dringlichkeit wurde gegen wenige Stimmen der Rechten und die Interpellation selbst mit 149 Stimmen der Linken und der Oktobristen gegen 106 der Rechten und der Rationalisten angenommen.

## Politische Uebersicht.

### Der Reichstag

nimmt seine Sitzungen am 25. November, nachmittags 2 Uhr, wieder auf. Ursprünglich war, wie wir gemeldet haben, geplant, mit den Arbeiten des Reichstags schon am 20. November, dem Tage, bis zu welchem der Reichstag vertagt war, zu beginnen. Aber da der 20. November auf den Donnerstag nach dem Bußtag fällt, ist der Präsident Kaempff veranlaßt worden, den Wiederversammlung des Reichstags um eine Woche hinauszuschieben. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen Petitionen. Dem Reichstag sind jetzt schon zwei Gesetzentwürfe zugegangen; der eine betrifft die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht bis zum 1. Juni 1914. Im Etat für 1914 sollen dann einige Reichsgerichtsstellen angefordert werden. Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

### In gottgegebener Abhängigkeit.

Wir haben die Energie des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg richtig eingeschätzt, als wir voraussetzten, er werde vor seinen lieben Junkern kapitulieren und nichts gegen ihre brutale Ablehnung des neuen Verfassungsentwurfs der mecklenburg-schwerinschen Regierung unternehmen. Er ist geduldig und fanfaniert — und fällt still, wie Gott will. In seinem Landtagsabschied sagt er resigniert, daß er an dem von ihm seinerzeit gefassten Entschluß in Ausübung seiner landesherrlichen gesetzgeberischen Macht auf eigenen Entschluß eine Verfassung in Kraft zu setzen, nicht festhalten wolle. „Wir sind“, heißt es in dem Schriftstück, „bei erneuter Prüfung zu der Erkenntnis gelangt, daß die augenblicklichen Verhältnisse des Landes diesen schwerwiegenden Schritt noch nicht als gebieterische, unabwendbare Notwendigkeit rechtfertigen, der in seinen Folgen so unübersehbar ist, und der, wie wir uns überzeugt haben, die Möglichkeit nicht ausschließt, daß letzten Endes, was wir nicht wünschen, die gesetzgebenden Instanzen des Reiches darüber bestimmen könnten, welche Verfassung Mecklenburg erhalten soll. Wenn wir auch einwilligen von der Durchführung der Verfassungsreform abzusehen und schweren Verzagen gezwungen sehen, so sind wir doch in unserer Ueberzeugung von der Notwendigkeit derselben nicht schwankend geworden, und wir werden das gesteckte Ziel weiter verfolgen.“

Das zeugt von stiller Ergebung. Vielleicht erweisen sich die Junker dafür dankbar und vermehren die großherzoglichen Einkünfte um ein nettes Stümchen.

Weniger zufrieden scheinen mit dem Ausgang der Verfassungsfrage die mecklenburgischen Minister zu sein. Die „Mecklenburgische Zeitung“ meldet, hat das großherzogliche Staatsministerium den Großherzog infolge der gestrigen Beschlüsse der Stände zur Verfassungsvorlage um seine Entlassung gebeten.

### Reichsverbandschmerzen.

Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie geht's mies. Er krankt an Menschenschwund. Seine vor einigen Tagen in Breslau abgehaltene Generalversammlung war deshalb ein langes Klagelied. Auch die Mitgliedschaft eines Hohenzollernprinzen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die übrigen Patrioten von dem Verband nicht mehr viel wissen wollen. „So be fremd es klingt“, meinte der stellvertretende Vorsitzende, der kaiserliche Gesandte v. Dietzen, „unser Zuwachs ist nicht so groß, als er nach der Lage der Verhältnisse sein müßte.“ Die Arbeiter und der Mittelstand fürchten sich natürlich nur vor der Sozialdemokratie, sonst wären sie dem Verband längst in Scharen beigetreten. Das einzige, was helfen kann, sind also Anhebelsgehe gegen die Terroristen, aber leider — die Regierung getraut sich nichts zu unternehmen. General v. Bissing hat mit dem Kanzler gesprochen, Dietzen hat mit dem Kanzler gesprochen, aber angesichts dieses Reichstages wagt Weismann keinen entscheidenden Schritt. „Kein Staatsanwalt wagt es“, so sagte Herr v. Dietzen wörtlich, „gegen die unflätigen Beleidigungen der sozialdemokratischen Presse Anklage zu erheben.“ „Einen Führer wüßte ich“, meinte der dreißigfache Millionär v. Dietzen — „Seine Majestät der Kaiser.“ Aber der ist leider nicht zu haben, weil er — über den Parteien steht! Doch der Redner tröstete sich. Auf er auch darauf verzichtet, unter diesem Monarchen zu kämpfen, so kann er doch den Reichsverbändlern nicht verwehren, für ihn zu kämpfen.

Das Klagelied des Vorsitzenden wurde von den anderen Be grüßungsrednern weitergesponnen; der Vorsitzende der Breslauer Konservativen bedauerte es, daß viele Mitglieder bürgerlicher Parteien sich „in eine gewisse Freundschaft zur Sozialdemokratie hineingefunden“ haben. Auch gegen die Tarifverträge legte man los, sie sind nur verkappte sozialdemokratische Agitationsmittel. Im allgemeinen aber war die Stimmung „flau“, und da außer Herrn Liebert auch der Freiherr v. Jedlich und Reutich schloß, mußte man sich mit einem kümmerlichen Vortrag des Antisemiten Grafen begnügen, der vor allem gegen die Arbeitslosenunterstützung wetterte, die angeblich den Gewerkschaften nur Streikmittel in die Hände liefern würde.

Nach dieser Leistung vereinigten sich die fürstlichen, gräflichen und freiherrlichen Sozialisten zu einem opulenten Schlußmahl. Mit einer Mahlzeit hätten sie auch angefangen. Der einzige Vortrag schloß sich mühsam zwischen die beiden Festmahl ein.

### Aus dem bayerischen Landtage.

Die Debatte über die Staatszeitungs-Interpellation wurde am Mittwoch zu Ende geführt. Das waren peinliche Stunden für das Ministerium Hertling. Vom Zentrum ergreift niemand mehr das Wort zur Verteidigung. Man ließ Dr. Pöhlner allein das Opfer bringen, in dieser Sache für die Regierung einzutreten. Genosse Sühheim kennzeichnete die Staatszeitungs-Gründung als ein parteipolitisches Unternehmen des kaiserlichen Ministeriums Hertling. Daß die Beziehungen Hertlings zur Reichsleitung jetzt ausgezeichnete seien, glaube er ohne weiteres. Die Gründung der Staatszeitung nach Schluß des Landtags sei

ein Eingriff in sein Budgetrecht. Es wäre interessant zu erfahren, wie groß die Zahl der freiwilligen Abonnenten sei. Es müßte denn sein, daß Abonnenten der Staatszeitung den Sommerzeitschriften billiger erhalten als andere.

Rechtswirbig waren die Ausführungen eines Ministerialreferenten aus der Justizverwaltung, die deutlich zeigten, daß die Justizbehörde bemüht ist, die Zwangsinsinerierung für gerichtliche Bekanntmachungen nach Möglichkeit einzuschränken.

Kräftig packte der liberale Abg. Kohl das Unternehmen Hertlings an. Seine Würdigung dieses Vorganges erweiterte sich zu einer Abrechnung mit der Gesamtpolitik des Ministeriums.

Minister des Innern, v. Soden, stellte die vielbesprochene Angelegenheit des Senatpräsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Hörmann, dar, der unter auffälligen Umständen im Zusammenhang mit dem Prozeß der Staatszeitung — Weigerung von Gemeinden, das Organ zu abonnieren — seinen Abtritt genommen hat. Die Regierung, so versicherte der Minister, habe nicht in die Rechtsprechung eingegriffen.

In einer an satirischen Bemerkungen und Andeutungen politischer Geheimvorgänge reichen Rede zeichnete zum Schluß Genosse Adolf Müller den Staatszeitungs-Standal und wies auf die Gefahr hin, die aus den Bemerkungen Dr. Bichlers erkennbar wäre, daß über kurz oder lang der Staat mit diesem Defizitunternehmen belästigt werden würde. In der Staatszeitung solle das Verlangen einer feudalen-Merkmalen Reichsstaatsclique nach einem großen Blatt ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen der Interessenten durch das Angebot staatlicher Nachmittel ermöglicht werden. Die Staatszeitung wäre schon im August vorigen Jahres beschlossen gewesen, aber trotzdem wurde sie nicht dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt. Diesen Vorgang billige heute das Zentrum, das sich rühme, eine verfassungstreue Partei zu sein. Genosse Müller deutete Meinungsverschiedenheiten zwischen Hertling und v. Soden in der Staatszeitungsfrage an und verlangte Vorlegung des mit der Unternehmerfirma abgeschlossenen Vertrages der Regierung.

### Der Rückzug der Vachemiten.

Ueber die inneren Vorgänge im Merikalen Lager wird uns berichtet:

Die Kölner Richtung und ihr Hauptorgan befinden sich seit Monaten auf einem rühmlosen Rückzug. Zuerst distanzieren sie als Versuchsbörse ihre unbeschränkten Siege auf dem 60. Katholikentag zu Reg. Dort sollte der apostolische Nuntius Martin Frühwirth (München) sein autoritatives Wort für die interkonfessionellen Gewerkschaften in die Waagschale werfen, denn dazu meinten die Vachemiten, sei der Katholikentag der einzig zuständige Gerichtshof. Allein der Dominikaner Frühwirth erhielt aus dem Vatikan den telegraphischen Befehl, nicht nach Lothringen, sondern nach Aachen zu reisen. In Reg. aber führten die Berliner unter direkter Förderung der Bischöfe Benzler, Faulhaber und Korum das große Wort, während gleichzeitig die Führer der christlichen Gewerkschaften aus Essen und Gladbach verächtlich umherirrten. Darum schrieb Julius Vache in: Der Katholikentag ist für die Gewerkschaftsfrage nicht zuständig! Die zur Verdeckung ihrer Niederlage über die Alpen hinübergerufene Lösung des „Friedens von Reg.“ diene zur Verhütung des Vatikan, in dessen Auftrag Bischof Korum vor den „Vorführe“ warnen mußte. Und das von Mathias Erzberger der „Civilta Cattolica“ ins Netz gelegte hademittische Ei einer Polemik gegen die Osterdiszastaleute und gegen die „Kölner-Korrespondenz“ führte zur augenblicklichen Verurteilung des kampflustigen „Integralisten“ Schaudano S. A. als Leiter der führenden Jesuitenzeitung gegen die Kölner Richtung.

Am 28. November 1912 verlas Adam Stegerwald zu Essen „seine“ Gegenentwürfe. Er lehnte den Eintritt seiner Interkonfessionellen in katholische Vereine rundweg ab. In demselben Essen aber mußte dann der Landgerichtsdirektor Dr. Laatzmann am 5. Oktober 1913 den inzwischen erfolgten Waffeneintritt derselben Interkonfessionellen in katholische Vereine verurteilen. — Derselbe Adam Stegerwald fühlt sich als gläubiger Katholik durch die Behauptung, er habe sich dem Enghirnfabrik Singulaxi und den Bischöfen folgsam unterworfen, gräßlich verleumdet (§ 187 Str.-G.-B.), während Dr. Laatzmann namens der christlichen Gewerkschaften erklärte: Die christlichen Gewerkschaftler denken gar nicht daran, gegen die Weisungen des Heiligen Vaters und unserer Bischöfe zu verstoßen!

Während die Vachemiten und Christenführer sich für die „Interkonfessionalität“ einsetzen, warnt Erzbischof Felig von Hartmann seine Diözesanen vor „glaubensgefährlichem Umgang“.

Bei der Essener Tagung Anno 1912 ist der Baderborner Bischof Dr. J. Schulte als der angeblich verantwortliche Autor der „bischöflichen Interpretation“ aus der Ferne gezeigt worden, und der Professor Walther Köhler feierte darauf den preussischen Staat und den deutschen Episkopat als Sieger über den mittelalterlichen Papst in Rom. („Christliche Welt“ Nr. 52, 1912.) Inzwischen kam jedoch die Wahrheit ans Licht: Papst Pius X. ist allein der authentische Interpret seines Gedankens. Er fordert das rationale obsequium fidei, keinen Kababergehorsam, sondern den vernünftigen Gehorsam des Glaubens. Das Spiel: die deutschen Bischöfe in einen Gegensatz zum Papst zu stellen, ist aus. Am 26. November 1912 hat man alles unterdrückt und verschwiegen, was dem interkonfessionellen Gewerkschaftspapst Stegerwald mißfiel. Der Befehl des Papstes ist sehr klar: „Stoßen die Katholiken noch auf irgendeine Schwereigkeit, so sollen sie sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von dem sie entschieden wird.“

Der Papst erklärt ausdrücklich, daß er die Gewerkschaftsangelegenheit nunmehr an sich gezogen habe, weshalb das Urteil über sie noch Anordnung der Bischöfe ihm zustehen müsse. Vor Jahresfrist ist der aller schlimmste Mißbrauch mit der privaten Meinung eines Bischofs (Dr. Schulte) getrieben worden. Jetzt läßt zum Schutz der päpstlichen Autorität der Gesamtepiskopat Deutschlands eine Remedure verwerflicher Auslegungslinien eintreten, die weder der Kölner Richtung noch den Führern der christlichen Gewerkschaften gefallen dürfte.

### Kulturdokumente.

Das modernistische „Neue Jahrhundert“ nennt es eine skandalöse Vermengung von Politik und Religion, wenn die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen mit Ablässen belegt wird und berichtet einen solchen Fall aus dem frommen Land Tirol. Im „Lustnauer Gemeindeblatt“ vom 5. Oktober steht neben anderen profanen Dingen wie die Empfehlung von Blut- und Leberwurst folgendes Inserat:

Am Sonntag, den 12. Oktober, 1/4 Uhr nachmittags, findet im Kronensaal die Generalversammlung der Ortsgruppen des Biusvereins statt. Dabei wird der hochwirdigste Bischof Dr. Waly sprechen. Reservierte Plätze...

Die pp. Mitglieder und Teilnehmer können durch Empfang der hl. Sakramente und Gebete

für den hl. Vater am Tage der Generalversammlung einen willkommenen Ablass gewinnen.

Der Obmann.  
Mit der Gründung der Biusvereine hat bekanntlich der politische Katholizismus seinen Anfang genommen. Daran, daß es politische Vereine sind, hat noch niemand im Ernst gezweifelt, wenn auch die Merikalen gelegentlich gemeint haben, durch Ablenkung des politischen Charakters dieser Vereine die Welt an der Nase herumzuführen zu können. Vom Papst wäre es aber konsequent gehandelt, wenn er aus demselben Grund unseren Zentrumsleuten für den Besuch der Zentrumsversammlungen einen Ablass bewilligen wollte. Sie haben dann wenigstens von dem Besuch etwas. Wie mit den Ablässen gehandelt wird, besagt ein Inserat, das dieser Tage in der überfrommen „Augsburger Postzeitung“ erschien. Es lautet:

St. Benediktus-Jubiläums-Medaille  
vorgeschieden zur Gewinnung des Allerseelen-  
ablasses am 2. November  
zum Preise von 5, 10, 50 Pf.  
in besserer Ausführung 2,50, 3,50, 6,00 M.  
(Name der Buchhandlung.)

Es gibt also ganz billige, eine Mittelforte und sehr teure. Sechszehn Mark ist heutzutage doch viel für solche Dinger. Man sieht daraus aber, daß unsere Merikalen immer noch Geld zu machen verstehen. Wäre es nun nicht vernünftiger, statt Lebensmittel und Streichhölzer, solche Dinge wie diese Medaillen, die ihren Fabrikanten einen Riesengewinn abwerfen, zu besteuern? Es wäre dann zugleich für den Steuerfiskus eine Eigenschaft nutzbringend gemacht, die, nach den obigen Inseraten zu schließen, noch immer nicht im Abnehmen begriffen ist.

### Diätenfragen

haben die Mitglieder des preussischen Dreiklassenhauses. Sie bekommen täglich 15 M., ohne daß der Nachweis ihrer Anwesenheit im Parlament notwendig ist, erhalten aber keine allgemeine Freifahrt. Der Landtag hat nun eine Kommission niedergesetzt, die sich mit der Diäten- und Freifahrtfrage beschäftigen sollte, und die beschloß, sowohl eine Erhöhung der Diäten als auch die Erteilung von Freifahrtskarten für den ganzen Staat bei der Regierung zu beantragen. Wie mitgeteilt wird, ist die Regierung nicht geneigt, auf diese Vorschläge einzugehen. Wenn die Diäten neu geregelt werden, dann soll es geschehen in der Form von Tagegeldern, ähnlich wie im Reichstage, wo die Anwesenheit eines Abgeordneten durch Führung einer „Lohnliste“ nachzuweisen ist. Darauf wollen jedoch die preussischen Dreiklassenmänner nicht eingehen. So dürfte aus einer Regelung der Diäten im preussischen Landtage vorläufig noch nichts werden.

### Preussisches Volksschulwesen.

Preußen zählt etwa 6 1/2 Millionen Volksschüler. Wie das in Preußen kaum anders zu erwarten ist, besuchen die meisten dieser Volksschüler Konfessionsschulen. Nur 191 000 in den Städten und 177 000 auf dem Lande besuchen sogenannte Paritätsschulen, in denen die Schüler allerdings auch möglichst nach Konfessionen getrennt werden. Diese Seite des preussischen Volksschulunterrichts ist aber noch nicht die schlimmste. Bei weitem schlimmer ist, daß zu wenig Klassen und die Klassen überfüllt sind, so daß an einen geordneten Unterricht nicht zu denken ist. Nach einer Statistik, die im 21. Bande des amtlichen Quellenwerkes der preussischen Statistik enthalten ist, zeigt die Entwicklung des Volksschulwesens von 1880—1911 freilich eine weitestgehende Besserung. Die Schülerzahl in den Klassen der städtischen und der ländlichen Schulen ist von 64 auf 51 gesunken. Auf eine Lehrstelle entfielen 1886 in städtischen Schulen 67, in ländlichen Schulen 59 Schüler, während 1911 in städtischen Schulen nur noch 40, in ländlichen 61 Kinder auf einen Lehrer entfielen. Diese Durchschnittsziffern, mit denen bewiesen werden soll, daß sich das preussische Volksschulwesen außerordentlich gebessert habe, geben aber ein ganz schiefes Bild. Einige Städte mit sehr guten Schulverhältnissen und ganz kleine Landorte, die, weil sie sehr abseits liegen, doch eine eigene Schule und Lehrkräfte haben müssen, obwohl nur eine kleine Zahl von Kindern vorhanden ist, machen das statistische Durchschnittsbild über Gebühr günstig. Sobald man in die Statistik eindringt, zeigt sich sofort, wie schlecht es noch um die preussischen Volksschulen bestellt ist. Im Jahre 1911 gab es noch in Städten 1613 überfüllte Klassen mit 129 280 Schülern, so daß 75 auf eine Klasse kommen. Auf dem Lande aber wurden 7500 überfüllte Klassen mit 578 681 Schülern gezählt. Es kommen dort auf eine dieser Klassen im Durchschnitt 76 Schüler. Die Wehrzahl der ländlichen Schulen war 1886 noch einflussig, aber auch heute sind von 33 559 ländlichen Schulen noch 13 149 einflussig, wozu dann noch 6569 sogenannte Halbtagsschulen kommen, die den Uebergang zu zweiklassigen Schulen bilden. Vollkommene Schulerziehung mit mindestens 6 oder mehr aufsteigenden Klassen bestanden 1886 in Preußen nur 6 pro Mille und auch 1911 ist diese Ziffer nur auf 42 pro Mille gestiegen. Diese wenigen Zahlen zeigen, wo es in Preußen noch fehlt. Es wird eine ganz andere Volkserziehung kommen müssen, bevor das ländliche Volksschulwesen in Preußen ein Ende nimmt.

### Das italienische Wahlergebnis.

Rom, 29. Oktober. Bis heute lagen aus den 508 Wahlkreisen 505 Ergebnisse vor. Danach sind 237 Ministerielle, 52 ministerielle Radikale, 19 verfassungstreue Oppositionelle, 27 Katholiken, 11 Republikaner, 39 Sozialdemokraten und 19 Reformisten gewählt. In 101 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich.

### Oesterreich.

#### Der Auswandererkrandal.

Wien, 28. Oktober. Das vom Budgetausschuss eingesehene Subkomitee zur Beratung des südamerikanischen Schiffahrtsgesetzes setzte heute seine Verhandlungen fort. Sektionschef Niede gab eine Erklärung ab, an deren Schluß er sagte: Nach Uebernahme der Schiffahrtsgesetzgebung war meine erste Amtshandlung, daß ich den Plan unterdrückte, auch den Oesterreichischen Lloyd in ein engeres Verhältnis zu den deutschen Postlinien zu bringen. Was man mir vorwirft, ist, daß ich österreichische Interessen gegen die eines ausländischen Kartells zu verteidigen gewagt habe. Ich gedenke, die Probe darauf zu machen, ob das einem österreichischen Beamten noch erlaubt ist. (Lebhafter Beifall.)

Im Laufe der Debatte erklärte der Handelsminister bezüglich der Behauptung, daß die Canadian-Pacific im Geheimen eine Summe an die Regierung für den Dispositionsfonds geleistet habe, er sei ermächtigt, im Namen der Regierung auf das allerbestimmteste zu erklären, daß an dieser Behauptung nicht ein wahres Wort sei und daß die Canadian an die Regierung niemals mit einem solchen Angebot herangetreten sei. Auf die Anfrage, ob eine Liste der Abgeordneten, die mit der Canadian-Pacific in Verbindung gestanden hätten, existiere, erklärte der Minister, daß ihm offiziell von einer solchen Liste nichts bekannt geworden sei. Der Minister teilte gleichzeitig bezüglich der Beschuldigung, daß zwei Beamte des Handelsministeriums sich in strafbarem Einvernehmen mit der Canadian befunden hätten, mit, daß nicht das geringste vorliegt, was zu einer solchen Anschuldigung berechtigen würde.

Zum Schluß teilte der Minister des Innern mit, dem Urheber der ersten Anzeige Grünhut seien nach dessen Angabe von einem Vertrauensmann des Vertreters der Canadian-Pacific Millionen angeboten worden, damit das Vorgehen gegen die Canadian-Pacific eingestellt werde.

### Frankreich.

#### Klerikale Kampfanzeige.

Paris, 29. Oktober. Der Bischof von Orleans Msgr. Touchet erklärte in einer Rede, daß die französischen Bischöfe, welche nicht die verweilenden, sondern die arbeitenden Schulen bekämpfen, angesichts der auf die Einführung des staatlichen Unterrichtsmonopols abzielenden Bestrebungen der Radikalen sich zu einem energischen Vorgehen entschließen müßten. Er sei der Ansicht, daß die beste Antwort auf die Treibereien der Comités in der Schließung aller katholischen Privatschulen bestünde. In unseren Schulen, erklärte er, wird in manchen Departements über die Hälfte der Kinder unterrichtet. Unsere Lehrer, unsere Lehranstalten kosten dem Staate nichts. Anstatt uns dankbar zu sein, hat uns der Staat seit 30 Jahren als Feinde behandelt und verfolgt. Wenn wir ihm mit einem Mal alle unsere Schulkinder überlassen, dann wollen wir sehen, wo er die erforderlichen Schulgebäude und Geldmittel findet. Wir werden diesen Entschluß nicht aus Nachsichtigkeit, sondern aus Eigennutz fassen und wollen die Geldmittel, die wir bisher den katholischen Privatschulen widmeten, den Seminarien, Lehrplänen und Haushaltungsschulen sowie dem katholischen Wohlfonds zuwenden. Dieser Entschluß kann aber nur dann wirksam werden, wenn er allgemein durchgeführt wird und im Einvernehmen mit dem gesamten französischen Episkopat und den Führern der Katholiken in den einzelnen Diözesen erfolgt.

### Spanien.

#### Gegen die Konservativen.

Paris, 29. Oktober. Wie die Blätter melden, fanden in Barcelona abermals lebhafteste Straßenkundgebungen gegen das neue konservative Ministerium statt. Manifestanten feuerten Revolverkugeln ab. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und beschlagnahmte zahlreiche Revolver. Die Hauptstraßen wurden militärisch besetzt.

### Amerika.

#### Die Mächte und Mexiko.

Washington, 29. Oktober. Wie Staatssekretär Bryan ankündigt, haben Deutschland, England und Frankreich auf entsprechendes Ersuchen Amerikas die Antwort erteilt, die Formulierung irgendwelcher mexikanischer Politik hinauszuschieben, bis der Notenaustausch mit Mexiko erfolgt sei. Daß die drei Mächte die mexikanische Politik Amerikas abwarten wollen, wird dahin aufgefaßt, daß die Vereinigten Staaten den Mächten eine Erklärung ihrer Politik unterbreiten werden, sobald eine Beurteilung des Wahlausganges in Mexiko möglich ist.

## Letzte Nachrichten.

#### Der österreichische Schiffahrtskrandal.

Wien, 29. Oktober. Das Subkomitee des Budgetausschusses setzte heute seine Verhandlung in Angelegenheit der Schiffahrtsgesellschaften fort. Abg. Ellenbogen (Soz.) erklärte, es handle sich in der ganzen Affäre um eine Kampagne, die unter Patronage eines auswärtigen Schiffahrtskartells gegen eine antikartellistische Schiffahrtspolitik der Regierung betrieben werde, die von der Majorität des Hauses gebilligt würde. Leider habe die Regierung nicht gewagt, die österreichische Schiffahrtspolitik gegen die ausländische Kartellpolitik zu verteidigen. Abg. Friedmann (Freiheitlich) führte aus, die außerordentliche Zurückhaltung der Regierung sei wohl auf die vermeintlich notwendige Rücksichtnahme auf Deutschland zurückzuführen, da es sich hier um deutsche Gesellschaften handle. Abg. Rataja (Christlich-sozial) sagt, die vom Sektionschef Niede erörterten Ziele der Schiffahrtspolitik könne jeder österreichische Politiker und auch die Partei des Redners nur billigen. Eine energische strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen werde auch für die anderen Gesellschaften, welche nicht mit viel besseren Mitteln arbeiten dürften, ein abschreckendes Beispiel geben.

#### Die Opposition der Ulsterleute.

London, 29. Oktober. (B. T. V.) Der Oppositionsführer Donar Law und Sir Edward Carson sprachen heute abend in einer Versammlung von 15 000 Personen in Belfast bei Remcastle. Donar Law erklärte, daß das Versprechen, welches er für die Unionistenpartei in vergangenen Herbst abgegeben habe, noch immer Gültigkeit besitze. Falls die Regierung versuchen würde, Ulster aus der Union mit England herauszutreiben, ohne dazu die Zustimmung des Landes durch Remwahlern erlangt zu haben, so würde Ulster, wenn es sich widersetzen sollte, im Recht sein und von den Unionisten in seinem Widerstande unterstützt werden. Donar Law sollte sodann Sir Edward Carson Anerkennung und erklärte, daß er und Carson zusammen stehen und, wenn nötig, auch zusammen fallen würden. Er hob schließlich den Ernst der Lage hervor und stellte in Abrede, daß die Opposition Ulster als Schachfigur im Parteikampfe gebrauche.

#### Ein aufgeklärter Justizirrtum.

Eberfeld, 29. Oktober. (B. T. V.) Im Sommer 1907 wurde die Witwe Hamm aus Pflandersbach in der Nähe von Eberfeld wegen Beihilfe bei der Ermordung ihres Mannes, des Landwirts Hamm, zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Mörder selbst blieb unermittelt. Vor einem halben Jahre fand man aber eine Spur in dieser Richtung, die zu verfolgen die Berliner Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft in Eberfeld ersucht wurde. Im Laufe dieser Ermittlungen kam sowohl Polizeirat Braun, wie auch der Chemiker Dr. Brünning von der Chemischen Untersuchungsanstalt beim Berliner Polizeipräsidenten von entgegengegangenen Gesichtspunkten aus zu der Entdeckung, daß der geistete Hamm das Opfer eines von ihm gestellten und sich zur Behr sendenden Einbrechers geworden ist. Nunmehr haben die Geschworenen, die damals das Schuldig gesprochen haben, eine Eingabe an den Ersten Staatsanwalt in Eberfeld gerichtet und ihn ersucht, seinerseits das Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen.

#### Großfeuer in der Genter Weltausstellung.

Brüssel, 29. Oktober. Heute abend brach im Stadtviertel Alflandern auf der Weltausstellung in Gent Feuer aus. Sieben Häuser wurden zerstört. Der Schaden soll bedeutend sein, das Feuer war nach Verlauf einer Stunde gelöscht. Das Stadtviertel Alflandern war eine Wiederherstellung der interessantesten Gebäude und Plätze aus den verschiedensten Städten von Flandern.

#### Flussfischer in der Themse ertrunken.

London, 29. Oktober. (B. T. V.) Eine Schar Flussfischer hatte sich auf dem Dampfer „Miron“ nach einem Ausflugsort an der Themse begeben. Auf der Rückfahrt erfolgte ein Zusammenstoß des „Miron“ mit dem Dampfer „Fogart“. Der „Miron“ sank so schnell, daß es nicht möglich war, alle seine Passagiere zu retten. Eine große Anzahl der jungen Leute wurden von dem sinkenden Dampfer mit in die Tiefe gerissen und fanden so den Tod in den Wellen.



Schnitt, Sitz und Verarbeitung sind bei diesem sehr eleganten Phantasiepal, tadelloso, dem englischen Geschmack in Ware und Fassung entsprechen ein schöner gepresterimit, Sealkragen und fescbe Samtknopflöcher mit Seidenfliegen.

35.25

Ein dem vornehmen Geschmack der Mode durchaus entsprechender Paletot. Aus feiner Astrachan-Ware gut verarbeitet, mit Cordel-effekten reich garniert, wirkt er besonders elegant durch die schönen mit Pelzimit, durchgezogenen Schlösser. Er kostet dabei nur

29.50

An hübschen Stoff- und Samteffekten ist bei diesem einfarbenen Mantel nicht gespart worden. Hochmodern m. Cutaway-Schnitt, durchschnittener Passe u. eingeschobenem Aermel mit schönen Stulpen u. bequemen Taschen, repräsentiert er einen unvergleichlichen Wert für den niederen Preis von

12.75

Wir haben was Sie suchen, zu billigeren Preisen als Sie dachten!



Ein schöner, welcher Stoff gibt diesem Ulster etwas ungemein molliges, wozu die grossen aufgesteppten Taschen noch wesentlich beitragen. Eleganter Cutaway-Schnitt, reizvoller Astrachankragen und eingeschobener Aermel vervollständigen das Bild eines wirklich bestechend schönen Mantels

13.50

Aus ganz vorzüglicher Ware in grünen oder hell- und dunkelbraunen Tönen, elegant verarbeitet, wirkt dieser Paletot besonders durch die aparte Linienführung seiner durchschnittenen Passe. Dazu kommen noch die sehr schönen Stoffschlösser, ein reicher Samtkragen und grosse Stulpen

25.25



Königstr. Chausseestr. 33 113

## Sechster Wahlkreis. Oeffentl. Kommunalwählerversammlung

Heute, Donnerstag, den 30. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr  
für den **34. Kommunalwahlbezirk**  
im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Str. 12.

Tagesordnung:

Die Aufgaben der Sozialdemokratie im roten Hause.

Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse **Karl Hetzschold**.

Freie Diskussion.

281/14

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Am Sonnabend verstarb unser Genosse, der Schlosser

**Georg Richter**

Jährbelliner Str. 47, Bezirk 495.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Stions-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Georg Richter**

Jährbelliner Str. 47, am 23. d. M. an Darmverengung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 30. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Stions-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

127/13 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12

**Deutscher Holzarbeiterverband.**

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

**Emil Kaufers**

Friedenstraße 62, im Alter von

43 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen

Freitag, den 31. Oktober, nach-

mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle

des Georgen-Kirchhofes in der

Randdörger Allee aus statt.

91/3 Die Ortsverwaltung.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster

Teilnahme bei der Beerdigung meines

lieben Mannes und unvergeßlichen

Vaters, des Restaurateurs

**Wilhelm Küster**

lagen mir dem Sozialdemokratischen

Wahlverein, dem Verein Freier Gast-

wirte, den Vorkriegervereinen „Kastus“

und „Nordwest“, dem Schrammklub

„Kriegsruß“, dem Sparverein

„Lichtig“, dem Tropfenklub „Berghil-

fen nicht“, sowie dem Gesangsverein

Rännerchor Wandlitz den besten Dank.

Friederike Küster nebst Kindern.

**Verband der Fabrikarbeiter**

Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Am Montag, den 27. Oktober,

verstarb unser Mitglied

**Max Kasch.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Donnerstag, den 30. Oktober, nach-

mittags 4 Uhr, von der Leichen-

halle des Gemeinde-Friedhofes in

Röpenitz aus statt. 57/11

Die Ortsverwaltung.

### Spezialarzt

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,

neurot. Schmähe, Weintraube jeder

Art, Ghrlich Gata - Sturen in

u. Co. Konz.

Laborat. Blut-

untersuchung, Fäden i. Harn u. m.

Friedrichstr. 81, gegenüber

Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2.

Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Separates Damenstimmer.

**Verband der Sattler u. Portefeuller**

Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung! Treibriemensattler!**

Sonnabend, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz' Pracht-

sälen, Münzstr. 17, Eingang Königsgraben:

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geheißliches. 2. „Eine Phantasieerei in die Sternwelt“.

Lichtbildernovotrag des Gen. A. Rautenberg. 3. Branchenanliegenheiten.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet Die Branchenleitung.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacher im Biedermannsgewand.

Der große Umfang, den die Arbeitslosigkeit angenommen hat, zwingt die Öffentlichkeit, sich eingehend mit diesem Problem zu beschäftigen. Neben der Fürsorge für die Arbeitslosen ist es die Frage, wie die Arbeitslosigkeit eingedämmt werden kann, welche alle Einsichtigen bewegt. Man verlangt von den Behörden, daß sie durch die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten den Beschäftigungslosen Arbeitsgelegenheit verschaffen, erwartet aber auch von den privaten Unternehmern, daß sie sich bei der Entlassung von Arbeitern weitgehende Beschränkungen auferlegen. Beifällige Unternehmer sind auch bemüht, umfangreiche Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. In vielen Betrieben wird tatsächlich mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, oder es werden Feiertagen eingelegt. Haben die Betriebsunternehmer hierbei auch vornehmlich das eigene Interesse im Auge, das sie nötig, auf die Erhaltung des eingearbeiteten Arbeiterstammes Rücksicht zu nehmen, so gereichen derartige Maßnahmen doch den Arbeitern zum Vorteil, denn der geringere Verdienst bei verkürzter Arbeitszeit ist immer noch der völligen Arbeitslosigkeit vorzuziehen.

Eine Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern nach der Richtung, daß bei schlechtem Geschäftsgang die Arbeitszeit verkürzt wird, ist bisher noch von keiner Seite als Verstoß gegen einen Tarifvertrag angesehen worden, der die Arbeitszeit regelt. Es gibt aber Scharfmacher, denen der Umfang der Arbeitslosigkeit gar nicht groß genug sein kann. Der Obermeister Rahardt von der Berliner Tischler-Innung ist solch ein Gemütsmenschen. Ihn wurmt es, daß ihn der Holzarbeiterverband immer wieder gehindert hat, mit den Arbeitern so umzuspringen, wie es seinen scharfmacherischen Gelüsten entsprochen hätte, und daß die Unternehmerorganisation den Arbeitern bei den Vertragsabschlüssen fortgesetzt Zugeständnisse machen mußte. Die herrschende Krise in der Holzindustrie erachtet er für den passenden Zeitpunkt, Klage zu nehmen. Herr Rahardt mimt den Wiedermann, der ängstlich demüht ist, die Innehaltung der abgeschlossenen Verträge zu überdenken und verkündet, daß eine Arbeitszeitverkürzung infolge Arbeitsmangels eine Vertragsverletzung sei. In der letzten Nummer der „Nachzeitung der Tischlermeister“ erläßt er folgende Bekanntmachung:

Arbeitgeber-Schulverband für das deutsche Holzgewerbe.

Nach § 46 des Arbeitsvertrages sind Einzelabmachungen, die den Bestimmungen des Vertrags widersprechen, ungültig. Nach § 4 des Vertrages beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 51 Stunden, vom 1. Juli 1913 ab 50 Stunden.

Eine Vereinbarung über eine auch nur zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Betrieben würde daher nicht nur nach § 46 des Vertrages ungültig sein, sondern auch als Vertragsverletzung präjudizell fortwirken können.

Ich mache daher meine Berliner Kollegen darauf aufmerksam, daß eine Abänderung des Vertrages, also auch eine Sondervereinbarung über eine zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit ohne Beschluß der vereinigten Vorstände der Berliner Verbände nicht zulässig ist.

E. Rahardt, Vorsitzender.

Die Entdeckung, die Herr Rahardt hier verkündet, macht seinem Scharfsinn alle Ehre, aber die Logik des Wiedermanns, in die er sich dabei hüllt, paßt ihm nicht, überall blüht der Scharfmacher und sanatische Arbeiterhasser heraus. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ erinnert bei der Besprechung dieser Frucht Rahardtscher Gedankenarbeit an einen Vorgang aus dem Jahre 1909. Damals hat sich der Herr bemüht, die Arbeiter um die vertraglich zur Durchführung zu bringende Arbeitszeitverkürzung zu bemögen. Die Tischlermeister sollten die tatsächlich übliche Vesperpause als offizielle Einrichtung erklären und ihre Dauer auf 10 Minuten täglich

festsetzen. Damit sei die Vorschrift des Vertrages, wonach die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen ist, erfüllt. In Wirklichkeit hätten aber die Unternehmer, wenn ihnen ihr Plan gelungen wäre, nichts zugestanden, sondern an jedem Arbeiter einen Stundenlohn pro Woche profitiert. Denn, und darauf legte Herr Rahardt ganz besonderes Gewicht, es sollte jedem Arbeiter für die Arbeitszeitverkürzung, die man illusorisch machen wollte, der Wochenverdienst um einen Stundenlohn vergrößert werden. Kein Meister dürfe etwa die alten Arbeiter aus Humanität von dieser Maßnahme verschonen. In der Versammlung der Berliner Tischlermeister, in welcher Herr Rahardt diese Gedanken entwickelte, sprach er in dem Zusammenhang den Satz aus: „Wer noch vom Humanitätsduffel besungen ist, dem gehören Prügel!“ Wenn man sich diese Stellungnahme vergegenwärtigt, dann hat man die Erklärung für den oben abgedruckten Erlaß des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schulverbandes.

Die Maske des Wächters über die Innehaltung des Vertrages, die sich Herr Rahardt in seiner Rundgebung vorzubringen für zweckmäßig hielt, ist sehr durchsichtig. Denn die fortgesetzten wirklichen Tarifverletzungen der Berliner Tischlermeister lassen ihn kalt, er hat deswegen noch keine Bekanntmachung erlassen, um sie zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten. Eine wesentliche praktische Bedeutung dürfte aber der Erlaß des Schulverbandes trotzdem kaum haben. Die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen sind in ihrer großen Mehrzahl ohnehin vom Rahardtischen Geiste erfüllt; sie haben in der Regel auch selber jeden entbehrlichen Arbeiter immer sofort entlassen. Die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter, die im September ein wenig zurückgegangen war, beginnt wieder stark anzuzuwachen. Am paritätischen Arbeitsnachweis sind gegenwärtig wieder mehr als 3600 Arbeitslose gemeldet (im Vorjahre waren es zu gleicher Zeit 2000—2200), und in den nächsten Wochen dürfte diese Ziffer noch bedeutend in die Höhe gehen auch ohne den Rahardtischen Ufas. Der Wert dieser Rundgebung liegt hauptsächlich darin, daß er den Arbeitern die Brutalität der Unternehmer drastisch vor Augen führt. Die Herrschaften sind wirklich frei von jedem Humanitätsduffel; ihr Uebermut kann nur von einer starken Gewerkschaft im Zaume gehalten werden.

Berlin und Umgegend.

Die Färber und Wäscher Berlins beschäftigen sich in einer Branderversammlung mit den hygienischen Einrichtungen in den Chemisch-Wäschereien. Die „Deutsche Färberzeitung“ brachte in ihrer Nr. 31 dieses Jahres einen Artikel über Hygiene der Wäscher im Ausland. Der Artikelschreiber gibt unumwunden zu, daß die Beschäftigten in den genannten Betrieben ungeheuren Gefahren an Leben\* und Gesundheit ausgesetzt sind. Er schreibt: Jeder den Gesundheitszustand englischer Wäscherinnen besitzend ein Bericht der Fabrikinspektoren Miss Deou. Nachdem von der Wäscherinnen üblichen Ueberarbeit Mitteilung gemacht ist, wird darauf hingewiesen, daß fast die ganze Arbeit in einer Wäscherei stehend ausgeführt wird und daß das Zubringen vieler Stücken in dieser Stellung häufig in ganz ungesunder Umgebung, verbunden mit dem Einatmen von heißer und feuchter Luft die Wäscherinnen Atemleiden, Krampfadern und Veingeschwüren aussetzt. Weiter heißt es: Typhustrankheiten kommen bei Wäscherinnen häufig vor, ebenfalls Tuberkulose. Was hier von den Wäscherinnen des Auslandes gesagt wird, paßt auch für die anderen Beschäftigten und nicht nur des Auslandes, sondern auch für Deutschland, speziell für Groß-Berlin. Ob Betriebs- oder Branderversammlung, überall hört man Klagen über schlechte Einrichtungen. Die erbärmlichste Rolle hierbei spielen die Plätterinnen, denn die haben nicht einmal den Mut, sich dagegen zu sträuben, daß sie stundenlang im Betrieb sitzen müssen, ohne einen Pfennig zu verdienen. Mit wahrer Schatzgebuld warten sie, bis ihnen von der Direktrice gnädigst ein Stück Arbeit übergeben wird. Haben sie ihre Arbeit gut und tadellos abgeliefert und es stellt sich naher heraus, daß in der Detaschur das Stück nicht gut gereinigt oder in der Färberei nicht gut gefärbt worden ist, so muß die Plätterin dieses Stück, nachdem es wieder die ersten Prozesse durchgemacht hat, unentgeltlich noch einmal

plätten. Das ist wohl der Gipfel aller Ungerechtigkeit. Aber wie man sich bettet, so schläft man. Ebe nicht das Massenbewußtsein bei dieser Arbeiterkaste erweckt ist, werden sie sich jedergelt als willenlose Sklaven behandeln lassen. Daß von den Unternehmern nichts Gutes zu erwarten ist, haben diese schon sehr oft bewiesen. Den Arbeitsnachweis, den sie sich eingerichtet haben, benutzen sie umgekehrt als Maßregelungsbureau und die Arbeiterkaste ist so dumm und geht hin, um sich in ihren edelsten Gefühlen verletzen zu lassen, indem ihnen gesagt wird: Ebe ihr nicht Mitglied der gelben Organisation werdet, könnt ihr bei uns keine Arbeit bekommen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß der Arbeitsnachweis der Unternehmer zu meiden ist und nur der Arbeitsnachweis des Textilarbeiterverbandes, Berlin, Andreasstr. 17, benutzt werden darf. Zugang von außerhalb ist vorläufig noch fern zu halten.

Achtung, Kupferschmiede! Die bei der Firma Chemische Fabrik auf Aktien vormals E. Schering, Berlin, Müllerstraße, und Charlottenburg, Zögeler Weg, beschäftigten Kupferschmiede haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Wir erlauben, diese beiden Betriebe streng zu meiden, da die Firma auf alle mögliche Art versucht, Arbeitswilige heranzuziehen. — Arbeiterfreundliche Plätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Zentrale Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Stettiner Fleischergewerbe ist zu berichten, daß die Innungsmeister den Gesellen einen Neberb zur Unterschrift vorlegen, worin diejenigen, die Verbandsmitglieder sind, ihren sofortigen Austritt aus dem Verband erklären, die übrigen aber die Verpflichtung übernehmen, nicht Mitglieder des Verbandes zu werden. Wenn die Innungsmeister glauben, hierdurch etwas zu erreichen, dann irren sie sich. — Die Fleischermeister behaupten, die Streikenden hätten sich auf den Standpunkt gestellt, entweder wird alles bewilligt, oder sie legen die Arbeit nieder. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Organisationsleitung hat gelegentlich einer Unterhandlung mit den Innungsmitgliedern die Bereitwilligkeit ausgesprochen, daß die Fleischer statt der geforderten 13 stündigen Arbeitszeit 14 1/2 Stunden, des Sonnabends sogar 15 1/2 Stunden arbeiten wollen. Die jetzige Arbeitszeit beträgt 16 Stunden pro Tag. Außerdem wollten die Organisierten von einem Tarifvertrag absehen und auf die Forderung verzichten, daß die Fleischer vom Nachweis des Verbandes bezogen werden sollen, wenn die Innung Einwendungen gegen die Organisationszugehörigkeit nicht macht und die Einstellungen durch den Innungsnachweis ohne Unterschied zwischen Organisierten und Inorganisierten erfolgen. Wenn die Verhandlungen gescheitert sind, so liegt die Schuld einzig und allein bei den Innungen. Sie wollen es eben zu einem Nachkampf mit der Organisation der Fleischer kommen lassen, das beweist ja jetzt auch der Neberb. Vielleicht ist ihr Vorgehen noch begünstigt worden durch die Halsstarrigkeit des Stettiner Magistrats den streikenden Gasenarbeitern gegenüber.

Der Streik in der Ascherlesener Maschinenbau-Articelgesellschaft dauert fort. Im mechanischen Betriebe arbeiten 50 Streikbrecher, in den übrigen Abteilungen 28. Von den 108 Arbeiterarbeitern sind 6 Kernmacher und 3 Former abtrünnig geworden. Die Zahl der Streikenden insgesamt beträgt 235. Aus Rheinland, Westfalen, Sachsen, Berlin und Hannover kommen vornehmlich Streikbrecher. Viele sind allerdings nach einer Enttäuschung wieder abgereist, weil sie den angeführten Verdienst nicht erreichen konnten. Das sollte allen denen zur Warnung dienen, die sich Bereden lassen, dort Arbeit anzunehmen. Vor Uebernahme von Arbeit wende sich jeder an das Bureau des Metallarbeiterverbandes, Winterbreite 23.

Welber Schwindel.

Im Juni d. J. ging in der gemäßigten Presse unter der Ueberschrift: „Ein Blick in den Zukunftsstaat“ ein Artikel durch die Lande, der schwere Anschuldigungen gegen den Gewerkschaftsorganisten Michaelien von der Hamburger Gewerkschaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes enthielt. Der Artikel, der aus dem Organ des gelben Gasenarbeitervereins „Der Hamburger Gasenarbeiter“ entnommen worden war, behauptete, daß Michaelien eine Frau Rey, die für ihren Mann Krankengeld abholen wollte, dies Geld nicht nur verweigert, sondern sie auch noch mißhandelt habe. Wörtlich hieß es, nachdem der ganze Vorgang in Bureau tendenziös aufgearbeitet wieder gegeben worden war:

„Michaelien sagte die Frau an Kragen und warf sie in des Wortes vollster Bedeutung zur Tür hinaus, stieß sie mit dem

Kleines feuilleton.

Romanliteratur für Melanegwede. Einen „ganzen Sektroman“ hat der „berauschende“ Illustriromanautor Fedor v. J. obelitz geschrieben. Er hat sich in das Studium der köstlichsten Weine vertieft, aber es kam nur etwas Leichtes zustande. Mit „Friedel halb-süß“ ist der ganze Sektroman (ungemein originell!) entkettiert, und er ist etwas Halbes, das unangenehm süßlich schmeckt. Ein Verdauungsbehelf für weinliebende Herrschaften, aber kein Tropfen für einen Proletarier, dem nach guter Bekläre dürstet.

Vor kurzem hat sich der Herr v. J. obelitz im „Tageblatt“ über die Verteuerung des Champagners ausgelassen. Er gibt billig zu, daß das Volkswohl von diesem Schläge nicht getroffen wird — doch der Liebhaber des rasch aufbrauenden Parisers, wie man den Champagner auch nennt, wird sich nun notgedrungen mit den deutschen Schaumweinen befreunden müssen. Auch ein hartes Stück Arbeit, aber des Schweißes der Edelsten wert, wenn man jener deutschen Sektellerei glauben darf, die im „Tageblatt“ in einem ganzseitigen Inserat gegen den „Dichter“ polemisiert. Sie beständig höflich und gerne, daß er in seinem Roman „Friedel halb-süß“ das Antifachen einer neuen deutschen Sektmarke „Grelfior“ in geistvoller und spannenber Weise entwickelt hat, aber seiner Behauptung, daß manche deutsche Kellerweine zur Aufbesserung ihrer Erzeugnisse Weine aus Frankreich beziehen, tritt sie aufschäumend entgegen. O, ruft sie, edle deutsche Rieslingweine mit den dünnen gehaltlosen Säuerlingen der Champagne zu versehen, würde etwa so sein, als ob man lauter Gold mit Nimm aufdesern wollte! Ein Landesverrat an dem edelsten Erzeugnis deutscher Rebe und deutscher Sonne! Glauben Sie nicht, daß deutscher Geist, deutsche Sauberkeit, deutsche Disziplin und deutsche Ordnung in der Lage sind, manches zu leisten, wovon man sich im Auslande nichts träumen läßt? Wenn Sie wieder einen Artikel über Sekt schreiben, so würden wir es mit Freuden begrüßen, wenn Sie sich nicht selbst von einem so izzigen Vorurteil gefangen nehmen lassen wollten. Wreden Sie eine Lunge für deutschen Wein, deutschen Sekt, deutsche Industrie und tragen Sie dazu bei, die ängstliche, klägliche Charakterchwäche und Selbstunterwürfigkeit, die so vielen Deutschen leider im Blute steckt, vertreiben zu helfen.

Das sind die auf Flaschen abgezogenen Phrasen unserer Regierungsklüger. Die getränkte Sektellerei läßt sie wie Pfropfen knallen. Im Auslande hilft sich die Industrie selbst, hier muß der Romandichter „eine Lunge für sie brechen“. Sie thront, ein Edelsträulein auf hohem Altan, und die Unterhaltungsschriftsteller, Gelden von der Feder, treten auf den Plan für sie. Hinter dem geschlossenen Visier brüht die schamhübe und naude Geldsucht, aber dem blöden Bürger offenbar sich in faltentreichem Gewande die Luft an der reinen Schönheit und Kunst.

Die erste Luftpost. Am 15. Oktober 1913 wurde die erste offizielle Luftpost per Aeroplan, und zwar für die Strecke Paris-Bordeaux, eröffnet. Es handelt sich, wohlgemerkt, diesmal nicht um die Aufstellung eines neuen Rekords, sondern die Etablierung

einer Rapidpost-Verbindung, die nach diesem ersten gelungenen Versuch beibehalten werden wird, und der weitere „Aufposten“ auf anderen Routen folgen sollen. Die Aufgabe bestand darin, die Korrespondenz, die in Paris zwischen 6 Uhr abends und 7 Uhr des folgenden Morgens auf die Post gegeben wird, noch am selben Tage bis nachmittags 3 Uhr auf das in Pauillac (bei Bordeaux) abfahrende Schiff zu bringen. Bislang konnte diese Korrespondenz, die gegen hundert Ailo Briefe beträgt, nicht so zeitig befördert werden, daß sie den um die genannte Stunde nach den Antillen auslaufenden Dampfer erreicht. Resultat: etwa vierzehn Tage Verspätung für diesen nach Tausenden von Briefen zählenden Kurier, da die Ueberseeeroute nach den Antillen nur alle zwei Wochen durch ein Schiff bedient wird. Die Lösung eines solchen Verkehrsproblems erschien danach lohnend. Der Militärflugschiffser Leutnant Nonin unternahm sich am 15. Oktober als erster der gestellten Aufgabe. Er fuhr in Villacoublay (bei Paris) um 7 Uhr morgens mit einer Postsendung im Gewicht von 6 1/2 Ailo (genau 522 Briefe) ab und landete trotz widrigen Südwestwindes und eines unterwegs erfolgten Maschinendefekts pünktlich um 2 Uhr 15 Minuten in St. Julien-de-Vercheville (bei Pauillac), wo die Korrespondenz auf den vor Anker liegenden Dampfer „Pérou“ transportiert wurde. Für die nächste Rapidpostverbindung zur Verbindung des überseeischen Schiffsverkehrs ist die Strecke Paris-Nizza vorgesehen.

Ungerbrechliches Glas. Eine Erfindung von weittragender Bedeutung wurde dieser Tage in London zum ersten Male vorgeführt, ein „Sicherheitsglas“, bei dem alle Gefahren, die durch die leichte Zerbrechlichkeit des Glases entstehen, vermieden sind. Das Glas ist aus drei durchsichtigen Körpern zusammengeleitet: zwischen zwei Glasscheiben wird ein dünnes Blatt Asphonit (eine Art Zelluloid) gelegt, mit Glas als Bindemittel, und das Ganze wird durch einen starken hydraulischen Druck zusammengepreßt. Bei der Vorführung wurde zunächst eine zwei Pfund schwere Eisenkugel an einen vier Meter langen Faden aufgehängt und wie ein Pendel geschwungen. Traf diese Kugel auf gewöhnliches, dickes Glas, so sprang es in tausend Stücke; aus Drahtglas wurde zerplittert und das Drahtnetz zerissen. Dagegen splitterte das Sicherheitsglas bei demselben Stoß nicht im geringsten; man hörte nur ein leichtes Knacken. Eine Flintenkugel prallte von dem einen Zoll starken Glase ab und rief nur drei Sprünge hervor, während eine unter denselben Bedingungen abgeschlossene Kugel sechs Zoll starkes Holz glatt durchschlugen hatte. Das neue Glas soll auch völlig „diebstahlsicher“ sein, da es mit Diamanten, wie sie Einbrecher benutzen, nicht geschnitten werden kann.

Musik.

Die Sonntags-Konzerte des Schillertheaters haben sich bisher bewährt und fest eingebürgert. Der billige Preis des unpersönlichen, also übertragbaren Abonnements, nämlich für je drei Sonntags-Konzerte einschließlich Garderobe und Programm 1,50 und 2,10 M., ist manchem wohl erwünschlich. Bei alledem handelt es sich um durchaus künstlerische Darbietungen von Werken klassischer wie moderner Kammermusik und ebensolcher Gesänge.

Leiter der Konzerte ist Professor Florian Jadic. Mit ihm, dem berühmten Geiger, teilen sich Heinrich Grünfeld (Cello), Hans Gasse, die Violinvirtuosin Gertrud Steiner-Rothstein und Eduard Behm (Klavier), lauter Künstler von Ruf, in die Wiedergabe. Am letzten Sonntag hörten wir ein Klaviertrio in E-moll, eine in bezug auf Erfindung und Geist- und feilenbolde Durchführung der Themen sehr interessante Arbeit von Eduard Behm, dem längst im Konzertsaal heimischen Niederkomponisten, der auch den schwierigen Klavierpart bestreift, sowie ein Streichquartett in B-dur 130 von Beethoven mit einem unsagbar tief wehmütig und doch wieder beseligt aufblühenden Adagio (Cavatine) und einem später als überhaupt lechte Komposition hingepudelten Finale. Paul Meiners sang mit wundervoller Tenorsstimme und trefflicher Phrasierung einige ungemein lyrisch geartete Lieder von Edward Grieg.

Im Blüthneraal gab Sigmund von Hausegger mit dem Blüthner-Orchester am vorigen Montag das erste seiner sechs großen Sinfoniekonzerte. Auf dem Programm stand, außer Webers Freischützouvertüre, Schuberts unvollendete Sinfonie H-moll und Beethovens Sinfonie Nr. 5, der Don Juan von Richard Strauss. Der Gelegenheitsdirigenten zu hören, wird sich nicht lange zu entscheiden haben, wenn der Preis gebührt. Das titanisch aufstürmende Straußsche Werk zumal kam diesmal mit einer finstergewaltigen Partit und alle Schranken niederborstenden Macht zu Gehör, die seine wahrhaftige Raufbedeutung neuerdings eindringlich zum Bewußtsein brachte. Hausegger nimmt die Tempi ziemlich frei. Ueberall weiß er das unvergleichliche Orchester glänzend zu führen und so, in der maßvollen Herausarbeitung der einzelnen Themen und ihren Gegenpielen, wie in der mächtvollen Geschlossenheit des ganzen jeder Wiedergabe seines Geistes Stempel aufzutragen. Zudem beherrscht er die Partituren vollends im Kopfe und Herzen. Er dirigiert auswendig. Und das will immerhin viel heißen. ek.

Humor und Satire.

Halbpart.

Trara! Der eine König zieht Gefeiert ein in München, Den andern, den in Fürstentried, Den wollen sie jetzt künd'gen. Der eine thronet im Palast Mit seinen sieben Töchtern, Der andre trägt der Krone Last Scheu unter Irenenwächtern. Der eine schreitet würdevoll Durch Schranken und durch Pfaffen, Der andre hat (denn er ist toll) Mit Hertling nichts zu schaffen. So hat der Jrefim auch sein Gut's, Jedoch, das ist die Frage, Die ich nur sehr bekann'ten Wuts An Euch zu richten wage:



# Kommunale Wahlbewegung.

37. Kommunalwahlbezirk.

In gut besuchter Kommunalwählerversammlung gab hier Genosse Karl Leid ein sehr anschauliches Bild sozialdemokratischer Gemeindepolitik. Die Zusammenfassung im roten Hause — von den 144 Mitgliedern sind über 100 Hausbesitzer — bürgt schon dafür, daß alle Vorlagen von dem engen Gesichtspunkte des Hausagariertums behandelt werden. Selbstverständlich spielen noch andere Interessen, Vetterwirtschaft usw., eine große Rolle. Und das bei einem Gemeinwesen, dessen Etat größer ist, als der verschiedener Königreiche. Wenn man früher behaupten konnte: „Berlin schwimmt in Geld“, sind diese Zeiten längst vorüber. Statt in solcher Zeit für später vorzusorgen, verpaßt man jede günstige Gelegenheit. Die weitsehenden Anträge der Sozialdemokratie erleben eine glatte Ablehnung durch die städtischen „Dreiklassenmänner“. Das „Geld von der Straße“ aufzubeheben unterließ der Freisinn; denn eine Verstaatlichung der Straßenbahnen wäre gleichbedeutend mit einer Dividendenbescheidung der die Bank- und Vorkonzepte Vertretenden. Nun, bei dem krankehaften Eudien und Schaffen neuer indirekter Steuern, die wir aufs schärfste bekämpfen, wird die Stadt jedenfalls auch nur erneuten Neinsagen erleben, wie bei der Lustbarkeitssteuer. Durch die Beschränkung der Sozialdemokratie wurde vorläufig der Vertrag mit den U.E.W. gekündigt und Verhandlungen zwecks Uebernahme angebahnt. Es ist eine Schmach für Berlin, daß Västenberg und selbst Neufuß ein eigenes Elektrizitätswerk besitzen, und nur die Dreimillionenstadt nachhinkt, weil die Profite der verstaatlichten Privatkapitalisten bei einer Kommunalisierung in Westfall kämen. Nach eingehender Würdigung der geleiteten Arbeit auf den verschiedenen kommunalen Gebieten, forderte Leid unter lebhaftem Beifall auf, am Wahltag dem Freisinn für sein volksfeindliches Gebaren die verdiente Quittung zu verabreichen.

Nach einer Aussprache des Kandidaten Heise gingen die Versammelten mit dem Willen auseinander, alles für die Vernehmung der sozialistischen Stimmen und die Eroberung des 37. Bezirks zu tun. Für die I. Abteilung des V. Wahlkreises war zum Dienstag eine Versammlung einberufen, in der Genosse Brückner Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erstattete. Der Referent streifte die wichtigsten Tätigkeitsgebiete und fand lebhaftem Beifall. In der Diskussion wurden namentlich das Schulwesen sowie die Armen- und Waisenpflege weiter erörtert. Alsdann wurde die Delegiertenliste zur Verbandsgeneralversammlung vorgenommen, worauf nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten die Versammlung ihr Ende erreichte.

## Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

Im Alter von 83 Jahren starb am 28. Oktober in Detmold der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins für das Fürstentum Lippe, Genosse Wilhelm Eggen. Der Verstorbene genoss das Vertrauen der Parteigenossen in hohem Maße. Als Landtagskandidat unterlag er bei den letzten Wahlen mit nur 25 Stimmen Minderheit.

Dolmetscher, Gerichtlichen usw.

Die staatsgerichtliche Wissenschaft vom Menschen.

Genosse Brucker hält gegenwärtig im Auftrage des Zentralbildungsausschusses unserer Partei in Schloffen Vortragskurse ab. Das Thema lautet: „Menschenkunde.“ In Peitzertwisch bei Orlau wurde die Vorführung der Lichtbilder durch den Amtsvorsteher unterbrochen. Auf telegraphische Beschwerde an den Landrat antwortete dieser, dem Amtsvorsteher müsse vorher ein Verzeichnis der vorzuführen Bilder eingereicht werden. In der Begründung des Verbots des Amtsvorstehers führte der Landrat u. a. aus: „Ein Vortrag über die Entwicklung des Menschen mit erläuternden Lichtbildern unter Zuhilfenahme von Kindern ist nach der allgemeinen Auffassung des Lebens objektiv als geeignet anzusehen, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gestueter Menschen zu verletzen.“ Schließlich wurde der Lichtbildvortrag unter der Bedingung gestattet, daß jugendliche Personen unter 18 Jahren nicht anwesend sein dürfen. — Nunmehr wird sich der Regierungspräsident mit dem Vorgehen seiner untergeordneten Anstalten zu beschäftigen haben.

## Jugendbewegung.

Die Justiz im Kampfe gegen die Arbeiterjugend.

Eine sonderbare Begründung hat das Schöffengericht Köpenick einem Urteil gegeben, das unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Tischerhoff am 8. Oktober gefällt ist.

Der Genosse Rodenbusch aus Alt-Blinden hatte zu einer öffentlichen Volksversammlung am 28. Mai durch Klafate an den Anschlagtafeln eingeladen. Die Versammlung bezweckte die Gründung eines Vereins zum Zwecke der Errichtung eines Arbeiter-Jugendheims. Die Versammlung fand statt und der Verein wurde auch begründet.

Im September wurde Genosse Rodenbusch mit einem amtsgerichtlichen Strafbefehl über 15 M. bestraft. Er sollte gegen das Reichsgesetz, das preussische Verfassungsgesetz und gegen eine Ortspolizeiverordnung gesündigt haben; gegen das Verfassungsgesetz, weil die Versammlung eine öffentliche politische gewesen sei, gegen das preussische Verfassungsgesetz, weil Druckschriften an öffentlichen Anschlagtafeln ohne polizeiliche Erlaubnis angebracht seien und schließlich gegen die Ortspolizeiverordnung, weil er rotes Papier zu den Plakaten benutzt habe.

Da Genosse Rodenbusch sich keiner Sünde bewußt war, erhob er Einspruch mit dem Erfolge, daß er nunmehr 55 M. und die Kosten dlehen soll für dieselben Handlungen, die derselbe Herr Amtsgerichtsrat Tischerhoff, der den Vorsitz bei der Schöffengerichtsverhandlung führte, in seinem Strafbefehl mit 15 M. bewertete hatte.

Die Uebersetzung des Verfassungsgesetzes hielt das Gericht für festgesetzt, ohne überhaupt Zeugnis, die in der Versammlung anwesend waren, zu hören — Genosse Rodenbusch hatte die Vernehmung des Referenten beantragt — mit folgender geradezu laienhaften Begründung:

„Als Tagesordnung war „Der Kampf um die Jugend“ angegeben. Wie allgemein bekannt, hat dieser Kampf um die Jugend nur den Zweck, die Jugend für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Die Versammlung war also als eine öffentliche politische bestimmt.“

Leichter hat sich wohl kaum je ein Gericht die Feststellung einer strafbaren Handlung gemacht. Daß die ursprüngliche Strafe mehr als verdreifacht ist, begründet das Gericht mit dem „hartnäckigen Weigern“ und mit dem „dreifachen Auftreten“ des Genossen Rodenbusch in der Hauptverhandlung. Weil der Angeklagte nicht angab, daß die Versammlung eine „politische“ gewesen sei, wird ihm „hartnäckiges Weigern“ — auf deutsch eine Lüge — vorgeworfen, und weil er sich gegen diesen schon im Termin erhobenen Vorwurf wehrte, macht das Gericht daraus „dreifaches Auftreten“.

## Aus Industrie und Handel.

Zur amerikanischen Zollreform. Einer der anständigsten Paragraphen des neuen Zolltarifs soll außer Kraft gesetzt werden. Nach einer Mitteilung des „Sun“ soll der Generalanwalt entschieden haben, der fünfprozentige Zolltarif könne amerikanischen Schiffen nur eingeräumt werden, wenn er auch fast allen wichtigen Seemächten gewährt würde; infolgedessen betrachte die Regierung die Zolltarifbestimmung als annulliert. Diese Frage werde den Kongress im Dezember beschäftigen.

Der Streit um den Tabaktrust. In einer höchst merkwürdigen Gründung hat die Gruppierung der deutschen Tabakindustrie je nach der Zugehörigkeit zu dem amerikanischen Tabaktrust oder den freizügigen Firmen geführt. Unter der Leitung des Herrn Goerzig, der früher als Syndikus des Vereins zur Abwehr des Tabaktrusts tätig war, hat sich ein Verband mit dem Namen „Deutsche Zigaretten-Konvention“ gebildet. Der Verband bezweckt nach seinen Richtlinien, das gefährdete Privatmonopol in der Zigarettenindustrie durch eine vertragliche Bindung der Trustfirmen zu beseitigen. In der gleichen offiziellen Mitteilung des Verbandes wird aber gesagt, daß die Deutsche Zigaretten-Konvention trotzdem einem Vertrage mit dem Trust zustimmen wird, „der der Branche absolut sichere Garantien bietet“, d. h. die neue Konvention ist eine verschleierte Schrittmacherei für den amerikanischen Trust.

Die beginnende Krise. Die Organisation der deutschen und österrischen Baumwollspinnereibesitzer in Oesterreich hat eine zwanzigprozentige Betriebsreduktion beschlossen. Die Entschädigung der Arbeiter — bleibt den Unternehmern freigestellt. Und die Kohlenbarone erhöhen gerade jetzt die Preise! Die Düsseldorf-Ortsgruppe des Kartells Westdeutscher Eisenhändler ermächtigte mit Wirkung vom 1. November die Preise für Weiche und Stabeisen um 5 M. pro Tonne.

## Genossenschaftliches.

Buchdrucker und Verlagsgesellschaft.

Uns geht folgende Erklärung zu:

Zwischen den in der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine beschäftigten Buchdruckern und der Geschäftsleitung des genannten Betriebes bestanden seit längerer Zeit Differenzen, die auch zu einer umfangreichen Preiskrise zwischen den Organen beider Korporationen, dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ und der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, geführt hatten. Dieser Konflikt ist nunmehr durch eine Konsensvertrag beider Parteien beigelegt worden. Es wurde nachstehende Erklärung vereinbart:

Nach einer beide Teile befriedigenden Erledigung der in den Verhandlungen vom 15. Mai 1913 vertagten Beschwerden des Buchdruckerpersonals der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, den 27. Oktober 1913, eine Sitzung statt, an der als Vertreter der Deutschen Buchdrucker-Verbandes die unterzeichneten E. Döblin, W. Dreier und Fr. Kungler, als Vertreter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Wästel und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, H. v. Elm, teilnahmen.

Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse dazu beigetragen haben, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verschärfen. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Ausklärung beseitigt.

Die Unterzeichneten eruchen deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in alseitigem Interesse einzustellen.

Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralleitungen beider Organisationen versuchen wollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.

E. Döblin. Heinrich Kaufmann.  
W. Dreier. H. v. Elm. Dr. Aug. Müller.  
Fr. Kungler. Hugo Wästel.

Damit sind die zurzeit schwebenden Beschwerden des Buchdruckerpersonals erledigt. Auf diese erledigten Beschwerdepunkte zurückzukommen, liegt mithin kein Anlaß vor. Böllig anders liegt es mit den lediglich aus Anlaß der Beschwerden der Buchdrucker zur Erörterung gelangten Verhältnissen in der Verlagsgesellschaft und der Organisation der Konsumgenossenschaften. Jene Buchdruckerangelegenheit hatte aufs neue bewiesen, daß im Interesse der Konsumgenossenschaft und der Partei der Austritt der Verlagsgesellschaft aus dem Prinzipalverein und eine Demokratisierung der Organisation dringend erforderlich ist. Diesen beiden Punkten werden daher die Sozialdemokraten in den Genossenschaften nach wie vor erhebliche Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es gilt, ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen.

Stellungnahme zur Verlagsgesellschaft.

Eine gutbesuchte ordentliche Generalversammlung des Konsumvereins für Nieße a. d. Elbe und Umgebung nahm am vergangenen Sonntag Stellung zu den Vorgängen innerhalb der Genossenschaftsbewegung. Die Versammlung hat um deswillen allgemeines Interesse, weil im nahen Gröbba eine Reihe Betriebe der Hamburger Großverkaufsgesellschaft mit einer großen Anzahl Angestellten und Arbeiter vorhanden sind. Es lag folgende Resolution vor:

„Die am Sonntag, den 28. Oktober, im Hotel „Wettiner Hof“ in Nieße tagende Generalversammlung des Konsumvereins zu Nieße verurteilt aufs schärfste das Verhalten des Herrn Generalsekretärs Kaufmann bei dem Konflikt der Buchdrucker mit der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine.“

Ganz besonders aber verurteilt sie das Verhalten nach Beilegung des Konfliktes durch die Vereinbarung vom 15. Mai, wodurch die er die schamlos niederigen Hamburger Unternehmer in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft unterstützte.

Die Versammlung erwidert darin in erster Linie eine Schädigung des Genossenschaftswesens, da durch das Vorgehen des Herrn Kaufmann die Arbeiter als Träger der Genossenschaften bekämpft und wirtschaftlich geschädigt werden und dadurch das Vertrauen zur Genossenschaft verlieren müssen.

Der Resolution trat Genosse Fehald, Direktor der Eisenschmelze in Gröbba, entgegen. Er sprach sich für die Einsetzung eines Schiedsgerichtes aus und betonte, daß er auch nicht alles unterschreibe, was Kaufmann sage und schreibe. Vom Vorstand des Vereins verurteilte Genosse Kitzke ebenfalls das Verhalten Kaufmanns, ersuchte aber, die Beschlüßfassung über die Resolution bis zur Frühjahrsgeneralversammlung zu vertagen. Nach längerer Debatte wurde die Resolution mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

## Soziales.

Schweigepflicht des Gewerberichters.

Das Reichsgericht hatte sich am Dienstag mit einer auf Amtsenthebung eines Gewerberichters abzielenden Sache zu befassen.

Ein Eisendreher in Wurgun hatte anlässlich eines Streiks bei einer Erziehungerei die Arbeit niedergelegt. Die Firma bemerkte nun dem Gesetz zuwider auf dem Zeugnis, daß der Eisendreher „anlässlich eines Streiks mit dem größten Teile der Arbeiter die Arbeit niedergelegt habe“. Der Eisendreher klagte vor dem Gewerbegericht auf Streichung dieses geschwätzigen Zusatzes. Das Gewerbegericht entschied aber zu seinen Ungunsten. Diese geschwätzige Willigung eines Urtanbriefes erregte begreiflicherweise großes Aufsehen unter den Arbeitern. Der Gewerbegerichtsbesitzer Schneider Krüze wurde von Arbeitern befragt, wie denn solch ungeheuerliches Urteil habe zustande kommen können. Krüze erwiderte, er habe nicht dafür gestimmt, aber er sei vom Vorsitzenden und dem Fabrikanten überstimmt und erwähnte einzelnes aus der Beratung.

Darauf klagte die Staatsanwaltschaft auf

In der Diskussion bemühten sich zwei liberale Geistliche, Vicentiat Willinger und Farrer J. M. H., der Austrittsbewegung entgegenzuwirken, indem sie zur Reformierung innerhalb der Kirche aufforderten. — Dagegen führte Peus aus: Der Kernpunkt der Frage sei Trennung der Kirche vom Staat. Das aber wollen die liberalen Geistlichen nicht; ihre Bestrebungen sind also nur eine Halbheit.

Großen Eindruck machten die Ausführungen eines anderen Redners, Pastor a. D. Wangermann, der seinen ehemaligen Amtsbrüdern den Leut las mit einer Deutlichkeit, wie sie Jesus den Pharisäern gegenüber geübt hat. Der Redner schilderte, wie er sich bemüht hat, praktisches Christentum zu üben. Er ist unter die Armen und Sienden gegangen, um ihre Not aus eigener Anschauung kennen zu lernen, und hat dann für die Binderung des menschlichen Elends praktisch sich betätigt. Durch diese wahrhaft christliche Tätigkeit ist er mit den kirchlichen Behörden in Konflikt geraten, disziplinarisch verfolgt worden und ist infolgedessen vor sieben Jahren aus der Kirche ausgetreten. Er begrüßt es mit Freuden, daß sich die Rassen von der Herrschaft des Oberkirchenrats frei machen. (Großer Beifall.)

Mit einem Schlusswort des Referenten Tschirn endete die Versammlung. Von den etwa 3000 Besuchern haben 850 ihren Austritt aus der Kirche angemeldet.

Der große Saal vom

Noabiter Gesellschaftshaus

war bis auf den letzten Platz besetzt, hunderte mußten stehen und konnten keinen Eingang mehr finden, während eine ganze Anzahl von Zuhörern die Tribüne bis in die kleinsten Winkel ausgefüllt hatte.

Als erster Redner nahm Prediger Gausse das Wort und legte in einem einstündigen, überaus interessanten Vortrag dar, daß aus Gründen der Ehrenhaftigkeit, der Wahrhaftigkeit und der Gewissenhaftigkeit heute kein denkender Mensch mehr der Staatskirche angehören dürfe. Auch jeder gläubige Christ, der es mit dem Christentum ehrlich meint, müsse aus denselben Gründen der Staatskirche den Rücken kehren. Räte der Nazarener heute wieder und wollte in der Kirche predigen, so müßte er erst einen Taufstein vorweisen. Gelte doch heute noch nicht einmal jeder getaufte Christ als solcher, sondern nur, wer mit der richtigen Formel getauft ist. Dabei siehe nirgends geschrieben, daß nur selig werden könne, wer getauft sei. Wer zu Jesus siehe, könne schon gar nicht der Kirche angehören. Jesus habe keine Religion mit Politik verknüpft. Der Beruf der Kirche erschöpfe sich in erster Linie darin, Gehorsam gegen die Obrigkeit zu lehren. Wer ein wirklich christliches Leben führen wolle, müsse austreten aus der Kirche. So gut wie Wissenschaft, Kunst, Arznei usw. religionsfrei geworden sind, müsse es auch die Politik werden. Reformversuche innerhalb der Kirche seien nicht möglich; alle Vermittlungsversuche von liberalen Theologen in dieser Hinsicht seien wertlos. Grundlicher Wandel könne nur geschaffen werden durch die freie Tat eines Volkes, wenn es in Massen aus der Kirche scheidet. Es sei falsch, zu sagen, es gäbe in Deutschland nur 200.000 Dissidenten. Das entspreche nicht den Tatsachen. So wie wir hätten viele Willkoren, sie handeln bloß nicht dementsprechend, und damit rechnet der Staat. Wenn nur zwei Millionen aus der Kirche scheideten, so würde das eine Wucht entfalten, daß der Staat den Wünschen derselben Rechnung tragen müßte, ob die Kirche wollte oder nicht. Wer also so denke wie wir, der müsse raus aus der Landeskirche. (Stürmischer Beifall.)

Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann, von der Versammlung stürmisch begrüßt, sagt einleitend: Wenn er den Beifall richtig verstanden habe, dann beginne jetzt der Massenstreik gegen die Kirche durch die Anwesenden, soweit sie noch der Kirche angehörten. Der wirtschaftliche Kampf, so erklärt Redner, sei schwer zu führen und erfordere große Opfer, desgleichen der politische Kampf, auf kirchlichem Gebiete aber sei der Kampf mit ganz minimalen Opfern zu führen und doch läten es tausende nicht. Am heutigen Abend müsse der Ruf mit doppelter Kraft erschallen: Frei der Staat und frei die Schule von der Kirche! (Lebhaftes Zustimmung.) Die Herrschenden haben mit der Kirche Frieden gemacht, weil sie sie brauchen, und die Kirche dankt dafür durch entsprechende Dienste. Die Kirche trägt einen Hauptteil Schuld an der menschenverwüstenden Reaktion. Sie ist mit Schuld an den Kriegen, an der Völkerverehrung, an den Kämpfungen, an den Menschenvernichtung. Sie ist schuld daran, daß die christlichen Völker in dieser Hinsicht an der Spitze marschieren. Darum sollte man meinen, daß auch jeder christliche Christ aus der Kirche austreten hätte. Er sage noch einmal: wie im Abgeordnetenhaus: Der Krieg ist ein Hohn auf Menschentum, auf die Kultur und auf das Christentum. (Stürmische Zustimmung.)

Er habe in den letzten Wochen acht Nationen besucht und in ihren Ländern gesprochen und überall habe er den Ruf nach Freiheit und Aufklärung vernommen. Gehe die Masse aus der Kirche heraus, dann hätten es die Reaktionäre sehr bald satt, für die Kirche noch Geld zu bewilligen. Redner schließt unter tosendem Beifall mit dem Rufe: Heraus aus der Landeskirche, hinein in den Massenstreik gegen die Kirche!

In der Diskussion nahm als einziger Gegner ein Herr Wabe, Student der Theologie, das Wort. Er meinte, wenn wir es erzielten, daß an Stelle der meisten Pastoren, mit denen alle unzufrieden seien, andere kämen vom Schlage eines Traub oder Natho, dann wäre ein Austritt aus der Kirche nicht mehr nötig. Wenn wir tausend Traubs hätten oder Nathos, dann wäre es bald anders. Und würde der Referent Adolf Hoffmann einmal in die Kirche gehen und predigen, dann wäre sie sicher bis auf den letzten Platz gefüllt. (Stürmische Zustimmung.) Würde man die Kirche den Arbeitern zur Erbauung, zur Erholung zur Verfügung stellen, so brauchten sie nicht ihre Zeit in der stidigen, dumpfen Kneipe zuzubringen.

Adolf Hoffmann bestätigt in seinem Schlusswort, daß die Kirche sehr wohl eine bessere Unterhaltungsstätte sein könnten als unsere Bierlokale. Und was der Redner wünsche, das sei in anderen Ländern zum Teil schon erfüllt, denn er selbst habe in Dissabon in einer Kirche gesprochen. Aber wenn tausend Traub und Nathos kämen, so hätten wir genau noch so wie heute, da die Traub und die Nathos nicht den Ruf zur Konsequenz hätten, sonst würden sie mit samt ihrer Gemeinde aus der Kirche herausgehen. Es sei überhaupt ein trauriges Zeichen, daß die Geistlichkeit es einem jungen Anfänger, der sicherlich aus seiner christlichen Ueberzeugung sprache, überlasse, die christliche Kirche zu verteidigen. Dem jungen Redner rief Hoffmann zu, wenn er es mit dem Christentum ehrlich meine, dann möge er den Talar erst gar nicht anziehen, sondern sich dem Volke anschließen. Mit dem Rufe: Raus von der Kirche! schließt der Redner unter dem tosenden Beifall der Versammlung.

350 Austrittserklärungen wurden in der Versammlung abgegeben.

Auch die Versammlung im

Viktoria-Garten zu Wilmersdorf

war fast überfüllt. Hier sprach zum Thema des Tages Dr. Bruno Wille sowie der Reichstagsabgeordnete Bogner-Stettin. Ferner sprach Paulsen Bill Jannasch, die die Bestrebungen des „Bundes für weltliche Schule und Moralunterricht“ im Zusammenhang mit der Kirchenaustrittsbewegung behandelte. Alle Redner ernteten den Beifall der Erscheinenden.

Die Zahl der

Gesamtandrücke betrug 1328.

Die gelübte Propaganda zum Massenstreik gegen die Staatskirche kann also auf einen sehr guten praktischen Erfolg zurückblicken. Das ist um so höher zu veranschlagen, wenn man bedenkt, daß wohl ein gut Teil der Erscheinenden der Parole bereits früher gefolgt sein dürften, alle Besucher der Versammlungen also nicht gezählt werden dürfen, wenn man die Masse der Austritte in ein procentuales Verhältnis zur Zahl der austrittsfähigen Besucher setzen will.

Grund des § 21 des Gewerbevertragsgesetzes gegen Krüger auf Entziehung von seinem Amt als Beisitzer des Gewerbegerichts in Würzen, weil Krüger durch seine Mitteilungen sich einer groben Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht habe. Demnach § 53 des Gewerbevertragsgesetzes sind die Gewerbeichter verpflichtet, über den Gergang bei der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten.

Das Landgericht Leipzig lehnte den Antrag auf Amtsenthebung ab. Zur Begründung führte das Gericht aus: Der Angeklagte ist zwar seinerzeit bei seiner Verpflichtung zum Amte eines Beisitzers dahin verpflichtet worden, die Pflichten eines Beisitzers getreulich zu erfüllen. Doch hat er eine besondere Belehrung über die Pflichten namentlich auch über das Schweigegebot damals nicht erhalten, so daß es bei dem Bildungsgang des Angeklagten nicht ausgeschlossen ist, daß er sich über sein Tun nicht klar war, als er dem B. gegenüber Mitteilungen über den Verlauf der Beratungen und Abstimmungen machte. Ferner habe K. ein gewisses Interesse daran gehabt, seine Kollegen, von denen er doch zum Beisitzer gewählt worden war, wissen zu lassen, wie er sich bei der Beratung in der Privatklage des S. verhalten habe. Es habe der Angeklagte K. weder absichtlich noch fahrlässig die Amtsverpflichtung verletzt, deshalb liege keine grobe Verletzung der Amtspflicht vor.

Gegen das Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft des Leipziger Landgerichts beantragte der Reichsanwalt beim Reichsgericht, die Revision als unbegründet zu verwerfen, da die Ausführungen derselben lediglich tatsächlicher Natur seien. Denn die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz gingen dahin, daß der Angeklagte bei Erzählung der Vorgänge während der Abstimmung in der Gewerbegerichtsverhandlung in eigenem Interesse gehandelt habe, und daß ihn deshalb eine Absichtlichkeit oder Fahrlässigkeit nicht zur Last gelegt werden könne. Das Reichsgericht hob indessen das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Zur Begründung führte es etwa folgendes aus: Im wesentlichen ist es Tatfrage, ob eine Pflichtverletzung des § 21 Abs. 3 als eine grobe anzusehen ist. Die Ausführungen aber, welche im vorliegenden Falle nach dieser Richtung hin gegeben worden sind, bieten nicht die erforderliche Garantie dafür, daß die Feststellungen nicht auf Rechtsirrtum beruhen. Irgendwelche Gründe, aus denen ein Beisitzer zwecks persönlicher Rechtfertigung nicht zur Innehaltung der Amtsverpflichtung verpflichtet sei, kenne das Gesetz nicht. Denn nur durch die absolute Verschwiegenheit über den Vorgang in der Beratung sei eine freie und unbefangene Aussprache in derselben gewährleistet. Und die Verhältnisse geböten es, daß dafür gesorgt wird, daß die Unparteilichkeit des Vorsitzenden keine Einbuße erleidet. Ferner hätte, so hieß es in der Urteilsbegründung weiter, die Vorinstanz auch prüfen müssen, ob die gesetzliche Verschwiegenheit dem Angeklagten bekannt war. Auch werde noch zu prüfen sein, ob bei Beobachtung dieser Tatsache es sich noch um eine grobliche Verletzung der Amtspflicht handeln kann.

Nach den letzten Darlegungen des Reichsgerichts ist ja zu erwarten, daß der Antrag auf Amtsenthebung abermals abgelehnt werden wird. Aber: mag entschieden werden, wie ihm wolle; dem allgemeinen Rechtsbewußtsein hätte eher die Einleitung eines Verfahrens gegen den Vorsitzenden, der das ungeheuerliche Urteil fällte, als gegen den Beisitzer entsprochen. Ein Richter, der ein solches Zeugnis, das die Verwertung der Arbeitskraft des Arbeiters erschwert, für zulässig erachtet, zeigt, daß ihm die Fähigkeit mangelt, auf dem Gebiet des Arbeitsvertrages Recht zu finden. Uebrigens: hält die Staatsanwaltschaft die Mitteilung, wie ein Richter gestimmt hat, für gar so schwer, weshalb ist noch niemals Anklage erhoben, weil ein Vorsitzender verkündet, ein Urteil sei einstimmig gefällt, oder weil ein Vorsitzender zu den Verbalakten eines Beisitzers sich über dessen Abstimmung ausließ?

### Aus dem Gewerbegericht.

#### 1. Ungenügende Leistungen?

Zwei Söhne Afrilas standen gestern als Gegner vor dem Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schulz. Der Musiker Wilton Loppin klagte gegen den Kapellmeister Jim Allen. Nach dem Vertrage sollte der Kläger als Mandolinenpieler und Sänger gegen 8 M. täglich bis zum 31. August in der Kapelle des Beklagten tätig sein. Eine vorzeitige Entlassung sollte zulässig sein, wenn der Kläger nicht fähig sein sollte, die Leistungen auszuführen, für die er engagiert war, oder wenn er Mißfallen erregte. Der Beklagte behauptete, beide Voraussetzungen zur Aufhebung des Vertrages hätten bei dem Kläger vorgelegen. Die von ihm benannten Zeugen bekräftigten, die Kapelle hätte im allgemeinen nicht gefallen, auch der Beklagte selbst habe nur Ungenügendes geleistet. Da der Kläger mithin jedenfalls für diese Kapelle Genügendes leistete, kam das Gericht zur Beurteilung des Beklagten, 600 M. an den Kläger zu zahlen.

#### 2. Striklose Entlassung.

Zwei Tapezierer klagten gegen den Meister Unger auf Zahlung von je 6,38 M. für den Entlassungstag, an dem sie am Morgen entlassen waren. Sie hatten einen ihnen übertragenen Afford am Nachmittag des vorgehenden Tages beendet. Der Beklagte war nicht anwesend. Die Kläger ließen sich von dessen Frau für den Rest des Tages Urlaub geben. Am nächsten Morgen erhielten sie ihre Entlassung. Der Beklagte vertrat die Ansicht, daß das Arbeitsverhältnis gelöst werden könne, sobald die Affordarbeit zu Ende war. Da er zu dieser Zeit nicht anwesend war, so hätte er vor dem nächsten Tage den Klägern keine entsprechende Mitteilung machen können.

Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung. Konnte er nicht bei Beendigung der Arbeit im Geschäft sein, so mußte er doch Sorge tragen, daß die Kläger rechtzeitig von dem Ende des Arbeitsverhältnisses Kenntnis erhielten. Das tat er nicht und mußte deshalb den angefangenen Tag bezahlen, führte der Vorsitzende begründend aus.

## Gerichts-Zeitung.

### Umfangreiche Diebstähle bei der A. E. G.

Lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt die 1. Strafkammer des Landgerichts I beschätzte. Wegen fortgesetzten Diebstahls waren der Mitfahrer Paul Meidt, der Chauffeur Franz Oberpähler, der Arbeiter Paul Schindler und der Arbeiter Albert Rastan angeklagt, ferner hatte sich der Kohlenhändler Paul Rupperts wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten.

Die Angeklagten Oberpähler und Meidt waren von dem Kabelwerk Oberpähler der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft als Chauffeur bzw. Mitfahrer angestellt und hatten einen Automobilfahrzeug zu führen, der den Transport von wertvollem Kupferdraht, Messingplatten usw. von dem Kabelwerk nach den Depots der A. E. G. in der Ackerstraße und in der Gerichtstraße bewerkstelligte. Wie die Ermittlungen ergaben, hatten beide Angeklagte längere

Zeit hindurch im Einverständnis mit den ebenfalls bei der A. E. G. angestellten Mitangeklagten wertvolle Messingplatten entwendet und mit dem Lastauto nach einer bestimmten Stelle gefahren, wo ein Abgesandter des jenseitigen Hehlerei angeklagten Ruppert mit einem Handwagen wartete, auf dem die Diebstahlsgegenstände abgeladen wurden. Das Gericht erkannte gegen Meidt auf 6 Monate, gegen Oberpähler auf 4 Monate, gegen Ruppert auf 6 Monate wegen einfacher Hehlerei und gegen die übrigen Angeklagten auf je 3 Monate Gefängnis.

### Heiratschwindel.

Ein umfangreicher Betrugsprozeß, bei dem es sich um einen Heiratschwindel handelte, wird zurzeit vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister verhandelt. Die Anklage richtet sich gegen den Ingenieur und Schweizer Patentanwalt Walter Thomas, der seit dem 4. März 1911, also seit 2 1/2 Jahren, in der durch einjährigen Aufenthalt in Herzberge bzw. Dalldorf unterbrochenen Internierungshaft sitzt. Es war bei ihm infolge erblicher Verlostung und der sogenannten Hysterischen Geisteskrankheit ausgebrochen, die seine Ueberführung in eine geschlossene Anstalt nötig gemacht hatte. Er steht unter der Anklage, auf dem Wege des Heiratschwindels drei weibliche Mitglieder der Familie Schrader zu Gronne bei Göttingen — Mutter und zwei Töchter — um eine Gesamtsumme von 41 250 M., eine Reihe anderer Personen um Beträge in Höhe von mehreren tausend Mark betrogen, außerdem die Frau Sch. durch Drohung zur Vergabe von Geld genötigt zu haben.

Neben ihm sitzen noch mehrere Personen im Anklageraum: Der Kommissionsrat Paul Mübe unter der Anklage des Betruges gegen Frau Sch., der verurteilten Nötigung, der tucherischen Ausbeutung und der Freiheitsberaubung; ferner der Kaufmann (Buchhalter) Erich Dietrich, der Kaufmann Theodor Schirmer und eine Schwester des Hauptangeklagten unter der Anklage der Beihilfe.

Thomas ist, nach den Gutachten der Sachverständigen Professor Riepmann und Dr. Binzelstein jetzt verhandlungsfähig, aber geistig minderwertig und ein Prahlhans.

Es handelt sich im allgemeinen um folgendes: Der Angeklagte Mübe betreibt mit seiner Ehefrau das Geschäft der Heiratsvermittlung. Mübe, ein früherer Viehkommissionär, war mit Thomas eng befreundet. Infolge der von dem Ehepaare Mübe veröffentlichten Zeitungsannoncen wandte sich Fräulein Karoline Sch., die Tochter einer vermögenden Hofbesitzerin bei Göttingen, an Mübe nach einem „passenden Ehemann“. Daraus entwickelte sich ein näherer Verkehr mit Mübe, und dem heiratsfähigen Fräulein wurde der Angeklagte Thomas als „passende Partie“ in Vorschlag gebracht, obgleich dieser verheiratet und von seiner Frau noch nicht geschieden ist, wenn er auch von ihr getrennt lebt. Thomas schrieb an Lina Sch. verschiedene Briefe, in denen er sich als „Patentanwalt“ bezeichnete, sein Alter falsch angab und auch sonst falsche Angaben über seine Vermögensverhältnisse, die recht schlecht gewesen sein sollen, machte. Die Angeklagten erleichterten dann in raffinierter Weise die Familie um über 41 000 M. Für die Verhandlung sind mehrere Tage angefeht. Wir werden das Urteil mitteilen.

## Verfammlungen.

Der Fabrikarbeiterverband, Zastelle Berlin, hielt am letzten Sonntag im „Englischen Hof“ seine Generalversammlung ab. Dem Vorstandsbereich ist zu entnehmen, daß im vergangenen Quartal in der Hauptsache Abwärtbewegungen unternommen werden mußten. Der wirtschaftliche Niedergang, der sich schon recht deutlich bemerkbar macht, bietet den Unternehmern meist willkommenen Gelegenheit, gestützt auf ein großes Meer von Arbeitslosen, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Ja selbst an Tarifverträgen versucht man von dieser Seite durch Auslegung zu brechen und zu deuten. Der Kassenbericht liegt gedruckt vor und bilanziert in der Hauptkasse mit 46 640,25 M., in der Lokalkasse mit 70 068,85 M. An Unterhaltungen wurden ausgegeben: Für Streifen 3306,45 M., an Arbeitslose 4654,15 M., für Kranke 11 121,40 M., an Durchreisende 264,70 M., für Gemahregelte 834,35 M., Umzugsgeld 914,20 M., Sterbegeld 920 M., Rechtschutz und Extramittelsammlungen 533,20 M. Bekanntgegeben wurde des weiteren, daß die Bibliothek vorzüglich ergänzt worden ist, und daß der vorhandene Lesestoff den Ansprüchen gerecht werden dürfte. Unter den Anträgen fand unter anderem ein solcher der Verwaltung Annahme, zwei weitere Hauskassierer anzustellen, und zwar für die Bezirke Spandau und Charlottenburg. Die Stellen werden im Württembergblatt der Berliner Zitate und im „Proletarier“ ausgeschrieben. Aus den Reihen der Mitgliedschaft lagen mehrere Anträge vor, die eine Erhöhung der Lokalbeiträge wollten, um mit diesen Mitteln den Arbeitslosen eine höhere und längere Unterstützung zu gewährleisten. Alle Redner waren darüber einig, daß für die Arbeitslosen mehr getan werden muß. Staat und Kommune, deren Pflicht es wäre, für die Arbeitslosen in erster Linie zu sorgen, entziehen sich dem noch immer und mühte deshalb von den Arbeitern selbst Hand angelegt werden, um die Arbeitslosen vor der größten Not zu bewahren. Beschlossen wurde: Zur Unterstützung der Arbeitslosen wird der Lokalbeitrag von 10 auf 15 Pf. pro Woche erhöht. Die Jugendlichen und die weiblichen Mitglieder sind von der Beitragserhöhung befreit. Die Unterstützung ist mit diesen Mitteln um 2 M. pro Woche zu erhöhen und die Unterhaltungsbaucur um 12 Tage zu verlängern. Ueber die Erhöhung der Beiträge entscheidet eine Abstimmung. Das Resultat wird im „Vorwärts“ bekanntgegeben. Die Beitragserhöhung soll mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten und zu gleicher Zeit die erhöhte Unterstützung. Da dieser Antrag gegen wenige Stimmen zur Annahme gelangte, wird allgemein erwartet, daß das Gros der Mitglieder im Sinne des Beschlusses der Generalversammlung votiert.

## Aus aller Welt.

### Endlich wieder komplett.

Jetzt erst präsentieren sich die deutschen Bundesstaaten wieder in ihrem vollen Glanze. Jeder von ihnen — die drei Koosmisch-republiken zählten ja eigentlich nur so nebenbei mit — hat wieder seinen angestammten Fürsten von Gottes Gnaden. Der Schmerz der bisher halbverwaisten Bundesgenossen war auf die Dauer wirklich nicht mehr zu ertragen. Wenn ein Schaumburg-Pipper einem Braunschweiger begegnete, sah er ihn voll berechtigten Stolzes über die Äffel an; er hatte eben den Gottesgnadenfürsten vor ihm voraus. Aber auch der Bayer war, trotzdem er seinen angestammten hatte, seines Lebens nicht recht froh. Gott sei Dank ist das nun anders geworden.

Die Braunschweiger Patrioten waren bei allem schuldigen Respekt vor der politischen Einsicht des Kronprinzen schon etwas ägerlich auf ihn geworden. Hatte er doch nicht weniger vor, als Bethmanns weisem Ratsschlus vorzugreifen und Ernst August zu allerlei unzeitgemäßen Konzeptionen zu zwingen. Aber nicht nur des gottesgegebenen Philosophen aus Hohen-Stein Ratsschlus sollte vorgegriffen werden, sondern Gott Vater selbst wäre korrigiert worden. Hatte seine unendliche Gnade doch dafür gesorgt, daß dem Kaiserpaare neben einer ganzen Reihe Prinzen nur eine einzige Prinzessin beschieden wurde. Und gerade sie war auserwählt, daß Ernst August sich sterblich in sie verliebte.

Er kam, sah und siegte! Und so geschah es, daß die deutschen Bundesstaaten sich wieder in vollem Glanze präsentieren.

### Schweres Eisenbahnunglück in Warschau.

Durch den Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge hat sich auf dem Kovelbahnhof in Warschau am Mittwoch ein schweres Unglück zugetragen. Ein in den Bahnhof ein-

fahrender Personenzug fuhr auf einen auf dem Reserbegleise haltenden Zug auf. Mehrere Wagen entgleisten, andere schoben sich ineinander. Aus den Trümmern des Zuges wurden fünf Tote und 37 Verletzte geborgen. Die Mehrzahl der Verletzten liegt schwerkrank danieder; zwei Schwerverletzte sind bereits gestorben.

### Sturmverheerungen in Südwales.

Das Taftal in Südwales ist Montag nacht der Schauplatz eines Wirbelsturmes gewesen, über dessen Verheerungen jetzt Einzelheiten vorliegen. Der Sturm, der nur eine Breite von 250 Meter hatte, richtete einen Sachschaden an, der auf eine Million Mark geschätzt wird. Kirchen und Kapellen, sowie viele Häuser sind vollständig zerstört. Ein Mitglied eines Fußballklubs wurde von dem Sturm 20 Meter weit durch die Luft getragen und gegen eine Mauer geschleudert. Er ist seinen Verletzungen erlegen. Ein Kohlenarbeiter wurde von dem Sturme von der Straße über 300 Meter weg in ein Feld entführt, wo er tot aufgefunden wurde. Hunderte von Personen sind obdachlos und viele sind verletzt worden.

### Tragödie im Gerichtssaal.

Einen dramatischen Abschluß fand am Dienstag eine Verhandlung des Schwurgerichtes in Bourges. Ein Bauer namens Gillardin war von seinen beiden Söhnen beschuldigt worden, seine Frau im Jahre 1909 ermordet zu haben. Als der Richter das Verdict der Geschworenen, das auf Freispruch lautete, verkündete, stürzte einer der beiden als Zeugen anwesenden Söhne auf seinen Vater zu und feuerte einen Revolver auf ihn ab. Gillardin hatte im Augenblick des Schusses die Gesichtsgewand, seine Hand schützend vor das Gesicht zu halten und kam mit einer Verletzung am Handgelenk davon. Die Zuschauer warfen sich auf den Vatermörder und wollten ihn lynchen. Erst einem großen Polizeiaufgebot gelang die Wiederherstellung der Ordnung. Der junge Gillardin wurde verhaftet.

### Kleine Notizen.

Das Risiko der Arbeit. Wie aus London gemeldet wird, weigerten sich 1800 Arbeiter, in die Kohlengruben von Llanahil einzufahren, da sie bemerkt zu haben glaubten, daß bei der ersten Gelegenheit die vielen in der Grube angesammelten Gase explodieren würden.

Dem Juge aberkannt. In der Nähe des Bahnhofes Dormagen wurden am Mittwoch zwei Invaliden, die mit einer Karre einen Eisenbahnübergang passieren wollten, von einem Schnellzug überrollt. Die beiden wurden etwa 200 Meter mitgeschleift und tot aufgefunden.

Explosion bei Schießübungen. Bei Versuchen, die mit einer selbsttätigen Haubitze auf dem Petersburger Artilleriepoligon angestellt wurden, flog der hintere Verschluss ab. Das Geschöß flog zurück und explodierte dicht bei dem Geschöß. Ein Offizier und sieben Soldaten wurden schwer verletzt.

Große Ueberschwemmungen in Mittel-America. Nach einer Meldung aus San Salvador haben dort ungewöhnlich starke Regengüsse stattgefunden, wodurch große Ueberschwemmungen verursacht wurden. Die bisher festgestellt wurde, sind 84 Personen ertrunken, doch wird befürchtet, daß noch weit mehr umgekommen sind, die Landwirtschaft hat großen Schaden erlitten, der Eisenbahn- und der Telegraphenverkehr sind unterbrochen.

Fliegerabsturz. Auf dem Flugplatz Banne-Herten wurde dem Flieger Brauer während eines Fluges plötzlich die Sturzkappe vom Kopfe gerissen; er griff nach der Kappe und man sah dann, wie er wieder an die Steuerung griff und der Sturzflug begann. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Der Flieger erlitt schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen.

Opfer des Bergports. Der Versicherungsbeamte Karl Biedau ist beim Aufstieg auf die Nordwand der Ortalscha in den Karawanken in Kärnten infolge von Steinschlag abgestürzt und getötet worden.

Mythrische Todesfälle. In dem Orte Ottomind (Sachsen-Koburg-Gotha) waren am letzten Sonntag behufs Erteilung fünf in Nachbarnorten mit Landwirten verheiratete Schwedern bei ihrem Bruder zusammengekommen. Später erkrankten vier der Schwedern unter Vergiftungserscheinungen. Zwei von ihnen sind gestorben. Die Untersuchung ist eingeleitet. Die Verstorbenen sind die Landwirtsfrauen Taubmann aus Drossenhäusen und Großmann aus Gratzfödt.

### Witterungsübericht vom 29. Oktober 1913.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Eutin	757	SE	4	halb bd.	8	Naparanda	756	SE	2	Rebel	2
Hamburg	755	SE	4	heiter	9	Bielefeld	760	SE	1	Rebel	6
Berlin	755	SE	1	wolkig	8	Selb	783	SE	5	wolkig	12
Frankf. a. M.	754	SE	1	Dunst	11	Aberdeen	743	SE	2	heiter	11
München	753	SE	2	bedekt	15	Paris	748	SE	3	halb bd.	15
Wien	758	S	1	Rebel	8						

### Wetterprognose für Donnerstag, den 30. Oktober 1913.

Ein wenig kühler, zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter bei frischen östlichen Winden, keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

gesündeste  
**Der Kakao**  
ist wegen seiner die Gesundheit fördernden Eigenschaften, seines Wohlgeschmacks und hohen Nährwertes  
**Dr. A. J. Weil's**  
Nährsalz-Bananen-Kakao  
Besonders für Blutmangel, Genesende, Nervöse, Kinder und stillende Mütter. Nicht stopfend.  
Paket = 1/2 Pfund 1 Mark, 5 Pakete 4,75 Mark.  
Paket = 1/4 Pfund 0,50 M.  
Alleiniger Fabrikant:  
**D. MADFR**  
Berlin S.; Prinzenstr. 86.  
Zu haben in den Filialen der Konsumgenossensch. Berl. u. Umg.

Kleingemusterte imitierte **Boucle-**  
**Teppiche**  
grau, blau, oliv oder rot Fond  
Größe zirka 130x190 cm M. 7,50  
160x225 . . . 11,50  
190x290 . . . 16,50  
Vorlag. Größe 50x100 cm 1,25  
Nach ausw. per Nachnahme.  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur  
Oranienstr. 158  
Spezial-Katalog  
650 Abbildungen, gratis u. franko.

**Arbeiter-**  
**Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

1. Oktober 1911 bis 30. September 1913.

Städtische Wohnungspolitik.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat die Stadt Berlin nichts geleistet im Vergleich zu einer Anzahl anderer Kommunen.

Soweit es sich um die Wohnungsaufsicht handelt, hat die sozialdemokratische Fraktion seit vielen Jahren auf die Einrichtung eines Wohnungsamtes hingearbeitet.

Endlich im Januar 1913 gelangten die Stadtverordneten in den Besitz einer Magistratsvorlage, welche die Organisation der städtischen Wohnungspflege und die Wohnungsaufsicht zum Ziele hatte.

Bei der Beratung dieser Materie wandte sich ein Vertreter der Hausbesitzer gegen die Aufnahme von Frauen in die Wohnungsdeputation mit der kaum glaublichen Begründung, die sozialdemokratischen Vereine, die wirtschaftlichen und politischen, lehnten es entschieden ab, Frauen in den Vorstand hinzuzuwählen.

Eine besondere Rolle bei dieser Beratung spielte die Frage der Wohnungspolitik. Die Ueberlassung der Wohnungspolitik an die Stadt war von der Stadtverordnetenversammlung wiederholt gefordert worden, da die Mehrheit sich entgegen sozialdemokratischem Verlangen zur Forderung auf Uebernahme der gesamten Polizei auf die Stadt nicht verstehen konnte.

Nach Annahme der Magistratsvorlage wurde dem Oberbürgermeister von den Aufsichtsbehörden eine gewisse Polizeibefugnis bei Beschäftigung von Wohnungen übertragen.

Die Erschließung des städtischen Grundbesitzes in Treptow wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion am 26. November 1911 in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt.

Wichtig unterstützt wurden von der sozialdemokratischen Fraktion die Bestrebungen, moderne Städtebaugrundsätze durch geeignete Bebauungspläne und Fluchtlinienfestsetzung zu fördern.

Bei der Aufteilung des Aufmarschgeländes, wo es sich um städtisches Eigentum handelt, waren die gleichen Grundsätze maßgebend.

Zur Spandauer Stadtverordnetenwahl.

Als seinerzeit die ersten Sozialdemokraten in das Stadtparlament einzogen, entstand in den bürgerlichen Kreisen ein allgemeines Gemurmel, und voller Entrüstung beschuldigte man die bösen Sozialisten, daß sie die Politik in die Stadtverordnetenversammlung hineinbrachten.

Während bis dahin in der städtischen Körperschaft die kommunalen Fragen in lieblicher Eintracht und Harmonie und noch rein sachlichen und der Allgemeinheit förderlichen Grundfragen verhandelt wurden, predigen jetzt die Sozialdemokraten den Klassenkampf und Stoffen, und treiben Politik im Stadthause zum Schaden der Allgemeinheit.

Die Vertreter der Arbeiterklasse haben sich jedoch an dieses Gemurmel nicht gelehrt und bei allen städtischen Angelegenheiten

ihre Wirtschaftsprogramm und politisches Gewissen zur Richtschnur genommen. Daß sie recht daran taten, sehen dann schließlich auch die bürgerlichen Stadtväter ein und heute — da stehen im Stadtparlament streng gesonderte Fraktionen mit festem Programm.

Eigentlich ist es ja für die Sozialdemokratie schmeichelhaft, daß ihr Standpunkt auch hier wieder allgemeine Anerkennung und Nachahmung gefunden hat.

Und richtig! Jetzt haben wir die Versicherung, die Sozialdemokratie in Spandau ist vernichtet! Worüber im lieben deutschen Vaterlande so viele „Edelsten“ und „Besten“ sich lange vergeblich das Hirn gemartert haben, den deutschen Männern der „Kommunalen Vereinigung“ in Spandau ist es spielend leicht gelungen, die TTT unschädlich zu machen.

Wie sich das zugeht? Nun, höchst einfach, unerhört einfach! Man hat den Sozialdemokraten, da dieser auf anderem Wege doch nicht beizukommen ist, einfach — ihr Kommunalprogramm gestrichelt (das heißt, nicht etwa wirklich) und hat „Richtlinien der Kommunalvereinigung“ daraus gemacht.

Von dem Gedanken ausgehend, daß ins neue Rathaus auch neue Fraktionen gehören, fordert die „Kommunale Vereinigung“ in ihrem „Richtlinien-Programm“: Die Gemeinde soll nicht nur ein staatliches Verwaltungsorgan sein, sondern auch dem gemeinen Nutzen ihrer Glieder dienen und sich als eine Bildungsstätte des Gemeinwesens erweisen.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, bleibt für die Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiet nicht mehr viel zu fordern übrig, und die Arbeiterklasse könnte die Vertretung ihrer Interessen ruhig der Fraktion „Kommunale Vereinigung“ überlassen, wenn ja wenn bei diesen braven deutschen Volksvertretern reden und handeln in Uebereinstimmung zu bringen wäre.

Cessantliche Turnhallen fordert die Richtlinie. Aber den Antrag, die Jubiläumsturnhalle auch dem Arbeiterturnverein zu überlassen, findet nicht die Zustimmung der Fraktion A. V.

Städtische Rasterbetriebe „fordert“ die Richtlinie. Aber den Antrag der Sozialdemokraten, die zwölfstündige Arbeitsschicht der Feuerarbeiter der städtischen Gasanstalt in achtstündige umzuwandeln, wird auf Vorschlag des Vertreters der Fraktion A. V. Meister Kambach bis 1914 vertagt.

Städtische Arbeiten sollen in eigener Regie ausgeführt werden, „fordern“ die „Richtlinien“. Aber ein dahin gehender Antrag der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung wird von der Fraktion A. V. abgelehnt.

Nach solchen Erfahrungen, und die Liste kann noch beliebig verlängert werden, werden sich die Spandauer Arbeiter doch wohl noch überlegen, ob sie in die Vertretung ihrer Interessen den Demagogen des „Richtlinien-Programms“ übertragen sollen.

Wenn und wo es sich wirklich um Arbeiter und Allgemeininteressen handelt, da haben die Herren bisher noch immer versagt. Und Gründe für ihren ablehnenden Standpunkt sind immer zur Hand und billig wie Brombeeren.

Wenn das an grünen Holz geschieht, wenn die Fraktion A. V. deren Mitglieder zum großen Teil aus dem konservativen Wahlbereich ev. Reichsverband angehören, solche Anschauungen und Grundsätze zu „Richtlinien“ ihres Strebens machen, dann bleibt für die Sozialdemokraten nur noch übrig, dieses lobenswerte Streben zu verwirklichen, wobei es jedenfalls nicht schaden kann, wenn solch demagogisches Pläncchen an das Tageslicht gezogen und der Nahe die Scheile umgehängt wird.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Die letzten beiden wissenschaftlichen Vortragsabende im Moabiter Gesellschaftshaus finden nicht am Freitag, sondern am Donnerstag, den 30. Oktober, und Donnerstag, den 6. November, statt.

Die übrigen Vortragsabende nehmen wie angekündigt ihren Fortgang.

Charlottenburg. Der Wahlverein Charlottenburg begehrt am Sonnabend, den 8. November, sein 24. Stiftungsfest. Das Vergnügungskomitee hat im Verein mit dem Bildungsausschuß ein Programm ausgearbeitet, welches sicherlich den Beifall der Parteigenossen finden wird.

ganda zu machen. Eintrittskarten zum Preise von 25 Pf. sind in der „Vorwärts“-Expedition, Seseheimer Str. 1, sowie bei den Bezirksführern zu haben.

Wilmersdorf. Der letzte Vortrag des Kurses über „Geschichte und Programme der politischen Parteien“ findet nicht, wie angekündigt, heute, sondern morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Historiengarten“, Wilhelmstraße, statt.

Friedrichshagen. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Friedrichstr. 80, der zweite Vortragsabend über die deutsche Gewerkschaftsbewegung statt.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 2. November, vormittags 9 Uhr, findet eine Besichtigung des Krematoriums in Baumfalkenweg statt.

Reinickendorf-Ost. Der Vortragszyklus: „Einführung in die sozialistische Weltanschauung“ erfreut sich reger Beteiligung der Genossen und Genossinnen.

Niederschönhausen. Morgen, Freitag, den 31. Oktober, abends präzis 8 1/2 Uhr, beginnt der Vortragskursus über: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Röntgenal, Zeyernid, Buch. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Lange, Siemensstr. 11 (Röntgenal): Erster Vortragsabend über die „Wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Berliner Nachrichten.

Höhere Strategie gegen den inneren Feind.

In der Rubrik „Öffentliche Meinung“ des „Berliner Lokal-Anzeigers“ vom Sonntag eifert ein Herr S. W. gegen den beabsichtigten Verlaß der Dragonerkaserne in der Velle-Allianzstraße.

Die Kaserne liegt außerordentlich günstig an der Ecke der Velle-Allianz- und Leltower Straße als Stützpunkt in unruhigen Zeiten. Die südlichen Zugänge zur Friedrichstraße über die Halleische Brücke, Großerbender- und Mödernerbrücke, Jostener Brücke, den Blücherplatz, lassen sich von hier aus bequem beherrschen.

Der große Strategie H. W. ist offenbar ein höherer — aktiver oder inaktiver — Offizier, und man tut gut daran, sich seine Auslassungen zu merken.

Dieser Ausfluß strategischer Weisheit ist eine vortreffliche Illustration zu den Ueberschweulichkeiten der Jahrhundertfeiern. Ist das vielleicht die „Freiheit“, die unsere Väter vor 100 Jahren angeblich erkämpft haben?

Die Direktion der Armenspeisungsanstalt

hatte sich in ihrer letzten Sitzung am Montag mit der Festsetzung der Speisungszeit für den kommenden Winter zu beschäftigen. Herr Stadtrat Wielenz gab bekannt, daß die Armenspeisung den Beginn der Armenspeisung vom 1. November ab verlangt habe und daß zu diesem Zweck außer den bewilligten 55 000 M. weitere 10 000 M. vom Magistrat bewilligt seien.

Es ist ja begreiflich, daß die Küchenvorsteher von ihrem ehrenamtlichen Posten so wenig wie möglich im Jahre in Anspruch genommen werden wollen, auch die Hauswirte haben Ursache, daß ihre Küchen im Jahre nur drei Monate benutzt werden, aber hierunter soll man doch nicht die ärmste Bevölkerung Berlins leiden lassen.

### Aus der Armendirektion.

Die Armendirektion beschäftigte sich am Dienstag mittig in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Etat für 1914/15. Es hätte vermieden werden sollen, daß die laufende Unterstüßungen (Almosen), wie für Ertragsunterstützungen nach den Erfahrungen des laufenden Jahres notwendigen Summen auch diesmal wieder reduziert werden. Gegenüber der Mit-Ausgabe für laufende Unterstüßungen von 7 612 000 M. im Jahre 1912/13 hätte die Summe schon für 1913/14 entgegen den Ausführungen unserer Genossen nicht um 600 000 M. heruntergesetzt werden dürfen. Nach den zu erwartenden Ausgaben für 1913/14 — das Etatsjahr läuft von April zu April, infolgedessen liegt ein Abschluß noch nicht vor — von 7 773 491 M. werden mehr als 7 700 000 M. für das nächste Etatsjahr gebraucht. Statt dessen hatte die zur Vorprüfung des Etatsentwurfs eingesetzte Subkommission diese Summe für ausreichend erachtet. In der Plenarsitzung der Armendirektion stellten unsere Genossen nun den Antrag, 7 900 000 M. in den neuen Etat einzufügen, da ja die schlimmeren Folgen der drohenden bzw. schon vorhandenen Krise noch bevorstehen und unzweifelhaft auch den Armenetat belasten. Die „Dämpfungspolitik“ von Magistratsseite: recht sparsam zu sein mit der Bewilligung solcher Unterstüßungen, ist mit der so vielgerühmten Arbeitslosenfürsorge nicht im Einklang zu bringen. Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt mit der Motivierung, es ließe sich die Ausgabe überhaupt nicht genau fixieren und darum begnügt man sich mit einer noch geringeren Summe, als nach den bisherigen Monatsausgaben des laufenden Etatsjahres gebraucht wird! Diese Art von Sparsamkeit liegt nicht im Interesse der Armen, die auf Almosen angewiesen sind.

Bei Titel IV: „Zuschuß an die Armenpfeilungsanstalt“ wurde auf die Anfrage unserer Genossen die Antwort gegeben, daß der Magistrat statt der von der Armendirektion auf den Antrag unserer Genossen beschlossenen 25 000 M. mehr für die Armenpfeilung nur 10 000 M. bewilligt habe. Auch habe die Leitung der Armenpfeilungsanstalt das Ersuchen, schon am 1. November mit der Speisung zu beginnen, abgelehnt; es solle, wie bisher, erst am 1. Dezember damit begonnen werden. Dem wurde von allen Seiten scharf entgegengetreten, und sollen nochmals Verhandlungen gepflogen werden, um angesichts der Notlage möglichst sofort mit den Speisungen anzufangen. Es muß diesem Privatverein klargemacht werden, daß für den Empfang städtischer Gelder Pflichten zu erfüllen sind, und dazu gehört, daß die in den Beschlüssen städtischer Körperschaften liegenden Wünsche respektiert werden. Oder aber man zieht besser die Konsequenz und übernimmt die Armenpfeilung in eigener Regie.

Nach Erledigung der eigentlichen Etatspositionen kam noch ein Antrag unserer Genossen zur Beratung: den Magistrat zu ersuchen, für die Entzündung von Kindern in Heil- und Heimstätten 250 000 M. pro 1914/15 zu bewilligen, d. h. 50 000 M. mehr als im Vorjahre. Im Jahre 1912/13 wurden schon 229 907 M. für diesen Zweck verausgabt und hatte aus dem Grunde im Vorjahre gemäß demselben Antrage unserer Genossen die Armendirektion 250 000 Mark per 1913/14 beantragt. Es sind nur 200 000 M. bewilligt worden. Vom Vorsitzenden der Armendirektion kam der Einwand gegen den Antrag unserer Genossen, daß das doch über den Rahmen der eigentlichen Armenpflege hinausgehe und überdies alle notwendigen kurzen Berücksichtigung fänden. Trotzdem fand der Antrag die Mehrheit des Plenums der Armendirektion und liegt es nun am Magistrat, in sozial-politischer Weisheit gegenüber der rein kalkulatorischen Berechnung eine entsprechende Entscheidung zu treffen, um es zu ermöglichen, daß nicht nur erst dann eingeschritten wird, wenn die Kur unbedeutend notwendig ist, sondern wenn sie vom Armenarzt als unabweisbar notwendig erachtet wird. Wie diese Unterstüßung überhaupt veraltet erscheint und einer Abänderung bedarf. Es wurde das in Aussicht gestellt. Hoffentlich nicht in der Weise, daß es auf eine weitere Einschränkung der so bedeutungsvollen Heilstättenkuren bei Kindern der Armen hinausläuft.

### Eine Einigung zwischen Berliner Ärzten und Krankenkassen.

Eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Berliner Kassenärzte hat am Dienstag nach längerer Diskussion den von dem Oberversicherungsamt getroffenen Vereinbarungen zugestimmt. Die Ärzte geben sich danach mit dem zugeständenen Honorar von 5 M. pro Kopf und Jahr zufrieden, jedoch unter der Bedingung, daß gewisse Umstände beim Anstellungsverfahren ausführen. Der Vertreter der Sektion des Leipziger Verbandes gab eine Erklärung ab, in der es u. a. hieß: „Wir werden für den vorliegenden Entwurf stimmen, obwohl wir z. B. in den Abmachungen, die die Reanstellung von Kassenärzten betreffen, selbst bei ehrlicher und gewissenhafter Durchführung nur in gewisser Beziehung Verbesserungen erblicken und wie viele andere Bestimmungen für nicht unbedenklich erachten, wie u. a. die Festlegung der Verträge ohne Honorarstaffelung auf fünf Jahre.“ Besonderen Wert legten die Erklärenden noch darauf, daß diese ihre Zustimmung nicht der auf dem deutschen Ärztetage angenommenen Resolution widerspreche. Nur ein Arzt stimmte gegen die Unterzeichnung des Vertragsentwurfs, da er den Standpunkt seiner Berliner Kollegen mit dem Beschluß des Ärztetages für nicht vereinbar hielt.

Die Ärzte der Berliner Vororte der Kreise Teltow und Niederbarnim und die der Orte an der Wannseebahn, die aber nicht dem Zentralverbande angehören, erklärten, dem Vertrage nicht zustimmen zu können.

In einer Resolution wandte sich die Delegiertenversammlung besonders scharf gegen das Verhalten der gutfundierten Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn, die bekanntlich den Ärzten einen Honorarfuß von nur 3,50 M. zahlen will. Sie erwartet von den dem Zentralverband der Kassenärzte angehörigen Mitgliedern, daß sie ohne Zustimmung der Vertragskommission der Ärztekammer eine Stelle bei dieser Kasse nicht annehmen, und sie werden dafür sorgen, daß, wer es tut, bei anderen Kassen keine Anstellung findet.

So wäre denn für Berlin ein Separatfrieden zwischen Ärzten und Krankenkassen zustande gekommen, während im Reiche der Kampf vielfach schon recht scharfe Formen angenommen hat. Die Berliner Verträge gelten bis zum Jahre 1918. Nicht einbezogen in den Friedensschluß sind außer der großen Betriebskasse der Berliner Straßenbahn nur noch einige kleinere Krankenkassen.

### Végouds Abschiedsflüge.

Zum letzten Male hat sich gestern nachmittags der „König der Lüfte“, Adolphe Végoud, den Berlinern mit seinen tollkühnen Leistungen gezeigt. Und ebenso, wie das Publikum dem kühnen

Franzosen zum Abschied immer und immer wieder zuwinkte, so zeigte sich Végoud noch einmal in seiner vollen Größe. Er ließ gestern alle Register seines Könnens spielen und man kann wohl behaupten, daß die gestrigen Flüge die interessantesten waren, die man bisher zu sehen bekam.

Wer angenommen hätte, daß das Interesse der Berliner an den kühnen Flügen des „Vogelmenschen“ bereits erloschen sei, der hätte sich gewaltig geirrt. Wenn auch nicht so stark wie am Sonntag, so doch immerhin noch recht beängstigend war auch gestern wieder der Andrang zum Schauplatz. Die Zahl der Besucher wurde diesmal auf 50 000 geschätzt. Die Polizeibehörden hatten jedoch aus den wenig erfreulichen Vorgängen am letzten Sonntag gelernt. Der gesamte Fußverkehr wurde vor der Brücke am Zeltowkanal über Baumshulenbergweg abgelenkt, so daß die Anfahrt zum Flugplatz — abgesehen von einigen kleinen Unfällen — sich ohne Störung in kürzester Zeit vollzog. Nur der Eisenbahnverkehr ließ auch diesmal wieder zu wünschen übrig. Die Eisenbahnverwaltung hatte zwar zahlreiche Sonderzüge eingelegt, aber die Überlastung der Oststrecke nach Grünau ist nun einmal so groß, daß hier nur ein weiterer Ausbau der Bahnlinie gründlich Wandel schaffen könnte. Die einlaufenden Züge waren meist von heimkehrenden Arbeitern besetzt, und so kam es zu unliebsamen Zwischenfällen.

Végoud ließ sich mit seinen Aufstiegen diesmal Zeit. Erst kurz vor 4 Uhr wurde der Meriot-Eindecker aus dem Fockerschuppen herausgebracht und 10 Minuten später schwebte der kleine Franzose schon in der Luft, seine Ehrenrunde absolvierend. In seiner bekannten schneidigen Manier schraubte Végoud sich dann steil in die Höhe und begann eine Serie aufregender Gleit- und Kurvenflüge. Bisher hatte man von dem Flieger stets die größeren Sturzflüge vermist. Gestern aber zeigte er, was er mit seinem Raschwerden zu leisten imstande ist. In 300 Meter Höhe machte er Kurven mit einer Richtungsänderung von zirka 180 Grad. Dabei drehte die Maschine um den einen Flügel, als sei der Eindecker am äußersten Ende seiner Tragflächen fest aufgehängt. Végoud hatte bequem bei diesen Kurven zwischen zwei 20 Meter voneinander entfernten Masten hindurch fliegen können. Seine Kunst besteht eben darin, daß er in der Kurve sich so schräg wie möglich legt und das Flugzeug ruhig abruischen läßt. Vor dem jähen Sturze bewahrt ihn sein treuer Gyro-Kompass, der mit einer wunderbaren Präzision arbeitet. Der Flug auf dem Rücken war gestern besonders glänzend. Aus 700 Meter Höhe schoß der Eindecker jäh vornüber und legte sich ganz sacht und allmählich auf den Rücken. Infolge der gänzlichen Windstille brauchte Végoud die seitliche Bindung kaum zu betätigen und kam langsam tiefer. Ueber den Hauptern der Zuschauer richtete er den Apparat wieder auf, machte als Zugabe noch zwei Saltos und landete, wie stets, von tosendem Beifall empfangen.

### Diphtherie im Nordwesten der Stadt.

Der Berliner Magistrat hat sich genötigt gesehen, am gestrigen Vormittag die 128. Gemeinde-Mädchenschule in der Turnstraße zu schließen. Die Zahl der an Diphtherie erkrankten Kinder ist so groß geworden, daß die außerordentliche Maßnahme unerlässlich erschien. Die Schule bleibt vorläufig vierzehn Tage geschlossen und wird während dieser Zeit gründlich desinfiziert.

### Vom Verkauf russischen Fleisches.

An russischem Fleisch sind seit der Wiederaufnahme des Verkaufs — am letzten Donnerstag — bis Dienstagabend in den Berliner Verkaufsstellen 811 Rinderviertel und 452 ganze Schweine verkauft worden. An die Vororte wurden in derselben Zeit 54 Rinderviertel und 36 ganze Schweine abgegeben.

### Steuerbeitreibungen.

Der Magistrat teilt mit: Es ist wiederholt vorgekommen, daß bei zwangsweiser Beitreibung der von Gesellschaften m. b. H. bestehende Zahlungsunfähigkeit oder Ueberbürdung der Gesellschaften sich ergab, ohne daß ein rechtzeitig gestellter Konkursantrag vorlag. Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben aber die Geschäftsführer solcher Gesellschaften die Verpflichtung, die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen, sobald die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft eintritt oder Ueberbürdung sich ergibt. Dieselbe Pflicht haben auch Liquidatoren. Veräumung dieser Pflicht wird mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu 1000 M. geahndet. Wie die Steuerdeputation des Magistrats mitteilt, ist in einem Falle die gerichtliche Bestrafung eines Geschäftsführers mit Gefängnis erfolgt; in mehreren anderen Fällen schweben noch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Die Steuerdeputation ist im steuerrechtlichen Interesse gezwungen, die Anwendung der durch das Gesetz angeordneten Strafmittel herbeizuführen, wiewohl nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Geschäftsführer größtenteils aus Gesetzesunkenntnis handeln.

Der Hirschkäse in Johannisthal anlässlich der Végoud-Flüge wird sicherlich noch Entschädigungsprozesse zeitigen. Die Rechtslage ist allerdings sehr verwickelt. Die Flugplatzleitung und die Inhaber des Herrn Végoud lehnen alle Entschädigungsansprüche ab, da die Hirschkäse nicht von Flugplatzbesuchern herrühren. Sie wälzen die Schuld auf die Gendarmen, die hier verlegt hätte, wie bei der Herstellung der Ordnung auf den Zufahrtswegen.

Gegen die gewerkschaftlichen Vögelfänger geht die Polizei mit aller Strenge vor. In Reutbahn hat die Polizei einen Laubentkolonisten festgesetzt, der seine Laube mit zahlreichen Vögeln ausgestattet hatte, die zum Locken von Vögeln benützt wurden. Die Vögel wurden freigelassen, Leimruten und Vögelnetze aber fortgenommen. Strafzettel ist erstatet. Es gibt eine große Anzahl von Personen, welche am Vögelfang ein gewisses Vergnügen empfinden. Für die Allgemeinheit ist es nützlich, wenn die Vögel in Freiheit bleiben. Dann kann sich jeder Naturfreund am Gesang ergötzen, ganz abgesehen davon, daß die Vögel in der Freiheit sich durch Fangen von Ungeziefer sehr nützlich zeigen. Gerade aus dem legenannten Grunde ist beispielsweise die städtische Parkverwaltung bestrebt, in den Parkanlagen Vögel heimisch zu machen. Im Schilderpark und auch in anderen Parks sind Nistkästen und besondere Teianlagen für Vögel hergerichtet.

### Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet

wurde gestern auf der Strecke Berlin-Dresden, in der Nähe von Jossen, ein noch unbekannter Mann, der sich wahrscheinlich in selbstmörderischer Absicht auf die Gleise gelegt hatte. Der unbekannte Tote, allem Anschein nach ein Berliner, ist ungefähr 27 Jahre alt, mittelgroß und unterseht, hat blondes Haar und ein barloses Gesicht und trug einen grünen Anzug, einen dunkelgraugestreiften Ueberzieher, braune Handschuhe, schwarze Schnürstiefel, einen grauen Fäzhat und eine silberne Uhr mit goldener Kette. Nachrichten über seine Persönlichkeit nimmt die hiesige Kriminalpolizei in Empfang.

Zu der neu verhängten Hundesperre wird uns vom Deutschen Tierärzverein in Berlin nachstehendes mitgeteilt: Während der erneut angeordneten vorläufig bis zum 23. Januar 1914 verhängten Hundesperre müssen Hunde, die ohne Begleitung in der Öffentlichkeit angetroffen werden, auch wenn sie mit Maulkorb versehen sind, auf Grund des Viehschutzgesetzes sofort getötet werden. Hunde, die zwar ohne Maulkorb und Leine, jedoch in Begleitung

von Personen in der Öffentlichkeit angetroffen werden, sind ebenfalls von den polizeilichen Jagdbeamten aufzugreifen, können aber nach polizeilicher Vorschrift gegen sofortige Erstattung von drei Mark Strafgeld wieder freigegeben werden.

Darüber aber, und das ist leider im Publikum gar nicht oder nur wenig bekannt, kann wegen Vergehens gegen das Viehschutzgesetz das Verfahren vor dem Gericht eingeleitet werden, das mit einer Mindeststrafe von fünfzehn Mark endigen muß — abgesehen von rund 7 M. Zeugen- und Gerichtskosten.

Es würden also dem Hundebesitzer, der den Hund ohne Maulkorb und Leine umherlaufen läßt, unter Umständen mindestens fünf und zwanzig Mark Kosten erwachsen.

Zu dem angeblichen Mordversuch, über den wir aus der Strelitzer Straße berichtet, erfahren wir, daß die Beschuldigte, die Arbeiterin Klara Barleki, gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Die Beschuldigte hatte seit zwölf Jahren ein Liebesverhältnis mit dem Arbeiter B., mit dem sie auch zusammen wohnte. Die beiden erwarben in den letzten Jahren ihren Lebensunterhalt durch den gemeinsamen Betrieb mit Bierauschänken, die sie in der Provinz pachteten. B. wollte jetzt nicht nur diese geschäftlichen Beziehungen, sondern auch das Liebesverhältnis lösen. Eine friedliche Auseinandersetzung war auch schon eingeleitet und zum Teil durchgeführt. Als aber das Mädchen seine Sachen abholen wollte, kam es wieder zu einem Streit. Die Barleki behauptet nun, wenn sie auf B. geschossen habe, so sei das in der größten Aufregung ohne ihre Absicht geschehen. Sie habe die Waffe nur gekauft, um sich wegen und nach der Trennung das Leben zu nehmen.

Einen dreifachen Einbruch verübten Diebe Montagabend gegen 8 Uhr in der Privatwohnung des Friseurs Gottony, Voltastraße 51. G. befand sich im selben Hause in seinem Geschäft; diese Gelegenheit benutzten die Diebe, um mittels Nachschlüssel die Wohnung zu öffnen und den größten Teil der Sachen des Ehepaars G. zu stehlen. Sämtliches Bargeld, das auffindbar war, hielten die Diebe mitgehen. Der Verlust trifft G. um so schmerzlicher, da er von schwerer Krankheit erst genesen ist.

Der Männergesangsverein „Ramenlos“ veranstaltet am Sonntag, den 2. November, in der Brauerei Friedrichshain ein Konzert unter Mitwirkung der Konzertsängerin A. Wilschke-Padewitz und des Berliner Konzerthaus-Dirigenten (Dirigent: Franz v. Blon). Anfang präzis 8 Uhr. Programm im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.

Verkoren: Trauring, gezeichnet „K. B. 24. 12. 10.“ Gegen Belohnung abzugeben bei Kurt Bubelewitz, Wilhelmshabener Str. 20.

## Vorort-Nachrichten.

### Reutbahn.

Zur Anfertigung der häuslichen Arbeiten sind unter Aufsicht von Lehrpersonen im laufenden Winterhalbjahre an nachstehend bezeichneten Schulen an jedem Wochentag, nachmittags von 4-6 Uhr, Klassenräume zur Verfügung gestellt: in der 8. u. 4. Gemeindefschule, Prinz-Handjery-Str. 61/62; 11. u. 12. Gemeindefschule, Thomasstraße 20/21; 18. u. 14. Gemeindefschule, Kopsstr. 54; 15. u. 16. Gemeindefschule, Lessingstr. 89.

Vollständliche Vorträge. Der nächste der von der Stadt veranstalteten vollständlichen Vortragsabende findet am Dienstag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule, Wobbinstraße 34/41 statt. Als Mitwirkende für diesen Abend sind Herr Kunzmann aus Detmold, der Vieder zur Raute zum Vortrag bringen wird, und die hiesige Rezitatorin Frau Frieda Fischer gewonnen worden. Der Besuch des Unterhaltungsabends ist für jedermann kostenlos. Kindern, auch in Begleitung Erwachsener sowie den Schülern der höheren Lehranstalten ist der Eintritt nicht gestattet.

### Schöneberg.

Freie Elternvereinigung. Sonntag, den 2. November: Spielpartie. Treffpunkt vormittags 8 1/2 Uhr an der Kolonnenbrücke (Nikistrahnenhof).

Ein schwerer Straßenunfall hat sich am Dienstagabend gegen 1/2 Uhr am Bahrischen Platz ereignet. Als der 30-jährige Wäldermeister Adolf Rehder aus der Willibald-Meris-Str. 30 dort den Jahredamm überschreiten wollte, überließ er das Herrannahen eines ziemlich schnell fahrenden Wägenwagens. Er geriet gegen das Gespann, wurde umgestoßen und kam unter den Wagen zu liegen, dessen Vorderräder über ihn hinweggingen. Er trug eine schwere Quetschung der Brust und der Schultern sowie eine Wunde an der linken Hand davon. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Vorbergstraße Notverbände und wurde von dort nach der Wohnung gebracht. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

### Treptow-Baumshulenberg.

Der Verkauf russischen Fleisches, an dem sich im Vorjahre auch die hiesige Gemeinde beteiligte, ist bis jetzt hier noch nicht wieder verwirklicht worden. Die Fleischernahme, mit der der Gemeindevorstand zunächst wegen der Uebernahme des Betriebes verhandelte, möchte diese unliebsame Konkurrenz sich gern vom Hals halten. Sie hat zwar die Vertreter der Gemeindebehörde in ihre Versammlung geladen, dieselben aber dort ablaufen lassen. Die Bedingungen zur Uebernahme, die die Zimung jetzt in die Öffentlichkeit bringt, und die obendrein nicht einmal zutreffen sollen, bedeuten eine glatte Ablehnung. Danach würde die Gemeinde nur das ganze Risiko und die Herren Meister den Verdienst — im eigenen Laden mit dem teureren deutschen Fleisch haben. Unter sozialen Annahmen leiden eben diese Herren nicht. Nun wird sich die Gemeindevorstellung am Freitagabend in ihrer Sitzung mit der Frage zu befassen haben, wie der Verkauf im Orte zu organisieren ist. Auf der Tagesordnung steht aber an diesem Abend auch noch eine andere für die Arbeiterschaft wichtige Frage: die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung, zu der ein Antrag unserer Gemeindevertreter vorliegt.

Ein Kellerbrand verurteilte am Dienstagabend 6 1/2 Uhr die Alarmierung des Baumshulenberg Juges unserer freiwilligen Feuerwehr, die denn auch wenige Minuten später an der in nächster Nähe ihres Depots belegenen Brandstelle eintraf. Im Hause Kolonialstraße 181 brannte der Keller unter dem dort befindlichen Kolonialwarenladen. Starke Rauchwolken versperrten zeitweise den Laden- und Hauseingang, doch war das Feuer nach halbständiger Arbeit der Wehr abgelöscht. Das Schadenfeuer hatte schnell eine große Zuschauermenge angelockt.

### Petershagen-Frederodorf.

Mit dem Thema: „Religion, Kirche und Kirchensteuer“ beschäftigte sich eine im Lokal zum Forsthaus tagende öffentliche Versammlung. Der Referent Gen. Unger zeigte den Anwesenden, wie die Kirche immer mehr die christlichen Lehren verlege und zu einem Instrument unserer herrschenden Klasse zur Wiederherhaltung der Arbeiterklasse werde. Seiner Aufforderung, aus der Kirche auszutreten, kamen 15 Versammlungsteilnehmer nach.

### Ober-Schönevide.

Der Verkauf russischen Fleisches ist auch in diesem Jahre wieder von der Gemeinde eingeführt. Die Vorkommnisse des Vorjahres haben es geboten erscheinen lassen, nicht wieder die hiesigen Schlächtermeister mit dem Verkauf des Fleisches zu beauftragen, sondern denselben in eigene Regie zu nehmen. Zu diesem Zweck ist der in der Edisonstraße 48 gelegene alte Konsumladen her-



# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 30. Oktober 1913.

Anfang 6 Uhr.  
Eines Palast am Zoo. Varieté-  
Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.  
Reg. Opernhaus. Götter-  
dämmerung.

Eines Rollendorf-Theater. Varieté-  
Lichtspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reg. Schauspielhaus. Schwanen-  
reich.

Leitung: Herr Gant.  
Königgrätzer Straße. Macbeth.  
Zirkus Busch. Galavorstellung.  
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.  
Hronia. Mit dem „Imperator“ nach  
Neu York.

Deutsches Künstler-Th. Hanneles  
Himmelfahrt. Der zerbrochene  
Krug.

Deutsches. Torquato Tasso.  
Kammerpiele. Der bekehrte Sohn.  
Deutsches Opernhaus. Der Haffens-  
schäntel.

Deutsches Schauspielhaus. Die  
bessere Residenz.

Neues Opernhaus (Kroll).  
Der Amerikateufel.

Berliner. Die einst im Mai.  
Thalia. Die Tangoprinzessin.  
Theater am Rollendorfplatz.  
Geschlossen.

tomödienhaus. Hinter Mauern.  
Montis Operetten. Die ideale  
Gattin.

Theater des Westens. Der liebe  
Augustin.

Schiller O. Die Großstadtluft.  
Schiller Charlottenburg. Jugend-  
freunde.

Reizend. Hoheit — der Franz.  
Metropol. Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.

Kasino. Ferdinand der Jugend-  
balle.

Heines. Belinde.  
Trionon. Seine Geliebte.  
Perruchel. Was jagten Sie zu  
Leibwisch?

Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Berliner Sänger.  
Eines Apollo-Theater. Varieté-  
Lichtspiele.

Eines Friedrich-Wilhelmstadt.  
Varieté-Lichtspiele.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kas. Au weißen Köpfl.  
Schauspielhaus. Die Stubbenklitt.  
Lüssen. Von Stufe zu Stufe.  
Folies Caprice. Ritter Baldrian.  
Die Mißgeburt. Das Adoptiv-  
kind.

Walhalla. Der Liebesentel.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Der lebige  
Gef.

Anfang 9 Uhr.  
Admiralpalast. Die lustige Puppe.  
Eines Rollendorf-Theater. Varieté-  
Lichtspiele.

Zierwarte, Invalidenstr. 57—62

Schiller-Theater O. Ballner-  
Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Großstadtluft.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Wenn der neue Wein blüht  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Die Großstadtluft.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Freiwild.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Rosenmontag.

Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Rosenmontag.  
Sonabend, nachmittags 3 Uhr:  
Zopf und Schwert.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Der Pfarrer von Kirchfeld  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.

Theater in der Königgrätzer Straße  
7 1/2 Uhr: Macbeth.

Komödienhaus.  
8 Uhr: Hinter Mauern.

Berliner Theater.  
8 Uhr: Wie einst im Mai.

Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Die heitere Residenz.

Theater am Rollendorfplatz 5.  
(Heute geschlossen.)  
Morgen Freitag 1. Kalle: 7 1/2 Uhr:  
Der lachende Dreubund.  
Operette in 3 Akten von V. Jacobson.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger  
Zum vorletzten Male:  
„ALARM!“  
Milit. Humoreske.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.  
3 Uhr zu ermäh.  
Preisen: „Der  
Kompagnie-Ball“  
Genial. Stoffsch.  
Don. 1. Nr. Ball. 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Residenz-Theater 8  
Uhr: Hoheit — der Franz!  
Kuffelische Groteske in 3 Akten von  
Arthur Landberger und Willi Wolf.  
Musik von Robert Winterberg.  
Morg. u. f. Tage: Hoheit — der Franz!  
Sonntag, 2. Kon., nachm. 3 Uhr:  
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater  
Schiffbauerdamm 4a.  
8 Uhr: Götter. Fritz Raffern. Julius  
Spielmann: Die ideale Gattin.  
Operette in 3 Akten.

Theater des Westens.  
8 Uhr: Der liebe Augustin.  
Sonabend: 3. Kalle: Polenblut.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Deutsches Künstlertheater  
Sozietät.  
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
Abends 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.  
Der zerbrochene Krug.

Lessing-Theater.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Peer Gynt. Von J. J. J.  
Musik von Grieg.

POSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Im weißen Rössl.  
Lustspiel in 3 Akten von  
H. v. Arnim u. Radeberg.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Morgen: Im weißen Rössl.  
Sonabendm. 4 Uhr: Aschenbrödel.  
Sonntagm. 3 Uhr: Othello.

Passage-Panoptikum  
Mundmaler Schuldiss  
der  
Rafael  
ohne  
Arme  
bei seinen Arbeiten.  
Lebend zu sehen!  
Und die anderen Attraktionen.  
Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung  
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Berliner Prater-Theater  
Kastanienallee 7—9.  
Donnerstag, den 30. Oktober:  
Gottspiel des Volgt-Theaters.  
Freitag, den 31. Oktober:  
2. Ober-Gottsp. (Dir. Steiner-Sandori)  
Die Kino-Königin.  
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

MARMOR-  
HAUS  
LICHT-  
SPIELE  
(An der  
Kaiser-  
Wilhelm-  
Gedächtnis-  
Kirche)  
Kurfürstendamm 236.  
Sie erleiden  
einen großen  
Schaden an  
Ihrer Gesundheit  
wenn Sie zu wenig  
lachen!  
Gehen Sie zur  
„Blauen Maus“  
Schwank in 4 Akten  
von Julius Horst u.  
Max Engel,  
in der Titelrolle  
Madge Lessing.  
Sie lachen sich  
kaputt!

Concordia - Festsäle  
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze  
64 Andreas-Strasse 64.  
Jeden Donnerstag und Sonntag:  
Soiree  
d. allgemein beliebten  
und bekannten  
Hoffmanns Sänger  
mit vollständigem  
Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Soiree:  
Frei-Tanz.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Casino-Theater  
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Der neue Saison-Posse-Schlager  
Ferdinand der Eugendhafte.  
Das große Stück seit Bestehen d. Theat.  
Vorher das erstl. Spezialität-Prögr.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Mutterliebe.

Trianon-Theater.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Seine Geliebte.

In allen Theatern:  
die Original-Aufnahmen von  
Pégouds  
sensationalen Sturz-  
flügen in Johannisthal.

Metropol-Theater  
Abends 7 Uhr 55 präzise:  
Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.

Metropol-Bar  
Rendezvous  
der vornehmen Lebewelt.  
2 Kapellen.

Die  
CINES  
Theater  
Apollo-Theater  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
Palast am Zoo  
Täglich Anfang 8 Uhr,  
Sonntags 3 Uhr Matinée.  
Komplettes Programm grosser  
Varieté-Akte  
sowie unsere  
renommierten Lichtspiele  
Friedr.-Wilhelmst.  
Richard Wagner  
1813—1913  
Eine Filmbiographie zum  
100. Geburtstag des Meisters  
Ununterbrochene Vorstellung  
täglich von 4 Uhr an.  
Nur zwei Preise  
35 u. 60 Pf.  
Keine teureren Plätze.  
Nachmittags  
Lichtspiel-Vorstellungen  
Apollo-Theater  
Täglich Anfang 4, 5 Uhr.  
Nur zwei Preise  
35 Pfennig und 60 Pfennig.

Nollendorf-Theater  
Cleopatra  
Die Herrin des Nils  
Das Filmwunder der Welt  
Wochentags Anfang 6 1/2 u. 9 Uhr  
Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.  
Jugend-Vorstellung  
Wochentags 4 Uhr  
zu halben Preisen.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger  
Zum vorletzten Male:  
„ALARM!“  
Milit. Humoreske.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.  
3 Uhr zu ermäh.  
Preisen: „Der  
Kompagnie-Ball“  
Genial. Stoffsch.  
Don. 1. Nr. Ball. 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Beantwortlicher Redakteur: Alfred Wieless, Reutlin. Für den  
Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Deutscher Holzarbeiter-Verband  
Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 9. November 1913, bei Obiglio (früher Keller), Kopenstr. 29  
**Theatervorstellung**  
Zur Aufführung gelangt:  
**Der Probekandidat.**  
Drama in 4 Aufzügen von Max Dreyer. In Szene gesetzt von Fritz Witte-Wild.  
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Ball** bis 2 Uhr.  
Eintrittskarten à 60 Pfennig inklusive Tanz sind auf allen  
Zahlstellen, beim Gastwirt Kollegen Greivs, Rungestr. 30, und im Bureau zu haben,  
91/2 **Der Bildungsausschuß.**

Männer-Gesangverein „Namenlos“  
Mitgl. des D. A. - S. - B. Dirigent: EMIL THILO.  
Sonntag, den 2. November 1913, in der Brauerei  
Friedrichshain  
**KONZERT**  
unter Mitwirkung der Konzertsängerin B. Wilschke-Padewig  
und des  
Berliner Konzerthaus-Orchesters (Dirigent: Franz von Blon).  
Anfang präzise 6 Uhr :: Programm im  
Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.  
Verkaufsstellen: O., Lütthauer Str. 9, E. Kriessler; O., Zorn-  
dorfer Str. 11, Löwka; NO., Christburger Str. 31, Eckelt;  
SO., Skaltzer Str. 63/64, Mittelsiedt, und im Vereinslokal  
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21. 27475\*

Große  
Herbstblumen - Schau  
Vom 30. Oktober bis 2. November  
im Reichstags-Gebäude  
Eintritt 1 Mark. 171/13

Ausstellungshalle am Zoo  
Ausstellung  
Im Reich a. Hausfrau u. Mutter  
vom 16. Oktober bis 9. November 1913.  
Geöffnet von 10—8. Eintritt M. 0,50.

„Clou“ :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 92. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppelkonzert!**  
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-Quartett.  
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.  
Musikkorps des 1. Gardo-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem  
Eintritt.

Brauerei Friedrichshain  
am Königstor. Oekonom: Ernst Liebing.  
**Heiterer Künstler - Abend.**  
Anfang 8 Uhr. Sensations - Programm. Entree 30 Pf.

Casino-Theater  
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Der neue Saison-Posse-Schlager  
Ferdinand der Eugendhafte.  
Das große Stück seit Bestehen d. Theat.  
Vorher das erstl. Spezialität-Prögr.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Mutterliebe.

Zirkus  
Alb. Schumann.  
Heute Donnerstag, 30. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Elitenvorstellung.**  
U. a.  
Nur noch kurze Zeit!  
**10 Bengal-Königs-Tiger 10**  
vorgeführt von Herrn Sawade.  
**Zoolog-Potpourri.**  
Mit Octavia.  
Die Schleuderfahrt im Luftschiff!  
Mr. Winghart  
und weitere 10 Attraktionen.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Tango vor Gericht!**  
Pantomimen-Burleske  
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Zirkus Busch.  
Heute Donnerstag, den 30. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male:  
Frl. Martha Mohrke, Schulleiterin  
auf dem irländ. Ballad „Lord“.  
Ferner:  
Die berühmten Menschen-Affen  
**Max, Moritz u. Teddy**  
aus Karl Hagenbecks Tierpark  
sowie das große Gala-Programm.  
Zum Schluss:  
Die neue Ausstattung-Pantomime  
**Aus unseren Kolonien.**

URANIA  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Mit dem „Imperator“  
nach New York.  
**Metropol-Theater**  
Abends 7 Uhr 55 präzise:  
**Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.**  
Gr. Ausstattungsm. m. Ges. u. Tanz in  
19 Bild. m. vollständ. freier Benützung  
des Julius Verne'schen Romanes von  
**Julius Freund.**  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gel. u. Dir. Richard Schultz.  
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.  
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.  
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.  
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.  
Neu! Von 9—1 Uhr: Neu!  
**Metropol-Bar**  
Rendezvous  
der vornehmen Lebewelt.  
2 Kapellen.

**ODEON**  
Vergnügungs-Palast  
der 10 000  
Potsdamer Str. 72 Hochbahn  
Bühnenstr.  
Berlins lustigster Aufenthalt.  
Attraktionen!  
**Bier-Kabarett!**  
Eintritt frei!  
Anfang 7 Uhr Eintritt 30 Pf.  
Sonntags 4 Uhr  
Voller Restaurationsbetrieb.

**Miet-  
Pianos  
6  
Mark**  
Pro Monat an unter Anrechnung  
der Miete bei späterem Kauf lt.  
Vereinbarung.  
Bei Vorzahlung höchsten Rabatt.  
Bei Zeitzahlung keine Mieten  
ohne jede Anzahlung.  
Permanente Ausstellung  
von über 200 Pianos,  
Flügeln u. Harmoniums.  
**Pianohaus  
Krause,**  
Ansbacher Str. 1,  
Ecke Kurfürstenstraße.  
Für den Inhalt der Zinrate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeit mit in der Gemeinde.

Wenn auch die einzelne Gemeinde nur ein winziger Teil im großen Organismus der Gesellschaft ist und ihre Einrichtungen nur dem Klassenstaat dienen, so kann doch durch ihre soziale Fürsorge dem mannigfachen Elend der arbeitenden Klasse etwas gesteuert werden. Ist dem so, dann haben auch wir Frauen das unserige dazu beizutragen, um die sozialen Einrichtungen der Stadt auszubauen zu helfen. Zur nachdrücklichen und bewußten Führung des Klassenkampfes brauchen wir körperlich und geistig tüchtige Menschen. Da sollen wir denn kein Mittel beiseite lassen, sie zu kräftigen für den Kampf. Wie ist das möglich, uns fehlt ja das Wahlrecht! Das ist richtig und dennoch haben wir in der sozialen Fürsorge der Stadt Einfluß, den zu vergrößern unsere Aufgabe sein muß. In den letzten 16 Jahren, älter ist die Mitarbeit der Frauen in den Gemeinden noch nicht, haben sich die Frauen in der kommunalen Wohlfahrtspflege mit Erfolg betätigt. Wir haben jetzt circa 13 000 Frauen, welche ehrenamtlich oder besoldet in den Kommunen tätig sind. Die weitest große Zahl sind Armen- und Waisenpflegerinnen. Die geschlichen Bestimmungen über ihre Mitarbeit sind ganz verschiedene. Während in der Armenpflege den Frauen dieselben Rechte wie den Männern gegeben sind, sie also auch Vorsteherin der einzelnen Kommissionen werden können — Berlin hat jetzt zwei Vorsteherinnen, von denen die eine seit Jahren mit gutem Erfolg tätig ist —, sind die Frauen in der Waisenpflege den Waisensachen nur als Helferinnen beigegeben. Sie haben die ihnen überwiesenen Arbeiten zu erledigen, aber kein Stimmrecht bei den Beschlüssen der Kommission. Selbstverständlich werden einzelne Waisensachen den Rat ihrer tüchtigen Pflegerin gern gelten lassen. Schwer brach sich die Mitarbeit der Frauen auf diesen Gebieten Bahn. Mit aller Gewalt kämpften sich die Pflegerinnen, Frauen in ihre Reihen aufzunehmen. Dennoch wurde Breche geschlagen. Freilich ging das nicht so ruhig ab. Man drohte mit Streik. Einzelne Kommissionen legten einmütig ihre Resignation nieder, um so ihren Abscheu gegen die Frauenarbeit zu dokumentieren. Einige ließen sich zum Versuch herbei, und siehe da, bald mußte man sich ergeben, daß die Frauen Gutes leisten. Für Einsichtige war das selbstverständlich, denn die Fürsorge für Waisen und Arme liegt ja den Frauen so nahe. Sie bringen einen gesunden Blick und herzliches Verständnis für diese Tätigkeiten mit. Sie treten in engere Fühlung mit ihren Schützlingen. Neben der Gewährung augenblicklicher Unterhaltungen sorgen sie, die Schützlinge wieder in geordnete Verhältnisse zu führen. Den obersten Behörden der Armen- und Waisenpflege gehören nur in 53 Gemeinden Frauen an. Das ist um so bedauerlicher, als sie die Kenntnisse, die bei der praktischen Kleinarbeit erworben wurden, in den Deputationen nutzbringend verwenden könnten. Es besteht eine Ministerialinstruktion vom 10. April 1871, nach der den Gemeindevertretungen freie Hand über die Wahl der Frauen zu den Deputationen gelassen wird. Die Zahl der Gemeinden, die hiervon Gebrauch machte, ist sehr gering. Berlin gehört vorläufig noch nicht zu ihnen. In verschiedenen Gemeinden sind auch Frauen in den Schulbehörden tätig. Der Berliner Schuldeputation gehört eine Lehrerin an. In den Kuratorien der städtischen Fach- und Fortbildungsschulen sind 9 Frauen tätig. Einige Städte haben Schulärztinnen, auch Berlin hat in letzter Zeit eine Ärztin angestellt. Seit circa 2 Jahren hat Berlin den Frauen die Möglichkeit der Mitarbeit in den Schulkommissionen gegeben. Leider sind bisher beschwerend wenige Frauen gewählt worden. Auf dem großen Gebiete der Wohnungsfürsorge sind in verschiedenen Gemeinden Frauen ehrenamtlich und besoldet als Inspektorinnen und Pflegerinnen tätig. Wir hoffen, daß auch Berlin bei Durchführung seiner Wohnungspflege der Mitarbeit der Frauen einen großen Raum zuerkennen. Breslau wählte vor einigen Monaten eine Frau in die Krankenhausdeputation. Der Magistrat begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die wertvolle Arbeit der Frauen in der Säuglings-, Armen- und Waisenpflege. Ihre Kenntnisse wolle man sich auch auf diesem Gebiete nutzbar machen. Es gibt noch viele Zweige der städtischen Verwaltung, in denen Frauen Tüchtiges leisten können. Wir wollen nur auf die städtische Lebensmittelversorgung hinweisen. Die hohen Lebensmittelpreise zwingen die Gemeinden, helfend einzugreifen. Nichts liegt doch näher für die städtische Verwaltung, als sich die wirtschaftlichen Kenntnisse der Frauen auf diesem Gebiete nutzbar zu machen.

Wir können im Interesse der Allgemeinheit nur wünschen, daß immer mehr Gebiete der Mitarbeit der Frau erschlossen werden. Dafür treten denn auch unsere Genossen im roten Hause ein. An uns Frauen aber liegt es, ihnen die geschulten Kräfte zur Verfügung zu stellen. Unsere Organisationen sollten es sich mit zur Aufgabe machen, den Frauen die nötigen Kenntnisse zu vermitteln. Von den vielen Frauen, die sich heute in der Gemeinde betätigen, gehören die wenigsten unserer Partei an und doch ist es von besonderer Wichtigkeit, daß Frauen aus der Arbeiterschaft in diese Ämter hineinkommen. Sie bringen ja unendlich viel mehr Verständnis für die Not ihrer Klassen Genossen mit. Also sammeln wir Kräfte für die Arbeit in der Gemeinde. Es ist uns hier ein großes Feld zur nutzbringenden Tätigkeit gegeben. Unsere Leistungen auf diesem Gebiete können uns nur vorwärts helfen auf dem Wege zur Erreichung des Staatsbürgerrechts. Unsere Bürgerrechte werden wir zuerst in der Gemeinde erringen, die unsere Mitarbeit schätzen lernt und bald nicht mehr entbehren kann.

Schließlich dürfen wir Frauen nicht vergessen, daß wir durch unsere Anteilnahme die Arbeit unserer Genossen in den Stadtparlamenten tatkräftig unterstützen können. In wenigen Tagen stehen für Berlin und einige Vororte die Stadtbürgerordneterwahlen bevor. Ebenso wie bei den Reichstags- und Landtagswahlen ist es auch hier Pflicht der Genossinnen, sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen und mit dafür zu sorgen, daß nur solche Männer in die Gemeindevertretungen gelangen, die auch für die Frauerechte und die Frauenarbeit in den Kommunen eintreten. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sind die einzigen, die in Uebereinstimmung mit den Forderungen des Parteiprogramms nachdrücklich in den Kommunen die Interessen der arbeitenden Frauen wahrnehmen und die völlige Gleichberechtigung der Frauen fordern. Die bürgerlichen Frauen stellen sich schon jetzt in großer Zahl dem Kommunalfreiwahl, wie die liberale Presse meldet, für die kommenden Stadtbürgerordneterwahlen zur Verfügung, abgesehen die Forderungen der bürgerlichen Frauen von ihren eigenen Klassen Genossen gar nicht oder nur ganz schwach berücksichtigen werden. Um so mehr ist es Pflicht der arbeitenden Frauen, die Sozialdemokratie zu unterstützen, von deren Vertretern sie die weitaus größte Unterstützung und Förderung all ihrer Wünsche erfahren. Die Mitsprache der Frauen bei der organisatorischen Kleinarbeit für die Wahlen wird dazu dienen, die Stellung unserer Genossinnen im Wahlkampf zu stärken und damit die Erfüllung der Wünsche auf erweiterte Tätigkeit der Frau in der Gemeinde zu befähigen. Darum auf, ihr Frauen, helft mit bei den Stadtbürgerordneterwahlen!

Die neue „Dienstboten“steuer.

Dem großen Heere emsig schaffender Hausangestellten wird jeder sozial denkende es genügt von ganzem Herzen gönnen, daß sie vom 1. Januar kommenden Jahres ab nicht mehr sozialpolitisch als Arbeiter zweiter Klasse behandelt werden, sondern wie andere Arbeiterkategorien die Rechte der Krankenversicherung in Krankenhilfe, Wohngeld und Sterbegeld genießen sollen. Die neue Ver-

sicherung umfaßt sämtliche im Haushalt tätige Personen: Dienstmädchen, Köchinnen, Köche, Kindermädchen, Reinnachfrauen, Putzfrauen, Aufwärterinnen, Köchinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen (gleichviel, ob diese nur vorübergehend oder stundenweise beschäftigt oder im Haushalt nicht beschäftigt werden), ferner: Lehrer und Lehrerinnen, Erzieher und Erzieherinnen, Gesellschaftlerinnen, Repräsentantinnen, Hausdamen, Wirtschaftlerinnen, Krankenpflegerinnen usw., sofern sie unter 2000 M. Jahresverdienst haben. Alle diese berufstätigen Kreise haben unter dem Mangel einer gesetzlichen Fürsorge in Krankheitszeiten bisher schwer gelitten und betrüben den Anfang einer besseren Zeit auf diesem Gebiete mit Freuden. Nicht so ein großer Teil der sogenannten „Herrschschaften“. Sie sind höchst erobert darüber, daß sie zu den Kosten der neuen Versicherung mit herangezogen werden sollen. Nach den für Berlin und einige Vororte gültigen Sätzen wird der jährlich für einen Dienstboten zu entrichtende Versicherungsbeitrag sich auf 48,20 M. belaufen, wovon zwei Drittel von der „Herrschaft“, ein Drittel von den Versicherten zu entrichten sind. Die bürgerlichen Arbeitgeberinnen fürchten nun, daß auch das Beitragsdrittel des Hausangestellten auf ihnen hängen bleiben werde, da sie im anderen Falle mit der Forderung einer Lohnserhöhung zu rechnen hätten. In zahllosen Kaffeekränzchen wird zurzeit mit heftiger Empörung diese neue Variation des altbekannten Themas von den Ansprüchen der Dienenden abgehandelt. Bürgerliche Zeitungen werden mit Protestzufschriften bombardiert, die tiefe Einblicke in die sozialpolitische Einsicht der Arbeitgeberinnen gehalten. So veröffentlichte der „Sächsische Tag“ vom 24. Oktober unter der Ueberschrift „Eine neue Dienstbotensteuer“ eine Zuschrift, die es verdient, hierher gedruckt zu werden. Der Verfasser jener Zuschrift ist die „neue Steuer“ so unsympathisch, weil sie „mehr als human gegen die Dienstboten, aber unförmig gegen die Dienstherrn“ ist, um so mehr als die Dienstboten so unzuverlässig, veränderungsunfähig und „zu Vertragsbrüchen sehr leicht geneigt“ seien. Am empörendsten findet die Zuschrift die Gewährung von sechsmonatiger Schwangerschafts- und Wochenruheunterstützung sowie von Geburtshilfen, denn „das heißt doch, für Dienstmädchen geradezu doppelte Prämien auf unbilligen Lebenswandel aussetzen!“ Die noble Seele, die jene Zuschrift verfaßt, macht demgegenüber auf die noch immer nicht befristeten §§ 128 und 133 der bürgerlichen preussischen Gewerbeordnung vom Jahre 1810 aufmerksam, die der Dienstherrschaft das Recht geben, einen schwangeren Dienstboten ebenso sofort zu entlassen, wie einen, der sich „durch übermäßige Aufregung anstrengende oder ekelhafte Krankheiten zugezogen hat“. Sehr weise bemerkt die Zuschrift des „Tag“ dann: Schwangerschaft wäre ein natürlicher, physiologischer Vorgang, aber niemals eine versicherungspflichtige Krankheit. Jedenfalls sollte man die Dienstherrschaften nicht für Krankheiten der Dienstmädchen haftbar machen, die diese sich außerhalb des Dienstes zugezogen haben. Immer „außerhalb des Dienstes“, meine Genädige? Haben Sie nie gehört, daß Hausfrauen und -kinder die Dienenden vielfach als freimütig betrachten und nicht unterjocht lassen, bis sie so ein armes törichtes Ding zu Fall gebracht? Aber gleichviel, ob eine Hausangestellte innerhalb oder außerhalb des Dienstes schwanger geworden, oder ob ihr die Wochenhilfe des Staates erst nach Jahren in der Ehe zu teil wird, muß es eine Ehrenpflicht der Gesellschaft sein, den wirtschaftlich Schwachen in großer Bedrängnis — wie Schwangerschaft und Geburt eines Kindes sie mit sich bringen — wenigstens den allernotdürftigsten Schutz angedeihen zu lassen. Mehr tut das Gesetz heute leider noch nicht. Es müßte auf dem Gebiete des Mutterrechtes noch unendlich viel mehr leisten, wolle man der menschlichen Vergewaltung von Menschenleben, die aus der mangelnden Schonung und Pflege der Mütter des Volkes resultiert, mit durchschlagendem Erfolg entgegenzutreten.

Das Hausangestellte zusammenfassen, da teilen sie sich in diesen Tagen die Herzergüsse ihrer Arbeitgeber über die neue „Dienstbotensteuer“ aus den Tageszeitungen mit und lämpfen Glossen daran, die nicht immer sein können, dafür aber die Dinge beim richtigen Namen nennen. In der engen häuslichen Gemeinschaft lernen die Dienenden genau von der geschlechtlichen Unbilligkeit so mancher „Herrschaft“ kennen, die freilich über alle Mittel verfügt, um unliebsame Folgen zu beseitigen oder zu vertuschen.

Nicht wenigen Hausangestellten mögen jetzt die Augen aufgehen, wenn private und Pöbelhörungen ihnen Klipp und Klar schwarz auf weiß die Beweise von der sozialpolitischen Rückständigkeit und Einwärtslosigkeit der bürgerlichen Arbeitgeberinnen liefern. Wenn sich dieses neugewonnene Wissen dann zu klarer Erkenntnis ihrer Klassenlage und zur organisatorischen Abwehr aller Uebergriffe von jener Seite erweitert und vertieft, dann wirken Auslassungen wie die getragenen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Zum Geburtenrückgang.

Genosse Compère Morel, ein vorzüglicher Kenner der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Frankreichs, dem klassischen Lande des Zweiklassensystems, schreibt in der „Gleichheit“: „Ich glaube in sozialer Beziehung in nichts als an die Wirksamkeit des Neu-Malthusianismus. Uebrigens macht die Agitation der Neu-Malthusianer bei uns kaum noch Fortschritte, und es ist sehr schwer zu beurteilen, ob sie einen tatsächlichen Einfluß auf die wirtschaftliche und kulturelle Lage des Proletariats ausgeübt hat. In Frankreich ist es hauptsächlich die bürgerliche Welt, in der die Geburten weniger zahlreich sind. Die Geburten nehmen zu oder ab, je nach dem Grade der Armut oder des Reichtums der Betroffenen. Nicht die Zunahme oder Abnahme der Geburten beeinflusst den Wohlstand der Bevölkerung, umgekehrt ist es der Wohlstand der Bevölkerung, der von Einfluß auf die Geburtenzahl ist: großer Wohlstand geht mit niedriger Geburtenzahl Hand in Hand, geringer Wohlstand mit einer hohen Geburtenzahl. Das wird auch dadurch bestätigt, daß die Geburten namentlich in den wohlhabenden Kreisen abgenommen haben, während ihre Zahl in den ärmeren Volksschichten hoch geblieben ist.“

Es scheint mir ein rückförmliches, reaktionäres Beginnen, seine Zeit zu verwenden, seine Energie zu vergeuden, um den Proletariaten zu sagen: zeugt wenig Kinder! Zeit und Energie muß man bis zum äußersten ausnützen, um die Proletariaten dem Sozialismus zuzuführen, der allein allen Gliedern der Gesellschaft das höchste Maß materieller und kultureller Güter zu sichern vermag. In diesem Sinne zu handeln, ist revolutionär.“

Der Kampf um den Stil.

Es geschehen wunderliche Dinge. Da entstanden vor etwa drei Jahren heftige Kämpfe in der Frauenstimmrechtsbewegung um den Wahlrechtsparagrafen im Programm. Die einen verlangten, daß man den rechtsstehenden Frauen den Beitritt erleichtern und deshalb die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aus der Satzung streichen möge. Die anderen erklärten: lieber weniger Mitglieder, aber treue Anhänger des gleichen Wahlrechts und deshalb Aufrechterhaltung der alten Forderung. Und nun erfährt man auf einmal, daß der ganze Kampf eigentlich um nichts anderes, als um eine Verbesserung des Stils in den Satzungen geführt worden ist! Benignus behauptet etwas Schändliches Regime Deutsch im „Freien Volk“, wenn sie über die Eisenacher Abstimmung folgendes schreibt:

„Unter den 87 Stimmen, die dafür waren, der deutschen Sprache soweit entgegenzukommen, daß das, was man „erzählt“, kein Grundgesetz, sondern ein Ziel ist, waren keine Gegner der bestehenden Fassung; diese Stimmen wären fast einstimmig für die Aufrechterhaltung des § 3 gewesen.“

„Wo es soll eine inhaltliche Verbesserung sein, wenn man sagt: „Der Verband erstrebt als Ziel“ das allgemeine, gleiche... Wahlrecht“ und die Ueberschrift „Grundgesetz“ fortläßt. Wir haben eine andere Auffassung von gutem, d. h. klarem Stil. Wir meinen, daß es gar nichts weniger Mißverständliches gebe, als die alte Fassung: „Grundgesetz: Der Verband erstrebt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.“

Frau Deutsch soll uns doch nicht mit solchen kindlichen Mäßen kommen. Oder will sie uns vielleicht auch glauben machen, daß sie ebenfalls in dem Augsburger Antrag auf der Weimarer Konferenz des Stimmrechtsverbandes in Weimar im vergangenen Herbst nur ein „Entgegenkommen an die deutsche Sprache“ erblickt hat? Sie stimmte damals mit für die Fassung: „Der Verband erstrebt das persönliche ausübende, gleiche Wahlrecht für alle Frauen...“ Es wäre ja möglich, daß dieser Antrag ebenfalls aus „Schönheitsgründen“ ihren Beifall fand, und daß sich inzwischen nur ihr Gesicht geändert hat.

Die Kritik im „Freien Volk“ heitelt sich „Berichterstattung des Vorwärts“ und es wurde von Verdrehungen und dergleichen geredet. Wer verdreht, das wollen wir dahingestellt sein lassen. Bei dieser Gelegenheit sei aber auch ein Vorwurf des Oktoberheftes der von Dr. Augsburg redigierten Zeitschrift „Frauenstimme“ zurückgewiesen. Sie hielt sich über einen im „Vorwärts“ erschienenen geschichtlichen Artikel über die Frauenstimmrechtsbewegung auf und glaubte darin feststellen zu müssen, daß die Gleichberechtigung der Frauen 1875 in Gotha leblich von Bebel gefordert, vom Parteitag aber abgelehnt und erst 1891 in Erfurt in das Programm aufgenommen wurde.

Die Kritikerin hätte sich durch einen Einblick in das Gothaer Protokoll davon überzeugen können, daß tatsächlich bereits im Jahre 1875 das Frauenwahlrecht in das Programm der Partei aufgenommen wurde. Aus dem Antrag Bebel's, „das obligatorische Wahlrecht mit dem 20. Jahre für Staatsangehörige beiderlei Geschlechts zu fordern“, wurden allerdings die Worte „beiderlei Geschlechts“ in namentlicher Abstimmung von 62 Delegierten mit 14142 gegen 55 Delegierte mit 10970 Stimmen abgelehnt. Im Protokoll heißt es aber unmittelbar darauf wörtlich:

„Die Abstimmung über den Antrag, die Abstimmung diesen Morgen nicht recht klar gewesen, weil diejenigen, welche gegen „beiderlei Geschlechts“ gestimmt, durchaus nicht Gegner des Frauenstimmrechts seien, so bitte er die jegliche Abstimmung so aufzufassen, daß alle diejenigen, welche für „Staatsangehörige“ gegenüber „Männern“ stimmten, auch für das Frauenstimmrecht sich erklärten. Nur aus inhaltlichen Gründen sei er für diese Fassung gegenüber der anderen gewesen.“

Der Vorsitzende verliest hierauf die Anträge ad III, 1. Dieser Passus wird in folgender Fassung angenommen: 1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonn- oder Feiertag sein.“

Daraus geht doch wohl Klipp und klar hervor, daß der Gothaer Parteitag 1875 beschlossen hat, das Frauenwahlrecht als Programmforderung anzuerkennen. Der Vorwurf mangelnder historischer Richtigkeit fällt also auf die Redakteurin vom „Frauenstimmrecht“ zurück.

Wir erhalten ferner folgende Berichtigung:

In dem Artikel: „Die bürgerlichen Stimmrechtlerinnen und das gleiche Wahlrecht“ vom 16. Oktober ist meine Person betreffend eine falsche Angabe enthalten. Es heißt darin: „Zur Vorsitzenden wählte man wieder Frau Marie Stritt, die für den reaktionären Stettiner Antrag, und als der abgelehnt wurde, der Reich nach für alle übrigen Anträge gestimmt hatte.“ — Das letztere entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe meine beiden Stimmen (als Vorstandsmitglied und als Vertreterin des Sächsischen Landesvereins für Frauenstimmrecht) bei der namentlichen Abstimmung wohl für den Stettiner Antrag und für den Antrag des Preussischen Landesvereins, aber gegen den Antrag der sogenannten „Reformer“ abgegeben. Marie Stritt.

Eine Genossin im Schulrat. Genossin Anna Bloß ist wieder auf drei Jahre in den Schulrat zu Stuttgart gewählt worden. Sie ist die Wittin des Abgeordneten Bloß und hat ihre Ausbildung in der Viktoriaschule und im Lehrerinnenseminar zu Karlsruhe erhalten, sowie die Oberlehrerinnen-Prüfung bestanden. Sie ist die erste und einzige Sozialistin, die ein solches Amt in Deutschland inne hat. Klagen bald andere nachfolgen.

Zur Konferenz der ungarischen sozialistischen Frauen am 19. und 20. Oktober in Budapest, über die wir bereits kurz berichtet haben, wird uns noch aus Budapest geschrieben: Es war eine prächtige Konferenz voll Temperament und Begeisterung. Vier Parteioffiziere überwachten die Beratungen der Arbeiterinnen. Wenn eine Rednerin einen noch Meinung der Ueberwachten zu scharfen Angriff auf die Regierung oder auf den Kaiserlichen machte, so gab es sofort Unterbrechungen, was von den Genossinnen mit einem Sturm der Entrüstung beantwortet wurde. Es waren 68 Delegierte gekommen, Industriearbeiterinnen und Frauen aus der Tiefen Ungarns. Unter den härtesten Entbehrungen hatten sie sich die weite Reise nach Budapest ermöglicht. Beraten wurde über den Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutz und über die Erziehung von Agitatoren. Unter den Delegierten war eine 27jährige Frau aus einem Agrargebiet, die trotz ihrer jungen Jahre schon sieben Kinder geboren hat, von denen aber nur eines lebt, da alle anderen lebenswähig zur Welt kamen. Wie hat diese Frau Beifall gefasst, als davon gesprochen wurde, daß schon die Schwangeren geschützt werden müßten, um die Kinder im Mutterleib zu schützen. Herr Hofrat v. Gruber hätte da eine treffende Widerlegung seiner Anschauung wahrnehmen können. Seine Theorie, daß die geistige Betätigung der Frauen an dem Geburtenrückgang Schuld trage, hätte bei dieser Konferenz nicht standgehalten. Da waren Landproletariatsfrauen, die geistig wahrlich keine Ueberarbeit leisten — und doch Unfruchtbarkeit oder lebensschwache Kinder. Die Konferenz der ungarischen Arbeiterinnen liefert den Beweis, daß es auch in diesem Lande schon eine große Zahl von Arbeiterinnen gibt, die in der sozialistischen Auffassung das wichtigste Befreiungsmittel erblicken. Die ungarische Arbeiterinnenbewegung, die seit 14 Jahren nach längerem Stillstand zu neuem Leben erwacht ist, besitzt ein treffliches Agitationsmittel in „Gönnelade“, der von der Genossin Serene Buchinger redigierten ungarischen Arbeiterinnenzeitung. Die Auflage beträgt schon fast 1000. Ein Landeskomitee, das aus tüchtigen Genossinnen besteht, die alle der Gewerkschaftsbewegung angehören, sind beitreten, „Gönnelade“ unter den Arbeiterinnen ihrer Branchen zu verbreiten. Die Kosten der Frauenagitation befreit die Partei, doch hat die Konferenz beschlossen, wünschentlich von jeder Genossin zwei Heller einzubringen, um auch selbstständige Agitationsmittel zu haben. Die Anstellung einer Sekretärin wird angestrebt, damit systematisch agitiert werden kann. Auch am Freitag 1914 werden die ungarischen Arbeiterinnen für das Wahlrecht Propaganda treiben.

